

Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Philosophische Fakultät

Seminar für Neuere Geschichte

Erstbetreuer: Prof. Dr. Ewald Frie

Zweitbetreuer: PD Dr. Daniel Menning

Sommersemester 2025

Räte in Württemberg und Hohenzollern 1918-1919

Verfasser: Lukas Per Schultze-Melling, B.A.

Adresse: Provenceweg 7/ Zimmer 102

72072 Tübingen

E-Mail: lukas.schultze.melling@student.uni-tuebingen.de

Studiengang: M.A. Geschichtswissenschaft, Schwerpunkt Museum & Sammlungen

Matrikelnummer: 6166494

Abgabedatum: 11.09.2025

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
1.1	Relevanz des Themas	3
1.2	Literatur- und Quellenteil	6
1.2.1	Literatur zur Novemberrevolution	6
1.2.2	Quellenstand	10
1.3	Gliederung der Arbeit	10
2.	Historischer Kontext	11
2.1	Der Kontext der Revolution im Reich	11
2.2	Der zeithistorische Kontext in Württemberg	15
2.3	Die Geschehnisse in Hohenzollern	19
2.4	Der Topos von Ruhe und Ordnung	20
3.	Theoretischer Teil	24
3.1	Definition des Begriffes „Rat“	24
3.2	Die Methode des Vergleiches	27
3.3	Aufbau dieser Untersuchung	30
4.	Empirische Untersuchung	34
4.1	Konstituierung der Räte und Zukunftsvorstellungen	34
4.1.1	Die Gründungsversammlung des Arbeiterrates in Bad Urach	34
4.1.2	Die Gründungsversammlungen des Volksrates in Rottenburg	36
4.1.3	Die Gründungsversammlung des Arbeiter- und Bauernrates in Mössingen	38
4.1.4	Die Gründungsversammlungen der Räte in Pfullingen	40
4.1.5	Die Gründungsversammlung des Arbeiterrates in Metzingen	42
4.1.6	Die Gründungsversammlungen der Räte in Hechingen	45
4.1.7	Zusammenfassung der Erkenntnisse	48
4.2	Zusammensetzung und inhaltliche Arbeit der Räte	49
4.2.1	Die personelle Zusammensetzung der Räte	49
4.2.2	Themen der Räte	54
4.2.3	Austausch der Räte mit dem Arbeiterrat von Groß-Stuttgart	59
4.2.4	Repräsentation der Ratsmitglieder nach den Kommunalwahlen 1919	62
4.3	Konflikte und Reaktionen auf lokaler Ebene auf die Novemberrevolution	64
4.3.1	Die Spaltung der Sozialdemokratie in Bad Urach	65
4.3.2	liberale Reaktionen auf die Revolution	68
4.3.3	Die katholische Reaktion auf die Revolution	72
4.3.4	Sicherheitswehren	75
5.	Vergleich und Fazit	80

6.	Quellen- und Literaturverzeichnis:	87
6.1	Quellen	87
6.1.1	ungedruckte Quellen:	87
6.1.2	gedruckte Quellen:.....	87
6.2	Sekundärliteratur	90
7.	Eigenständigkeitserklärung	96
8.	Danksagung	97

1. Einleitung

1.1 Relevanz des Themas

Ein Kaiser einer alten Dynastie, der abdankt, ein im Eisenbahnwagon unterschriebener Waffenstillstand, revolutionäre Räte, rote Fahnen, Aufstände, Generalstreiks oder das Auftreten von Freikorps und Bürgerwehren. Die Revolution von 1918/19 ist ein denkwürdiges Ereignis der deutschen Geschichte. Dennoch stellt die Revolution für die Geschichtsschreibung ein Ereignis dar, das angesichts der weiteren Geschehnisse des restlichen 20. Jahrhunderts und des „Langen 19. Jahrhunderts“ zeitweise in Vergessenheit zu geraten drohte. Es ist die Rede davon, dass die Revolution von 1918 nach 1989 „in eine Falte im Mantel der Geschichte gerutscht zu sein“ schien.¹ Die Revolution von 1848 ist zum Beispiel trotz ihres Scheiterns viel stärker im kulturellen Gedächtnis der Deutschen verankert.² Einer der Gründe ist die Tatsache, dass die Weimarer Republik häufig von ihrem tragischen Ende 1933 gesehen wurde.³ Inzwischen ist von einer „Wiederentdeckung der Revolution“⁴ die Rede, was eine Wende in der historischen Rezeption markiert und neben dem 100-jährigen Jubiläum auch an einer positiveren Rezeption der Weimarer Republik insgesamt liegt. In der Tat ist eine Beschäftigung mit der Revolution von 1918/1919 aus mehreren Gründen reizvoll: Erstens markierte die Novemberrevolution sowohl einen Regierungs- als auch einen Systemwechsel. So wandelte sich die Staatsform des Deutschen Reichs durch die Abdankung des deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm II. von der Monarchie zur Republik. Zugleich kam es mit dem Rücktritt der Regierung des Reichskanzlers Max von Baden zum Regierungswechsel. Es übernahm ein provisorischer Rat der Volksbeauftragten unter der Führung des SPD-Parteivorsitzenden Friedrich Ebert die exekutive Gewalt.

Zweitens fiel die Novemberrevolution auch mit dem Ende des Ersten Weltkrieges zusammen. Diese Kombination aus einem revolutionären Umsturz mit erfolgten

¹ Dieter Dowe: Vorbemerkung des Herausgebers, in: Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): *1848 und 1918. Zwei deutsche Revolutionen. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte am 4. November 1998*, Bonn 1998 (= Gesprächskreis Geschichte; 20), S. 3.

² Vgl. Dieter Langewiesche: *1848 und 1918. Zwei deutsche Revolutionen. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte am 4. November 1998*, in: Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): *1848 und 1918. Zwei deutsche Revolutionen. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte am 4. November 1998*, Bonn 1998 (= Gesprächskreis Geschichte; 20), S. 6.

³ Vgl. Volker Stalman: Die Wiederentdeckung der Revolution von 1918/19. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 64/6 (2016), S. 522.

⁴ So die Einleitung des 6. Bandes zur Novemberrevolution als Erinnerungsort. Siehe dazu: Andreas Braune/Michael Dreyer: Einleitung. Die wiederentdeckte Revolution, in: Andreas Braune/Michael Dreyer (Hgg.): *Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch?. Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort*, Stuttgart 2019 (= Weimarer Schriften zur Republik, 6), S. IX-XXV.

Systemwechsel im Zeitraum zwischen der Abdankung des Kaisers und der anderen Monarchen des Deutschen Reiches am 9. und der Unterzeichnung des Waffenstillstandes am 11. November und dem Abschluss des Friedensvertrages im Juni 1919 unterstreichen die außergewöhnliche Komplexität der Revolution von 1918/1919.

Ein weiterer Grund für den Reiz der Novemberrevolution ist die lokale Vielfalt der Revolution von 1918/1919. Denn genau genommen müsste eher von Novemberrevolutionen gesprochen werden. So dankte mit Kaiser Wilhelm II. nicht nur ein Monarch ab, sondern in jenen Novembertagen auch die Monarchen der anderen Königreiche, Großherzogtümer, Herzogtümer und Fürstentümer des Deutschen Reiches.⁵ Bei Ausbruch der Novemberrevolutionen waren lediglich die drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Lübeck bereits republikanisch verfasst. Eine Fokussierung der Forschung auf den Beginn der Revolution mit dem Matrosenaufstand in Kiel und den Geschehnissen allein in der Reichshauptstadt Berlin werden der Komplexität der Novemberrevolution nicht gerecht. Stattdessen kam es zu revolutionären Umschwüngen in allen föderalen Gliedstaaten des Kaiserreiches wie auch im Königreich Württemberg.

Neben der föderalen Ebene existiert eine weitere Ebene, die bei der Betrachtung der Revolution vor Ort von Bedeutung ist: Die kommunale Ebene der einzelnen Städte und Gemeinden. An vielen Orten im Deutschen Reich bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, aber auch Räte anderen Typs, wie Bauern- oder Bürgerräte. Daher erlaubt dies die Frage, wie genau der revolutionäre Prozess eigentlich auf der lokalen Ebene vonstattenging. Durch den lokalgeschichtlichen Blick ist es möglich, zu erkennen, wie auf einer übergeordneten Ebene getroffene Entscheidungen einen konkreten Einfluss auf das Leben und den Alltag der Menschen zu einem gewissen Zeitpunkt hatten. Dabei bedingen sich die Ereignisse auf der kommunalen Ebene mit denen auf Landes- und Reichsebene. Das Ziel dieser Masterarbeit besteht darin, die konkreten Auswirkungen der revolutionären Triebe und Geschehnisse im lokalen Raum zu untersuchen. Dies geschieht in dieser Masterarbeit durch eine Untersuchung der Geschehnisse in den Dörfern und Kleinstädten im Umkreis von Tübingen in Württemberg, mit dem Sonderfall Hechingens in Hohenzollern. Das Interessante an den in der heutigen Region Neckar-Alb liegenden Orten ist ihre Unterschiedlichkeit bezüglich der

⁵ Die Reichsverfassung ergänzte die bereits bestehende des norddeutschen Bundes um die Mitglieder der süd-deutschen Staaten und zählt in seiner Präambel die verschiedenen Fürsten auf, die miteinander einen ewigen Bund zum Schutz des Reichsgebiete schließen: Der König von Preußen für den Norddeutschen Bund, der König von Bayern, der König von Württemberg, der Großherzog von Baden und der Großherzog von Hessen. Vgl. Verfassung des Deutschen Reiches, < <https://www.verfassungen.de/de67-18/verfassung71-i.htm> >, zuletzt geprüft am 28.08.2025

Sozialstruktur, der konfessionellen Zugehörigkeit und teilweise auch ihrer herrschaftlichen Zugehörigkeit im Falle Hechingens zu Preußen, die einen Vergleich so reizvoll machen.

Zentral sind hierbei die Fragen, wie sich der Umbruch im Herbst 1918 gestaltete, von welchen Faktoren er geprägt war, ob die Revolution auch ein kleinstädtisch-dörfliches Phänomen war und ob die Novemberrevolution eher von Kontinuität oder Diskontinuität geprägt war. Dazu gehört auch die Frage, welche Räte sich auf der lokalen Ebene überhaupt bildeten. Diese Arbeit behandelt verschiedene Rätetypen, wie etwa den Bürgerrat, den Soldatenrat, den Bauernrat oder den Volksrat, die unterschiedliche Berufsgruppen oder gesellschaftliche Klassen repräsentierten.

Eng angelehnt an diese Beobachtung ist die Frage, wer überhaupt in den jeweiligen Räten saß. Unterscheiden lassen sich hierbei die Faktoren Geschlecht, Parteimitgliedschaft sowie der jeweilige Berufsstand. Betrachtet man die Kategorie Geschlecht, ist eine große Dominanz von Männern im Verlaufe der Revolution und in den Räten feststellbar, obwohl Frauen sowohl bei der Wahl zur verfassungsgebenden Landesversammlung als auch bei der Wahl zur Nationalversammlung zum ersten Mal das aktive und das passive Wahlrecht erhielten.⁶ Des Weiteren lässt sich der Faktor Parteimitgliedschaft herausarbeiten. Die Revolution im Allgemeinen sowie die Räte im Speziellen galten in der Geschichtsschreibung als sozialistisch dominiert. Hier stellt sich nun die folgende Frage: Dominierten auf lokaler Ebene die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) die Räte oder konnten auch bürgerlich-liberale sowie katholische Akteure in den Räten ihre Akzente setzen? Der dritte soziodemographische Faktor ist der Berufsstand, den die jeweiligen Räte innehatten. Waren in den jeweiligen Arbeiter- und Bauernräten nur jeweils Arbeiter oder Bauern vertreten oder war dies trotz dieser einschränkenden Bezeichnung nicht der Fall?

Neben dem charakteristischen Profil der Mitglieder der Räte und dem Zeitpunkt ihrer Gründung ist eine weitere Frage bedeutsam: Aus welchen Gründen bildeten sich die jeweiligen Räte? Der Gründung der Räte ging häufig eine öffentliche Sitzung inklusive intensiver Debatte voraus, an deren Ende die Wahl der einzelnen Mitglieder des jeweiligen Rates erfolgte. Dieser Themenkomplex bietet einen Einblick in die mentale Verfassung der Menschen in den Zeiten des Umbruchs.

⁶ Vgl. Ingrid Sharp: Frauen in der Revolution 1918/19, in: Andreas Braune/Michael Dreyer (Hgg.): *Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch?. Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort*, Stuttgart 2019 (= Weimarer Schriften zur Republik, 6), S. 122.

Neben der Frage nach der Begründung ist auch die Frage nach der inhaltlichen Arbeit der Räte von Bedeutung. Diese drückte sich in Anträgen an die bürgerlichen Kollegien des Gemeinderates sowie an den Bürgerausschuss aus. Ebenfalls interessant ist die Frage, ob die Mitglieder der Räte die Sitzungen des Gemeinderates und des Bürgerausschusses besuchen oder dort gar eigene Anträge stellen durften. Bezogen auf die Kommunalwahlen im Mai 1919 ist es spannend zu analysieren, wie vielen Mitgliedern der Arbeiter- und Bauernräte der Sprung in den Gemeinderat gelang.

Teil des revolutionären Umbruchs war auch die Reaktion der bürgerlich-liberalen - zumeist protestantischen Kräfte - wie auch des katholischen Milieus auf die Vorgänge seit dem 9. November. Dieser Blick auf die Revolution von 1918 stellt eine ergänzende Perspektive auf die damaligen Vorgänge dar und soll verdeutlichen, dass die Revolution nicht allein eine spartakistische oder sozialdemokratische Angelegenheit, sondern auch eine des bürgerlich-liberal-protestantischen Milieus wie des politischen Katholizismus war.

Als Methode zur Beantwortung dieser Fragen dient der historische Vergleich und vereinzelt die Transfergeschichte. Die Arbeit konzentriert sich auf den Zeitraum von Anfang November 1918 bis in den August 1919. Das Anfangsdatum erklärt sich durch den Umsturz vom 9. November von allein. Das Enddatum ergibt sich mit dem Zusammentritt der durch die neue Gemeindeordnung neu gewählten Gemeinderäte auf kommunaler Ebene. Durch die neue Kommunalverfassung und die Abschaffung des Bürgerausschusses erfolgte auf lokaler Ebene ein Einschnitt. Auf Reichsebene bildeten die Unterzeichnung des Versailler Vertrages und der Weimarer Reichsverfassung eine Zäsur. Gleichwohl konnte aufgrund der Folgeereignisse wie dem Kapp-Putsch 1920, dem Ruhraufstand oder der Hyperinflation sowie dem Hitlerputsch 1923 noch lange nicht von einer neuen Normalität die Rede sein.

1.2 Literatur- und Quellenteil

1.2.1 Literatur zur Novemberrevolution

Bedingt durch den Charakter dieser turbulenten Transformationszeit 1918/1919 gibt es zahlreiche Publikationen bezüglich der Novemberrevolution. Insbesondere rund um das 90-jährige Jubiläum im Jahre 2008/2009 sowie rund um das 100-jährige Jubiläum in den Jahren 2018/2019 erschienen viele neue Monographien wie auch Aufsätze und lokale Studien zur Novemberrevolution.⁷ Sie behandelten die Geschehnisse der Revolution vor Ort, die

⁷ Die Literaturzusammenfassung zum 90-jährigen Jubiläum lieferte Nils Freytag: *Steckengeblieben - Vernachlässigt - Vergessen. Neuerscheinungen zur Revolution 1918/19* (Rezension), in: Sehepunkte 13 (2013),

generelle Deutung der Revolution sowie als Rezensionen den allgemeinen Forschungsstand zur Novemberrevolution.

Allgemeine Analysen über den Forschungsstand bieten Volker Stalman und Ulrich Wyrwa. Stalman identifiziert dabei vier Forschungsfelder, die Erkenntnisgewinne bieten: die politischen Räume der Revolution, die Rolle der Frauen in der Revolution, die Rolle der Medien in der Revolution sowie eine politische Kulturgeschichte der Revolution. Wyrwa konzentriert sich auf die literarischen Neuerscheinungen zu den Themen: Gesamtdarstellungen der Revolution, regionalgeschichtlichen Darstellungen, Abhandlungen zur Sozialdemokratie, zu bürgerlichen Intellektuellen und zum Antisemitismus in den Jahren 1918/1919.⁸ Nadine Rossol diagnostizierte eine Dominanz des politikgeschichtlichen Ansatzes der Revolution von 1918/1919 in der geschichtswissenschaftlichen Forschung. Sie fordert eine stärkere Betonung der geschlechtergeschichtlichen Komponente und eine Hinwendung zur Emotions- und Alltagsgeschichte im Besonderen und der Kulturgeschichte der Revolution im Allgemeinen.⁹

Insgesamt spricht die Forschung von einer „Wiederentdeckung“ der Revolution durch die Geschichtswissenschaft. Diese nun positivere Rezeption entwickelte sich rund um das 100-jährige Jubiläum im Jahre 2018. Das aktuelle Erstarken rechtsradikaler Kräfte deutet darauf hin, dass die bundesrepublikanische Demokratie durch den Aufstieg der rechten AfD auch nicht mehr unbedingt ein Mustermodell der liberalen Demokratie darstellt, auch wenn „Berlin“ nicht unbedingt gleich „Weimar“ ist, was die positivere Rezeption erklärt.¹⁰ Für den Begriff der Revolution an sich sind die theoretischen Auslassungen von Jörn Leonhard und Richard Löwenthal essenziell.¹¹

Nr. 3 [15.03.2013], URL: <https://www.sehepunkte.de/2013/03/21766.html>, zuletzt geprüft am 24.07.2025. Da sie aber doch arg veraltet ist, wird diese Rezension in dieser Masterarbeit nicht weiter verwendet und zitiert.

⁸ Vgl. Volker Stalman: Wiederentdeckung der Revolution von 1918/19. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 64/6 (2016), S. 521-541.; Vgl. Ulrich Wyrwa: Markstein der deutschen Demokratie. Neuerscheinungen zum 100. Jahrestag der Revolution, in: *Neue Politische Literatur*, Jg. 66/1 (2021), 3-35.

⁹ Nadine Rossol: Historisierung oder Popularisierung?. Die Revolution 1918/19 zwischen öffentlichem Jubiläum und geschichtswissenschaftlichen Impulsen, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Jg. 59 (2019), S. 347-368.

¹⁰ Vgl. Wyrwa, Markstein der deutschen Demokratie, S. 5.

¹¹ Vgl. Jörn Leonhard: Über Revolutionen, in: *Journal of Modern European History*, Jg. 11/2 (2013), S. 170-186; Richard Löwenthal, Vom Ausbleiben der Revolution in den Industriegebieten. Vergleichende Überlegungen zu einem „deutschen Problem“, in: *Historische Zeitschrift*, Jg. 45/1 (1981), S. 1-24. Interessant ist die Tatsache, dass häufig in anderen Aufsätzen und Monographien davon gesprochen wurde, dass Löwenthal in diesem Aufsatz den Begriff des „Anti-Chaos-Reflexes“ prägte. Jedoch findet sich dieser Ausdruck so in diesem Aufsatz nicht wieder.

Ewald Frie analysiert in den Reutlinger Geschichtsblättern die Rolle der Städte in der Revolution von 1918 und ihre besonderen Aufgaben als Arenen und Interaktionsräume in dieser Umbruchszeit.¹²

Die oben skizzierte Fragestellungen werden mit der Methode des historischen Vergleiches und teilweise mit dem Ansatz der Transfergeschichte beantwortet. Entscheidende Beiträge hierzu haben Hartmut Kaelble¹³ und Michael Werner/ Bénédicte Zimmermann verfasst.¹⁴

Diese Masterarbeit legt einen landesgeschichtlichen Fokus auf die Geschehnisse der Novemberrevolution. Wichtige Erkenntnisse zu den Geschehnissen 1918 und dem historischen Kontext enthält das mehrbändige Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Für diese Arbeit sind der dritte (Vom Ende des Alten Reiches 1806 bis zum Ende des Kaiserreiches 1918) und der vierte Band (von der Novemberrevolution 1918 bis zur Wiedervereinigung 1990) von Bedeutung.

Für Württemberg liefern in diesen Bänden Eberhard Naujoks und Paul Sauer weiterführende Beiträge.¹⁵ Unverzichtbar für die Geschichte Hohenzollerns sind die Beiträge Eberhard Gönners und Fritz Kallenberg.¹⁶ Für die spezifischen Vorgänge in Hechingen sind die Beiträge von Rolf Vogt wichtig¹⁷ und für Rottenburg der Aufsatz von Peter Ehrmann in der *Schwäbischen Heimat* über die lokale Revolution in Rottenburg.¹⁸ Auch zu nennen sind die

¹² Vgl. Ewald Frie: Institution, Arena, Verdichtungsraum, Baustelle. Zur Bedeutung der Städte in der Weimarer Republik, in: *Reutlinger Geschichtsblätter N.F.* 57 (2018), S. 11-27.

¹³ Vgl. Hartmut Kaelble, Historischer Vergleich, in: Steffan Jordan (Hg.): *Grundbegriffe der Geschichtswissenschaft*, Ditzingen 2019², S. 303-306.

¹⁴ Vgl. Michael Werner and Bénédicte Zimmermann: Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 28/4 (2002), S. 607-636. Der Ansatz der histoire croisée wird aufgrund seiner Komplexität in dieser Masterarbeit keine Anwendung finden.

¹⁵ Vgl. Eberhard Naujoks, Württemberg 1864 bis 1918, in: Hansmartin Schwarzmaier (Hg.): *Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Bd. 3: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien*, Stuttgart 1992, S. 333-433.; Vgl. Paul Sauer: Württemberg in der Weimarer Republik, in: Hansmartin Schwarzmaier/ Meinrad Schwab (Hgg.): *Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Bd. 4: Die Länder seit 1918*, Stuttgart 2003, S. 73-151.

¹⁶ Vgl. Gönner, Eberhard: Hohenzollern in den Jahren der Weimarer Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Hansmartin Schwarzmaier und Meinrad Schwab (Hgg.): *Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Bd. 4: Die Länder seit 1918*, Stuttgart 2003, S. 321-342.; Vgl. Fritz Kallenberg (Hg.): *Hohenzollern*, Stuttgart 1996 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, 23).

¹⁷ Vgl. Rolf Vogt: Hechinger Wünsche: 5 000 Mark für jeden - Die November-Revolution, die Fürstenspende und die Demonstration der Kriegsbeschädigten am 1. Februar 1919 in Sigmaringen, in: *Zeitschrift für Hohenzollerische Landesgeschichte*, Jg. 47/48 (2011/2012), S. 97-136

¹⁸ Peter Ehrmann: Die Räterepublik findet nicht statt. Rottenburg am Neckar 1918/19, in: *Schwäbische Heimat*, Jg. 52/2 (2001), S. 177-184.

entsprechenden Ortschroniken, die unverzichtbar sind, um das lokale Geschehen vor Ort einzuordnen und die entsprechenden Merkmale des jeweiligen Ortes herauszuarbeiten.¹⁹

Für die Landesebene behandelt der Band „Baden und Württemberg 1918/19. Kriegsende – Revolution – Demokratie“ von Frank Engehausen und Reinhold Weber die historischen Ereignisse in den beiden größeren Landesteilen des heutigen Bundeslandes Baden-Württemberg ab.²⁰

Die Novemberrevolution hatte auch Auswirkungen auf die Entwicklung der politischen Parteien. Teilweise existierten diese (wie SPD und Zentrum) schon im Kaiserreich; teilweise bildeten sie sich wie die liberale DDP nach der Revolution neu. Ein wichtiges Werk hierzu ist der Sammelband der Weimarer Schriften zur Republik über die USPD als eigenständige Kraft zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus.²¹ Für die übrigen politischen Strömungen ist der Band der Weimarer Schriften über die Novemberrevolution als Ereignis- und Erinnerungsort von Bedeutung.²² Ältere Arbeiten thematisieren die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Württemberg oder die Entwicklung des Zentrums in den Anfangsjahren der Weimarer Republik.²³

Heinrich Muth behandelt in seinem Aufsatz die Arbeit der Bauernräte.²⁴ Katja Pattern-Matzel und Ingrid Sharp beschäftigen sich mit dem bisher wenig erforschten Thema der Frauen in der Revolution.²⁵ Sebastian Elsbach forscht zur innerstaatlichen Gewalt nach Kriegsende und ob die revolutionären Ereignisse als Bürgerkrieg zu charakterisieren sei.²⁶

¹⁹ Vgl. Stadt Mössingen (Hg.): *Mössingen. Stadtgeschichte – mit Öschingen und Talheim*, Tübingen 2024.; Rolf Bidlingmaier: *Metzingen. Vom Marktflecken zur Outletstadt*, Petersberg 2013.; Gemeinde Dußlingen (Hg.): *Dusslingen 888-1988: Aus Vergangenheit und Gegenwart einer schwäbischen Gemeinde im Steinlachtal*, Tübingen 1988.; für Pfullingen: Hermann Taigel: *Pfullinger Geschichte 1918-1950. Teil 1: Pfullingen in der Weimarer Republik*, Pfullingen 2011 (= Beiträge zur Pfullinger Geschichte, 16).

²⁰ Vgl. Frank Engehausen/Reinhold Weber (Hgg.): *Baden und Württemberg 1918/19. Kriegsende – Revolution – Demokratie*, Stuttgart 2018 (= Schriften zur politischen Landeskunde, 48).

²¹ Vgl. Andreas Braune, Mario Hesselbarth/ Stefan Müller (Hgg.): *Die USPD zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus 1917-1922* (= Weimarer Schriften zur Republik, 3), Stuttgart 2018.

²² Vgl. Andreas Braune/Michael Dreyer (Hgg.): *Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch?. Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort*, Stuttgart 2019 (= Weimarer Schriften zur Republik, 6).

²³ Vgl. Manfred Scheck, *Zwischen Weltkrieg und Revolution. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg 1914-1920*, Köln 1981.; Vgl. Rudolf Morsey: *Die deutsche Zentrumspartei 1917-1923*, Düsseldorf (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 32).

²⁴ Vgl. Heinrich Muth: Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiter-Räte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte, in: *Vierteljahrszeitschrift für Zeitgeschichte*, Jg. 21/1 (1973), S. 1-38.

²⁵ Ingrid Sharp: Frauen in der deutschen Revolution von 1918/19, in: Andreas Braune/Michael Dreyer (Hgg.): *Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch?. Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort*, Stuttgart 2019 (= Weimarer Schriften zur Republik, 6), S. 117-129.; Katja Patzel-Mattern: Frauen in der Revolution, in: Frank Engehausen/Reinhold Weber (Hgg.): *Baden und Württemberg 1918/19. Kriegsende – Revolution – Demokratie*, Stuttgart 2018 (= Schriften zur politischen Landeskunde, 48), S. 131-154.

²⁶ Vgl. Sebastian Elsbach: Der „Deutsche Bürgerkrieg“ und das Versprechen des demokratischen Gewaltmonopols, in: Andreas Braune/ Michael Dreyer/ Sebastian Elsbach (Hgg.): *Vom drohenden Bürgerkrieg zum demokratischen Gewaltmonopol (1918-1924)*, S. 1-25.

1.2.2 Quellenstand

Neben der reichhaltigen Literatur zur Novemberrevolution stützt sich diese Arbeit auf zwei Quellentypen: Einerseits den lokalen Zeitungen und andererseits die Korrespondenz der Räte mit dem Arbeiterrat Groß-Stuttgart. Ein Problem bezüglich der Quellen liegt in dieser Arbeit darin, dass als direkte Quellen der Räte lediglich die Korrespondenz der einzelnen Räte mit dem Arbeiterrat von Groß-Stuttgart erhalten ist. Protokolle der Sitzungen der jeweiligen Räte sind aus dieser Zeit in den untersuchten Gemeinden nicht verfügbar. Daher stützt sich diese Arbeit hauptsächlich auf Zeitungsausschnitte im Zeitraum vom 1. Novembers 1918 bis ca. Ende Juni 1919. Dies sind für Pfullingen der *Echazbote*, für Bad Urach der *Ermstalbote*, für Rottenburg die *Rottenburger Zeitung*, für Metzingen der *Metzinger Anzeiger*, für Mössingen die *Steinlach-Zeitung* sowie für Hechingen die liberalen *Hohenzollerischen Blätter* und der katholische *Zoller*. Die verwendeten Zeitungen sind in ihrer politischen Ausrichtung entweder zentrumsnah oder liberal-bürgerlich. Vor allem für die katholische Perspektive im katholischen Hohenzollern wie auch in der Bischofsstadt Rottenburg liefern diese Zeitungen als Quellenbasis gute Erkenntnismöglichkeiten. Die liberalen Zeitungen bieten die Chance, die liberale Sicht auf die Revolution zu erkunden. Auf lokaler Ebene fehlen sozialdemokratisch und sozialistisch ausgerichtete Zeitungen und somit die Sicht der sozialistischen Arbeiterbewegung auf die Novemberrevolution.

Als weiterer Quellentypus dienen Gemeinderatsprotokolle der Jahre 1918 und 1919. Hier ist von Interesse, inwieweit die Räte in den Sitzungen der kommunalen Gremien überhaupt vorkamen: Sei es als stille Teilnehmer der Sitzung, sei es als Antragssteller. Es lässt sich auch erkennen, ob die lokalen revolutionären Ereignisse insgesamt Thema in den jeweiligen Sitzungen waren. Die Gemeinderatsprotokolle geben Einblick in die lokale Geschichtsschreibung und zeigen die lokalen Reaktionen auf revolutionäre Ereignisse. Hier bestehen zwei entscheidende Lücken. Einmal sind durch den Rathausbrand 1945 die Pfullinger Gemeinderatsprotokolle von 1919 bis 1920 nicht vorhanden. In Rottenburg sind wohl zwischen dem 30. August 1918 und dem 6. Dezember 1918 keine Gemeinderatsprotokolle geführt worden.²⁷

1.3 Gliederung der Arbeit

Die Arbeit betrachtet zunächst den historischen Kontext der revolutionären Ereignisse im Reich (Kapitel 2.1). Daraufhin erfolgt eine Betrachtung der Ereignisse in Württemberg (Kapitel 2.2) und Hohenzollern (Kapitel 2.3). Anschließend wird das Thema der Gewalt und

²⁷ Vgl. Ehrmann, Räterepublik findet nicht statt, S. 183.

Unsicherheit in der deutschen Gesellschaft zum damaligen Zeitpunkt anhand der Quellen herausgearbeitet und analysiert (Kapitel 2.1.4).

Es folgt ein kurzer Theorieteil (Kapitel 3), in welchem zuerst einmal ideengeschichtlich der Begriff der „Räte“ definiert und deren Wirkung dargestellt wird (Kapitel 3.1). In einem weiteren Schritt wird die Methode des historischen Vergleiches vorgestellt (Kapitel 3.2), worauf eine Vorstellung des Analysemodells der Untersuchung folgt (Kapitel 3.3).

Die Untersuchung der lokalgeschichtlichen Dimension der Revolution konzentriert sich zuerst auf die konkreten Zukunftsvorstellungen und die Gründungsversammlungen der Räte (Kapitel 4.1). Das nächste Kapitel fokussiert sich auf die inhaltliche Arbeit der Räte und deren Zusammensetzung (Kapitel 4.2). Zunächst wird die personelle Zusammensetzung der Räte analysiert (Kapitel 4.2.1). Das folgende Kapitel behandelt die inhaltliche Arbeit der Räte und deren bevorzugte lokale Themen (Kapitel 4.2.2). Der Austausch mit dem Landesarbeiterrat (Kapitel 4.2.3) und die Repräsentation von Ratsmitgliedern nach den Kommunalwahlen 1919 (Kapitel 4.2.4) werden in den folgenden Kapiteln geschildert.

In einem letzten Schritt werden die Reaktionen verschiedener politischer Strömungen behandelt (Kapitel 4.3): die Spaltung der Sozialdemokratie in Bad Urach (Kapitel 4.3.1), die Reaktionen des bürgerlichen Lagers (Kapitel 4.3.2), Kulturkampftendenzen des katholischen Lagers (Kapitel 4.3.3) sowie die Gründung von Bürgerwehren als antirevolutionärer Impuls (Kapitel 4.3.4). Im Schlussteil (Kapitel 5) werden die aufgegriffenen Punkte miteinander verglichen und neben dem Fazit Denkanstöße für weitere historische Forschungen gegeben.

2. Historischer Kontext

2.1 Der Kontext der Revolution im Reich

Volker Ulrich spricht in seiner Kategorisierung der Revolution im Reich von zwei Phasen. Die erste Phase reichte demzufolge von der Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte Anfang November 1919 über den Berliner Januaraufstand bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919.²⁸ Davon unterscheidet er eine zweite Phase, die von einer Radikalisierung der Bewegung ab Februar 1919, der Niederwerfung der Münchner Räterepublik und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages geprägt war und mit der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung im Sommer 1919 endete.²⁹

²⁸ Vgl. Volker Ullrich: *Die Revolution von 1918/19*, München 2009 (= Becksche Reihe, C.H. Beck Wissen, 2454), S. 9.

²⁹ Vgl. ebd., S. 10.

Die Revolution im Reich geschah im Kontext des Endes des Ersten Weltkrieges, der ab 1914 in Europa tobte. Beginnend mit dem Kriegseintritt der USA im April 1917 kamen die von Deutschland angeführten Mittelmächte unter Druck. Insbesondere der militärische Verlauf des Krieges im Sommer 1918 mit einer französischen Gegenoffensive und einem englischen Panzereinbruch bewirkte eine starke Entmutigung der Bevölkerung.³⁰ Die Bevölkerung jedoch, beeinflusst durch die eigene Propaganda, glaubte jedoch bis in den Sommer 1918, dass ein Friedensschluss automatisch einen Siegfrieden bedeuten würde.³¹ Auch glaubten die Deutschen, dass man selbst einen Verteidigungskrieg gegen die Entente-Mächte führte.³²

Im Frühjahr 1918 lehnte die deutsche Militärführung noch einen Friedensschluss ab. Dies änderte sich im September 1918. Die Alliierten des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarn und Bulgarien, baten die Entente um einen Waffenstillstand.³³ Am Ende des Monats empfahl dann auch die Oberste Deutsche Heeresleitung der Regierung die Aufnahme von Friedensverhandlungen, weil der Krieg verloren sei.³⁴

Dieser Nachricht folgte der Amtsantritt der Regierung unter Führung von Reichskanzler Max von Baden. Erstmals seit Bestehen des Deutschen Reiches bestand die Regierung auch aus Vertretern der Sozialdemokratie. Die Staatsform des Deutschen Reiches wurde per Verfassungsänderung am 25. Oktober 1918 von einer konstitutionellen zu einer parlamentarischen Monarchie.³⁵ Unter Druck der Obersten Heeresleitung sandte die neue Regierung sodann ein Friedensangebot an die Entente-Mächte.³⁶

Zeitgleich mit den beginnenden Waffenstillstandsverhandlungen war geplant, aus Gründen der Ehre auf See ein letztes Gefecht zu führen und den Briten hohe Verluste zuzufügen.³⁷ Dem widersetzten sich die Matrosen in Kiel, worauf es am 3./4. November zum Aufstand kam. Infolge dieses Aufstandes gründeten sich jeweils ein Soldaten- und ein Arbeiterrat.³⁸ Diese revolutionäre Dynamik griff in den nächsten Tagen auf andere Städte im

³⁰ Vgl. Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-19*, Düsseldorf 1962 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 23), S. 15.

³¹ Vgl. ebd., S. 16.

³² Vgl. Andreas Wirsching, Die paradoxe Revolution 1918/19, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 50-51/2008, S. 7.

³³ Vgl. Kolb, *Arbeiterräte in der Innenpolitik*, S. 17.

³⁴ Vgl. Ulrich, *Revolution 1918/19*, S. 23.

³⁵ Vgl. ebd., S. 25. Konkret wurde der Artikel 15 der Reichsverfassung um die Bestimmung ergänzt: „Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags.“

³⁶ Vgl. ebd., S. 23.

³⁷ Vgl. Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen, Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, München 2000, S. 367.

³⁸ Vgl. Ullrich, *Revolution 1918/19*, S. 29.

Reich über.³⁹ In Bayern kam es am 8. November zur Abdankung der Wittelsbacher und der Ausrufung des Freistaates Bayern unter der Führung des Sozialdemokraten Kurt Eisner.⁴⁰ Relativ zeitnah kam es zu Forderungen nach einer Abdankung Kaisers Wilhelms II. In Berlin traten die Arbeiter der Berliner Großbetriebe am Samstag, dem 9. November, in einen großen Generalstreik.⁴¹

Am 9. November verkündete Reichskanzler Max von Baden die Abdankung Kaiser Wilhelms II. und den Rücktritt seiner Regierung. Die Regierungsmacht übertrug er dem Vorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert.⁴² Ebert bildete daraufhin eine sechsköpfige Regierung aus Vertretern von SPD und USPD. Diese firmierte als Rat der Volksbeauftragten.⁴³ Am 12. November wandte sich die neue Regierung in einem ersten Aufruf mit der Bezeichnung *An das deutsche Volk* an die Bevölkerung, in welchem die Regierung von der Verwirklichung des sozialistischen Programmes sprach.⁴⁴ Eingriffe in die bestehende Eigentumsordnung nahm sie jedoch nicht vor. Gewerkschaften und Arbeitgeber kooperierten sogar miteinander und gelangten zu einer Einigung in Form des Stinnes-Legien-Abkommens. Dieses sah neben der Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner und der Einführung des Achtstundentages auch die Anerkennung der geltenden Wirtschaftsordnung vor, womit eine Sozialisierung von Schlüsselindustrien verhindert werden sollte.⁴⁵

Auch in Berlin bildete sich in den folgenden Tagen ein Arbeiter- und Soldatenrat. Des- sen Vollzugsrat beschloss am 17. November 1918 vom 16.-21. Dezember 1918 einen Reichs- kongress der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin einzuberufen.⁴⁶ Auf diesem waren 514 Abgesandte aus ganz Deutschland vertreten; 300 von ihnen gehörten der SPD und nur gut 100 der USPD an.⁴⁷ Durch einen klaren Mehrheitsbeschluss von 400:50 Stimmen beschloss der Rätekongress für den 19. Januar 1919 Wahlen zur Nationalversammlung anzusetzen.⁴⁸

Diese Entscheidung war eine ganz entscheidende Weichenstellung auf dem Weg in die parlamentarische Demokratie. Lediglich in Fragen der Sozialisierung mancher Industrien

³⁹ Vgl. ebd., S. 31.

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 32.

⁴¹ Vgl. Volker Ulrich: *Schicksalsstunden einer Demokratie*, München 1982, S. 15.

⁴² Vgl. ebd., S. 21. Dem Rat der Volksbeauftragten gehörten für die SPD an Friedrich Ebert, Philipp Scheide- mann, Otto Landsberg sowie vonseiten der USPD Hugo Haase, Emil Barth und Wilhelm Dittmann.

⁴³ Vgl. ebd., S. 21.

⁴⁴ Vgl. Winkler, *der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 383.

⁴⁵ Vgl. Ulrich, *Schicksalsstunden*, S. 22.

⁴⁶ Vgl. Ulrich, *Revolution 1918/19*, S. 57.

⁴⁷ Vgl. Winkler, *der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 385.

⁴⁸ Vgl. ebd., S. 385. Ablehnung erfuhr ein Antrag mit 98:344 Stimmen, der vorsah die Verfassung der sozia- listischen Republik auf das Räteystem zu gründen.

und der Frage der militärischen Kommandogewalt wurde ein linkeres Profil des Rätekongresses sichtbar.⁴⁹

Die Koalition aus SPD und USPD zerbrach Ende Dezember 1918. Der Anlass hierfür war die Besetzung der Reichskanzlei durch Matrosen, die auch den Berliner Stadtkommandanten Otto Wels verhafteten.⁵⁰ Als Reaktion darauf schickte der Rat der Volksbeauftragten Soldaten, um das Berliner Schloss räumen zu lassen.⁵¹ Die Tatsache, dass die Regierung Soldaten gegen die Matrosen einsetzte, führte am 29. Dezember zum Bruch der Regierung.

Die Gewalt endete daraufhin jedoch noch nicht. Nach der Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD), der den Matrosen in der Weihnachtskrise noch zur Hilfe geeilt war, kam es am 4. Januar 1919 zum Januaraufstand der Spartakisten, den paramilitärische Freikorps gewaltsam beendeten. Der Einsatz der Freikorps führte schließlich am 15. Januar 1919 auch zur Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die an Neujahr 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gegründet hatten.⁵²

Die SPD siegte bei den Wahlen zur Nationalversammlung. Jedoch verfehlten die sozialistische Parteien eine absolute Mehrheit in der Nationalregierung. Daraufhin kam es zur Bildung der sogenannten Weimarer Koalition aus der Mehrheits-Sozialdemokratie, dem katholischen Zentrum und der sozialliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP).⁵³

Die ab Februar beginnende zweite Phase der Revolution war durch die Stabilisierung der neuen Ordnung gekennzeichnet. Die revolutionäre Rätebewegung war nun zahlenmäßig kleiner, aber zugleich deutlich gewalttätiger. In diese Zeit fiel das Scheitern der durch Freikorps gewaltsam aufgelösten Münchner Räterepublik.⁵⁴ Zu dieser stärkeren Eskalation gehörten auch der Generalstreik der Ruhrbergarbeiter⁵⁵ und die Berliner Märzmassaker.⁵⁶

Parallel zu den Ereignissen auf der Straße tagte in dieser Phase die Weimarer Nationalversammlung, die bis August 1919 die neue Reichsverfassung ausarbeitete.⁵⁷ In außenpolitischer Hinsicht war das erste Halbjahr 1919 durch die Friedensverhandlungen in

⁴⁹ Vgl. Ulrich, Revolutionen 1918/19, S. 59.

⁵⁰ Vgl. Ulrich, Schicksalsstunden, S. 34. Otto Wels war später Co-Parteichef der SPD und bleibt bis heute in Erinnerung durch seine Rede zum Ermächtigungsgesetz im März 1933, in der er die Ablehnung ebendieses Gesetzes durch die SPD begründete.

⁵¹ Vgl. ebd., S. 34. Das Ganze scheiterte, weil die Matrosen Unterstützung durch die Sicherheitswehr des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn und durch bewaffnete Arbeiter erhielten.

⁵² Vgl. ebd., S. 40.

⁵³ Vgl. Winkler, der lange Weg nach Westen, Bd. 1, S. 394. Diese Regierungskonstellation war laut Winkler nach den Wahlen alternativlos.

⁵⁴ Vgl. Ullrich, Revolution 1918/19, S. 99.

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 87.

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 89.

⁵⁷ Vgl. Winkler, Der Weg nach Westen I, S. 393.

Versailles geprägt. Der Versailler Vertrag wurde Anfang Mai 1919 den Deutschen vorgelegt und beinhaltete unter anderem den Verlust der Kolonien, große Gebietsverluste und die Übernahme der alleinigen Kriegsschuld.⁵⁸ Auch wenn die Deutschen versuchten gewisse Punkte des Vertrages nachzuverhandeln, gestanden ihnen die Entente-Mächte nur geringe Konzessionen zu. Dazu kam die durchaus realistische Gefahr einer Wiederaufnahme des Krieges und der Besetzung des Reiches bei einer Nichtannahme des Vertrages.⁵⁹ Zwei weitere Themen waren für die damalige Zeit noch von großer Bedeutung: Erstens, die Ernährungslage der Bevölkerung direkt nach dem Krieg. Diese war schon während des Krieges durch eine Mischung aus innenpolitischen Fehlentscheidungen und der Seeblockade der Briten katastrophal und führte im Winter 1916/1917 zum berüchtigten Steckrübenwinter.⁶⁰ Im Jahr 1918 lag die Getreideproduktion bei 70 Prozent im Vergleich zu 1913 und auch der Viehbestand war um 20 Prozent reduziert.⁶¹ Als Reaktion auf die Lebensmittelknappheit verloren Erwachsene bis 1918 durchschnittlich 20 % ihres Körpergewichtes.⁶² Diese Probleme bestanden nach Kriegsende fort und zeigten sich darin, dass sich die Räte hauptsächlich um Themen wie die Ernährungslage kümmerten und Appelle zur Bekämpfung des Schleichhandels und der Ablieferung von Lebensmitteln an die Bauern äußerten.

Zweitens stellte die Demobilisierung der Armee neben der Ernährungslage ein zentrales gesellschaftliches Problem dar. Bei Kriegsende befand sich ein Großteil der Soldaten noch außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches. Diese Soldaten mussten nicht nur entwaffnet, sondern auch wieder ins zivile Leben integriert werden. Insgesamt 8 Millionen Soldaten waren durch diese Maßnahmen betroffen. Es gelang, diese erfolgreich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.⁶³ Dies ging jedoch in dieser Phase zu Lasten berufstätiger Frauen, die ihren Arbeitsplatz verloren und den Interessen der männlichen Arbeitnehmer geopfert wurden.⁶⁴

2.2 Der zeithistorische Kontext in Württemberg

Wie Volker Ulrich für das Reich unterteilte auch Frank Engehausen die Novemberrevolution im Südwesten. Allerdings gliederte er das revolutionäre Geschehen in drei Phasen:

⁵⁸ Vgl. ebd., S. 399.

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 400.

⁶⁰ Vgl. Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1919*, München 2003², S. 62.

⁶¹ Vgl. ebd., S. 274.

⁶² Vgl. ebd., S. 61.

⁶³ Vgl. Richard Bessel: Eine nicht allzu große Beunruhigung des Arbeitsmarktes". Frauenarbeit und Demobilmachung in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 9/2 (1983), S. 228.

⁶⁴ Vgl. ebd., S. 212.

In eine erste Phase der Machterosion beginnend mit den letzten Oktobertagen 1918 bis zum 9. November; gefolgt von einer zweiten Phase der revolutionären Konstituierung unter Führung der Mehrheitssozialdemokraten als maßgebliche politische Kraft und abschließend einer dritten Phase der rechtlichen Konsolidierung vom Jahreswechsel bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung am 6. Februar 1919.⁶⁵ Wie im Reich kam es auch in Württemberg zu Diskussionen über eine Parlamentarisierung der Regierung. Karl von Weizsäcker, der Präsident des Staatsministeriums, lehnte eine solche Reform im Jahre 1917 aber ab.⁶⁶

In Württemberg startete das Revolutionsgeschehen Ende Oktober 1918 in Friedrichshafen, als die Beschäftigten von Maybach-Motorenbau nach einer Betriebsversammlung für Frieden, Freiheit und Sozialismus demonstrierten.⁶⁷

In Stuttgart kam es Anfang November zu ersten Demonstrationen. Am 6. November erklärte die Regierung von Ministerpräsident von Weizsäcker ihren Rücktritt.⁶⁸ Auf das Kabinett Weizsäcker folgte daraufhin die Regierung Liesching. Die Parteiführungen der SPD und der USPD kündigten für den 9. November Kundgebungen an, auf denen sie mit Nachdruck für demokratische Reformen wie die Abschaffung von Adelsprivilegien oder die Freilassung aller politischen Gefangenen warben.⁶⁹ König Wilhelm II. vereidigte die Regierung Liesching sogar noch am 9. November, bevor diese aufgrund der revolutionären Situation noch am selben Tag zurücktrat.⁷⁰

Es bildete sich daraufhin eine provisorische Volksregierung unter Führung des Mehrheitssozialdemokraten Wilhelm Blos. Dieser Regierung gehörten neben der SPD nicht nur die USPD an, sondern auch Politiker des Zentrums und der Liberalen.⁷¹

König Wilhelm II. von Württemberg verfügte auch im Jahre 1918 noch über eine hohe Popularität und stellte als zurückhaltender Bürgerkönig ein Gegenstück zum doch sehr prunkvollen deutschen Kaiser Wilhelm II. auf Reichsebene dar.⁷² Dennoch verließ der König am 9. November Stuttgart in Richtung Bebenhausen und trat somit von der politischen Bühne ab.⁷³ Eine Woche später entband er auch die Landesbediensteten von ihrem Treueeid

⁶⁵ Vgl. Engehausen, *Revolution in Württemberg und Baden*, S. 13-14.

⁶⁶ Vgl. Sauer, *Württemberg im Kaiserreich*, S. 351.

⁶⁷ Elmar Kuhn: Rote Fahnen über Oberschwaben, in: *Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte*, Jg. 56 (1997), S. 245. Die Anzahl der Demonstranten steigerte sich von 300 auf 700 und schließlich 4000 Teilnehmer.

⁶⁸ Vgl. Naujoks, *Württemberg 1864 bis 1918*, S. 427.

⁶⁹ Vgl. Engehausen, *Revolution in Baden und Württemberg*, S. 35.

⁷⁰ Vgl. Naujoks, *Württemberg 1864 bis 1918*, S. 431.

⁷¹ Vgl. Sauer, *Württemberg in Weimar*, S. 76.

⁷² Vgl. Sauer, *Württemberg im Kaiserreich*, Tübingen 2011, S. 347.

⁷³ Vgl. Engehausen, *Revolutionen Baden und Württemberg*, S. 38.

auf ihn⁷⁴, verzichtete schließlich am 30. November auf den württembergischen Thron und zog sich ins Kloster Bebenhausen zurück.⁷⁵ Damit war der Übergang zur Republik nun auch offiziell vollzogen.

Die Räte organisierten sich in den folgenden Wochen auch in Württemberg. Der Soldatenrat trat am 17. November zu einer Landesversammlung zusammen, auf der sich die Soldatenräte fast einstimmig hinter die provisorische Regierung stellten.⁷⁶ Der Arbeiterrat von Groß-Stuttgart konstituierte sich erst am 25. November 1918.⁷⁷ Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Stuttgarter Arbeiterrates gehörte der Mehrheitssozialdemokratie an und bestand aus bewährten Gewerkschaftsvertretern aus den Stuttgarter Großbetrieben.⁷⁸ Zur Landesversammlung der Arbeiterräte in Stuttgart kam es am 8. Dezember, in deren Verlauf diese das Wahlgesetz für die Wahlen zur verfassungsgebenden Landesversammlung billigte.⁷⁹

Am 14. Dezember verkündete die provisorische Regierung eine Satzung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte.⁸⁰ In diesem 26. Regierungserlass über die Stellung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte hieß es, dass diese „die revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems“⁸¹ bilden würden. Als Aufgabe komme ihnen zu, „die Durchführung der von der Regierung, den Gemeinden und ihren Behörden getroffenen Anordnungen“ zu kontrollieren.⁸² Auch die Grenzen der Räte zog dieser Erlass sehr eng, indem er explizit festhielt: „Die Vollzugsgewalt liegt ausschließlich in den Händen der Regierung.“⁸³ Die Räte besaßen in dieser Übergangszeit eine kontrollierende Funktion ohne echte exekutive Macht.

Zudem wurde in diesem Zeitraum die Wahl zur verfassungsgebenden Landesversammlung auf den 12. Januar 1919 terminiert. Der Wahltermin lag somit eine Woche vor der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung.⁸⁴

⁷⁴ Vgl. ebd., S. 41.

⁷⁵ Vgl. ebd., S. 41. Dies geschah exakt eine Woche nach dem badischen Großherzog Friedrich II. von Baden am 23. November seinen Thronverzicht erklärt hatte. Kaiser Wilhelm II. verzichtete zwei Tage zuvor am 28. November endgültig auf seine beiden Throne.

⁷⁶ Vgl. Manfred Scheck. *Zwischen Weltkrieg und Revolution. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg 1914-1920*, Köln/Wien 1981, S. 161.

⁷⁷ Vgl. ebd., S. 163.

⁷⁸ Vgl. Eberhard Kolb/Klaus Schönhoven (Bearb.): *Regionale und lokale Räteorganisation in Württemberg 1918/19*, Düsseldorf 1976, S. LIX.

⁷⁹ Vgl. Scheck, Arbeiterbewegung in Württemberg, S. 167.

⁸⁰ Vgl. ebd., S. 169.

⁸¹ Vgl. Provisorische Regierung Württembergs: 26. Regierungserlaß [sic!] über die Stellung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vom 15. Dezember 1918, in: Staatsanzeiger für Württemberg Nr. 295 vom 16. Dezember 1918, zitiert nach: Eberhard Kolb/ Klaus Schönhoven (Bearb.): *Regionale und lokale Räteorganisation in Württemberg 1918/19*, Düsseldorf 1976, S. 448.

⁸² Vgl. ebd., S. 448.

⁸³ Ebd., S. 448.

⁸⁴ Vgl. Engehausen, Revolution in Baden und Württemberg, S. 44.

Zu Aufständen wie in Berlin, kam es auch in Württemberg, so etwa im Januar kurz vor der Wahl zur Landesversammlung in Stuttgart. Diese Aufstände und deren gewaltsame Niederschlagung hatten wie im Reich das Ende der Regierungstätigkeit der USPD in Württemberg zur Folge.⁸⁵ Im Frühjahr 1919 kam es außerdem zu einem circa zehntägiger Generalstreik des Spartakusbundes in Stuttgart, den das Militär gewaltsam niederschlug.⁸⁶

Die Wahlen zur verfassungsgebenden Landesversammlung hatte einen Wahlsieg der SPD bei einem leicht schwächeren Wahlergebnis als im Reich zur Folge. Die DDP erlangte 25% der Stimmen und das Zentrum kam auf 20,8%. Die USPD schnitt in Württemberg schwächer als im Reich ab.⁸⁷ Als Konsequenz des Wahlergebnisses bildete sich ab dem 7. März 1919 eine erste Landesregierung bestehend aus SPD, DDP und Zentrum erneut unter der Führung von Wilhelm Blos.⁸⁸

Die Arbeit an der neuen Verfassung ging in Württemberg schneller vonstatten als im Reich. Bereits Ende April verabschiedete die Landesversammlung die Verfassung des Volksstaates, welche am 1. September 1919 in Kraft trat.⁸⁹ Die Rätebewegung selbst kam schon im Sommer 1919 an vielen Orten zum Erliegen. Die nichtsozialistischen Parteien forderten schon im Januar 1919 die Auflösung der Räte.⁹⁰ Eine Forderung, die im Sommer 1919 auch kurzzeitig im Landtag Gesetzeskraft erhielt.⁹¹ Nachdem fast alle verbliebenen lokalen Räte sich bis zur Jahreswende 1919/20 aufgelöst hatten, beschlossen die restlichen Mitglieder des Landesausschusses am 9. März 1920, dass dieser zum Monatsende seine Tätigkeit einstellen solle.⁹² Damit endete das Wirken der Räte in Württemberg. Für den lokalen Kontext war noch eine Kommunalreform von Bedeutung. Bis ins Frühjahr 1919 bestanden auf der Gemeindeebene sowohl ein 7-21-köpfiger Gemeinderat, der das verwaltende Gremium war⁹³ als auch ein Bürgerausschuss als zweites Gremium, welches die Vertreter der Bürgerschaft überwachen sollte.⁹⁴ Per Gesetz schaffte der Landtag am 25. März 1919 den

⁸⁵ Vgl. ebd., S. 56. Blos entließ noch am 10. Januar die Minister der USPD Crispian (Inneres) und Fischer (Krieg) aus ihren Ämtern entlassen.

⁸⁶ Florian Brückner (o.D.): Politisches Leben im Volksstaat Württemberg, <<https://www.leo-bw.de/themen-modul/von-der-monarchie-zur-republik/wuerttemberg/politisches-leben>>, zuletzt geprüft am 04.07.2025.

⁸⁷ Vgl. Wahlen-in-Deutschland.de: Weimarer Republik 1918-1933, Landtagswahlen, Volksstaat Württemberg, <<https://www.wahlen-in-deutschland.de/wlWuerttemberg.htm>>, zuletzt geprüft am 04.07.2025.

⁸⁸ Vgl. Enghausen, *Revolution in Baden und Württemberg*, S. 57.

⁸⁹ Vgl. Brückner, *Politisches Leben im Volksstaat*.

⁹⁰ Kolb/Schönhoven, *Räteorganisation in Württemberg*, S. LXV.

⁹¹ Vgl. Sauer, *Württemberg in Weimar*, S. 87.

⁹² Vgl. Kolb/Schönhoven, *Räteorganisation in Württemberg*, S. LXV-LXVI.

⁹³ Vgl. Alfred Dehlinger: *Württembergs Staatswesen. In seiner geschichtlichen Entwicklung bis heute*, Bd. I, Stuttgart 1951, S. 270.

⁹⁴ Vgl. ebd., S. 270.

Bürgerausschuss ab und übertrug seine Aufgaben dem Gemeinderat, dessen Mitglieder nunmehr hälftig auf drei bzw. sechs Jahre gewählt wurden.⁹⁵

Inwiefern lässt sich nun die Situation in Württemberg mit der im Reich vergleichen? Einerseits glich sich die Situation aufs Reichs- wie auch auf Landesebene, insofern als beide politischen Gebilde sich zu republikanischen parlamentarischen Demokratien entwickelten. Auch stellten sich die Räte in Land und Reich relativ schnell auf die Seite der provisorischen Regierungen. Zudem ähnelten sich die Wahlergebnisse grob und es kam im Reich wie in Württemberg zu einer Weimarer Koalition aus SPD, DDP und Zentrum. Andererseits bestanden jedoch auch einige Unterschiede zwischen den Ereignissen in Württemberg und denen auf Reichsebene. Die politische Transformation verlief in Württemberg gemäßiger als im Reich. Das zeigt sich an der Beteiligung der bürgerlichen Parteien an der Regierung Blos. Außerdem kam es in Württemberg nur zu wenigen Aufständen und Vieles passierte in Württemberg schneller als im Reich. Das heißt, dass die politischen Entwicklungen in Württemberg denen im Reich ähnelten, sich diese aber dort gemäßiger und schneller als im Reich abspielten.

2.3 Die Geschehnisse in Hohenzollern

Hohenzollern war aufgrund der Zugehörigkeit zu Preußen ein Sonderfall. Bedingt durch diese Tatsache war zu klären, inwieweit ohne die dynastische Bindung an das Haus Hohenzollern eine weitere Zugehörigkeit zu Preußen Sinn ergab.

Nachdem sich in den Gemeinden im Hohenzollerischen Lande schnell Arbeiter-, Bauern- und Bürgerräte bildeten, kam es am 18. November 1918 zur Einberufung des hohenzollerischen Kommunallandtages. Auf dieser Tagung verließ Regierungspräsident Graf von Brühl als Vertreter des Kaisers nach einer persönlichen Stellungnahme den Saal und ließ die Abgeordneten ohne ihn weiter tagen. Die Versammlung verabschiedete sieben Beschlüsse, die als epochenmachend galten.⁹⁶ Politisch umrissen wurde auf diesem Kommunallandtag die Frage nach dem Verbleib der Hohenzollerischen Lande bei Preußen. Die drei Optionen waren der Verbleib bei Preußen, das Zusammengehen mit Württemberg oder die eigenständige Existenz als Republik Hohenzollern. Diese Diskussion bestand bis zum Frühjahr 1919,

⁹⁵ Vgl. ebd., S. 272.

⁹⁶ Vgl. Vogt, Hechinger Wünsche, S. 99. Zu den Beschlüssen gehörten unter anderen die Aufhebung aller Fideikommisse, der Erhalt des Kommunalverbandes und die Wahl des Kommunallandtages nach allgemeinem, gleichem, geheimem und direktem Wahlrecht.

als am Gründonnerstag der Kommunallandtag für den Verbleib bei Preußen votierte.⁹⁷ Dabei sprach sich der Vertreter des hohenzollerischen Bauernvereins für den Verbleib Hohenzollerns bei Preußen aus⁹⁸, wohingegen der Vertreter des Arbeiterrates Hechingen-Haigerloch für den Anschluss an Württemberg plädierte.⁹⁹

Ein zweites Thema war die Ankündigung des Fürsten Wilhelm von Hohenzollern-Sigmaringen, die er am 13. November 1918 gegenüber einer Delegation aus drei Zentrumspolitikern und dem liberalen Verleger Wallishauser äußerte: Darin verzichtet er auf seine fürstlichen Sonderrechte.¹⁰⁰ Dieser Verzicht auf seine Privilegien umfasste auch die Zusage, einmalig zwei Millionen Mark zu spenden, „die den durch den Krieg Geschädigten zugutekommen“¹⁰¹ sollten. Der Wohlfahrtsausschuss kümmerte sich in den folgenden Monaten um die Verwendung der Spende. Bis Anfang August 1919 bearbeitete der Ausschuss 6966 Anträge.¹⁰² Über die Spende schreibt Rolf Vogt, dass die zwei Millionen ihre Summe nicht wert waren, weil Wilhelm von Hohenzollern-Sigmaringen „faule Papiere mit fallenden Kursen“¹⁰³ spendete. Zudem verweigerte er eine weitere Spende und lehnte es auch ab, wie versprochen, die Summe auf die versprochenen zwei Millionen Mark aufzustocken.¹⁰⁴

Insgesamt herrschten in Hohenzollern spezielle Umstände, die durch die Exklavensituation und die ungeklärte Zukunft des Hohenzollerischen Landes gekennzeichnet waren. Dazu kam die Ferne des abgedankten Monarchen in Kombination mit dem Sigmaringer Fürsten als Mäzen und Großgrundbesitzer, die Spannungen mit sich brachte, was auch zu der später ausgeführten regen Rätetätigkeit führte.

2.4 Der Topos von Ruhe und Ordnung

Die Umbruchsphase nach der Novemberrevolution waren neben Zugehörigkeitsdebatten und sozial- und ernährungspolitischen Diskursen auch vor einer großen Furcht vor revolutionärer Gewalt und Bürgerkrieg geprägt. Verwunderlich ist das nicht, wenn man Jörn

⁹⁷ Vgl. Gönner, Hohenzollern in Weimar und NS, S. 322. Dadurch kam es im Juni 1919 auch zur Nachwahl eines hohenzollerischen Abgeordneten für den preußischen Landtag. Bei der Reichstagswahl war Hechingen Teil des Reichstagswahlkreises Württemberg.

⁹⁸ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, Hohenzollerische Blätter, 22.04.1919, Nr. 83. Als Argument wird angeführt, dass wer es gut mit Hohenzollern meine, sich nicht von Preußen lossage.

⁹⁹ Vgl. ebd. Als Grund für den Anschluss führte der Arbeiterrat die im Argen liegende Lebensmittelversorgung in Hohenzollern an.

¹⁰⁰ Vgl. Vogt, Hechinger Wünsche, S. 98-99. Auf Zentrumsseite bestand die Delegation aus dem Reichstagsabgeordneten Dr. Emil Belzer und den Landtagsabgeordneten Kamill Brandhuber und Hermann Eger.

¹⁰¹ Vgl. ebd., S. 99.

¹⁰² Vgl. ebd., S. 129. Der Wohlfahrtsausschuss war der Landesausschuss, der sich nach dem 6. Beschluss des Kommunallandtages vom 18. November um die Auszahlung der Fürstenspende kümmern sollte. Siehe dazu eine Sonderausgabe des Zollers: Stadtarchiv Hechingen, *Zoller*, 18.11.1918, Nr. 266.

¹⁰³ Ebd., S. 135.

¹⁰⁴ Vgl. ebd., S. 136.

Leonhard folgt, für den der Einsatz von manifester oder latenter Gewalt unabdingbar ist, damit politische Umbrüche die Qualität einer Revolution besitzen können.¹⁰⁵

Besonders erhellend ist ein Beispiel aus Reutlingen, welches in Rottenburg referiert wurde:

„Der Soldatenrat gibt bekannt: In den letzten Tagen wurden alle Abende in der Nähe der Stadt scharfe Handgranaten geworfen. Für Namhaftmachung der Täter setzt der Soldatenrat eine Belohnung von 10 Mark aus. Sollte der Unfug des Handgranatenwerdens nicht aufhören, so sieht sich der Soldatenrat veranlaßt [sic!] Haussuchungen vorzunehmen.“¹⁰⁶

Dieses Zitat ist ein Beispiel, das verdeutlicht, wie latent die Gewalt in der Gesellschaft verankert und unsicher die Lage in der Gesellschaft war. Verbreitet waren diese Sorgen auch nicht nur bei den Bürgerlichen und im politischen Katholizismus, sondern auch in der Sozialdemokratie. In der SPD überwog die Furcht davor, wie die Menschewiki in Russland mitverfolgt zu werden.¹⁰⁷ Kurz vor dem 9. November erklärte der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert gegenüber Reichskanzler Max von Baden, dass die soziale Revolution ohne eine Abdankung des Kaisers unumgänglich sei, er erstere jedoch nicht wolle und sie gar, wie eine Sünde hasse.¹⁰⁸

Diese Furcht war mitursächlich dafür, dass sich die SPD erst spät an die Spitze der Revolutionsbewegung stellte und in den Rätekongressen ein Rätemodell als Grundlage für die neue Verfassung ablehnte.¹⁰⁹ Es bestand in der Sozialdemokratie sogar eine Strömung, die für den Erhalt der Monarchie – verbunden mit der Abdankung Wilhelms II. eintrat.¹¹⁰ Die Oktoberreformen galten für diese Strömung als ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Demokratie.¹¹¹

Auch im katholischen Milieu bestand eine Sorge vor Gewalt und Bürgerkrieg. Hier fürchtete sich insbesondere der Klerus um den Fortbestand der eigenen Privilegien. Gründe für die Sorgen waren damit im Allgemeinen die Trennung von Staat und Kirche und im Besonderen das Ende des Religionsunterrichtes in den Schulen.¹¹²

¹⁰⁵ Vgl. Jörn Leonhard, über Revolutionen, S. 172. Die anderen Merkmale einer Revolution ist Umbruch staatlicher Institutionen, der Verfassung oder der Eigentumsverhältnisse sowie das subjektive Bewusstsein der Handeln von der Qualität des Neuanfangs.

¹⁰⁶ Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 4.12.1918, Nr. 277.

¹⁰⁷ Vgl. Walter Mühlhausen: Zwischen Erwartungen und Zwangslagen. Sozialdemokratie und radikale Linke in der Revolution, in: Andreas Braune/Michael Dreyer (Hgg.): *Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch?. Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort*, Stuttgart 2019 (= Weimarer Schriften zur Republik, 6), S. 64.

¹⁰⁸ Vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 368.

¹⁰⁹ Vgl. Mühlhausen, *Zwischen Erwartungen und Zwangslagen*, S. 61.

¹¹⁰ Vgl. ebd., S. 54.

¹¹¹ Vgl. ebd., S. 53. Mit dem Erhalt der Monarchie war allerdings nicht die Vorstellung verbunden, dass Wilhelm II. weiterhin deutscher Kaiser bleiben sollte.

¹¹² Vgl. Rudolf Morsey, *Zentrumspartei 1917-1923*, S. 111.

Eine besonders wichtige These, die häufig in Arbeiten zur Novemberrevolution verwendet wird, ist Richard Löwenthals These des Anti-Chaos-Reflexes aus dem Jahre 1981. Löwenthal fragt sich hierbei, weshalb moderne Industriegesellschaften auf eine gewisse Art und Weise gegen revolutionären Wandel resistent seien.¹¹³ Seine Begründung thematisiert die anwachsende Bedeutung des Staates. Der Zugewinn staatlicher Funktionen wie der Transport lebensnotwendiger Güter, die Verhinderung von Epidemien oder die Schulerziehung der Kinder lasse eine Kontinuität der staatlichen Funktionen notwendig erscheinen.¹¹⁴

Sebastian Elsbach beschäftigt sich mit der Frage, ob in den Anfangsjahren der Weimarer Republik ein Bürgerkrieg bestanden habe und wie sich die politische Gewalt in den Anfangsjahren mit dem Versprechen des demokratischen Gewaltmonopols vertragen habe. Er untermauert die Relevanz seiner Fragestellung durch eine Auflistung aller militärisch ausgetragener Konflikte wie dem Posener Aufstand, den Berliner Unruhen, den Räte-Republiken oder dem Kapp-Putsch.¹¹⁵ Elsbach folgt in seiner Argumentation den Ausführungen von Dirk Schuhmann, der in seinen Beiträgen von einem punktuellen Bürgerkrieg spricht. Laut Elsbach sei das Gewaltmonopol der frühen Weimarer Republik mehr Versprechen als Realität gewesen.¹¹⁶ Paradoxerweise sei es vielmehr so, dass die Demokratie eine Herrschaftsform zum möglichst gewaltfreien Ablauf des politischen Lebens sei und sie dennoch nur in Ausnahmefällen ohne Gewalt errichtet werde.¹¹⁷

Das bedeutet für die lokale Revolution, dass es gerade in dieser Übergangsphase zu Gewalt und chaotischen Zuständen kam, die Angst vor Chaos und Bürgerkrieg verstärkten. Die neugegründeten Bürgerwehren sowie die Aufruhe nach Ruhe und Ordnung sind vor diesem Hintergrund als ein Versuch zu verstehen, Chaos und Unruhe zu verhindern.

Dazu gehörte stellvertretend für viele ein Aufruf des Bischofs der Diözese Rottenburg-Stuttgart vom 11. November 1918. In diesem sprach er davon, dass Ruhe und Besonnenheit die Losung des Tages sein müssten.¹¹⁸ Dies sei insbesondere bei der gegenwärtigen Ernährungslage wichtig. So warnt er: „Insbesondere unsere Volksernährung ruht – zumal dann, wenn Württemberg auf sich selbst gestellt wäre – auf so schmaler Grundlage, daß jede gewaltsame Erschütterung unseres bisherigen Ernährungssystems eine Hungersnot herbeiführen kann.“¹¹⁹ Angesichts dieses Aufrufes stellt sich die Frage, welche Fälle genau im

¹¹³ Vgl. Löwenthal, *Ausbleiben der Revolution*, S. 22.

¹¹⁴ Vgl. Löwenthal, *Ebd.*, S. 23.

¹¹⁵ Vgl. Sebastian Elsbach, *der „deutsche Bürgerkrieg“*, S. 14.

¹¹⁶ Vgl. *ebd.*, S. 22.

¹¹⁷ Vgl. *ebd.*, S. 22.

¹¹⁸ Vgl. Stadtarchiv Rottenburg, *Rottenburger Zeitung*, 11.11.1918, Nr. 258.

¹¹⁹ *Ebd.*

November 1918 Aufsehen erregten. Ein Beispiel für einen Fall, der viel regionale Resonanz erfuhr, war der Fall des falschen Soldatenrates. In Horb tauchten mehrere Bewaffnete auf, die sich als Soldatenräte des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates ausgaben. Sie durchsuchten die Metzgerei Bareiß und beschlagnahmten 130 Pfund Fleisch und Fett.¹²⁰ Dieser Fall zeigt zum einen auf, dass die unklare Lage zu Betrug anstiftete und zum anderen lenkt sie den Blick auf die schlechte Ernährungslage, weil die entsprechende Metzgerei um Lebensmittel und nicht direkt um ihr Geld betrogen wurde.

Sorgen bereitete den Autoritäten in Rottenburg das Verhalten der Jugendlichen. In einer Sitzung des Volksrates am 10. Dezember nahm sich dieser vor, vermehrt gegen die an den Bahnhöfen „herumlungernde schulpflichtige Jugend“¹²¹ vorzugehen. Dies scheint in den Augen des Rottenburger Volksrates ein drängendes Thema gewesen zu sein. In Rottenburg kam es in der Silvesternacht zu Unruhen, die in antiklerikalen Vorgängen vor dem Bischofspalais, eingeworfenen Scheiben vor den Wohnungen von Geistlichen und Patronenhülsen auf der Straße am nächsten Morgen endeten.¹²²

In Pfullingen war die Sorge vor dem Kontrollverlust verbunden mit Berichten über heruntergerissene Flaggen.¹²³ In den Hohenzollerischen Landen war das Ausmaß der Gewalt am größten: Ein Beispiel ist ein Bericht vom 11. November über ein Ereignis vom Vortag. Am vom Bahnhof in Sigmaringen wurde ein Rittmeister, der eine Flagge herunterriss, verprügelt.¹²⁴

Das prägnanteste Beispiel der lokalen Gewaltfälle war die Demonstration der Kriegsgeschädigten am 1. Februar 1919 in Sigmaringen. Bei dieser demonstrierten mehrere Hundert Invaliden für ihre Belange. Nachdem sich der Reichsbund der Invaliden auch in Hohenzollern konstituiert hatte, warnte ein anonymes Artikel der Hohenzollerischen Volkszeitung vor dem Reichsbund der Invaliden. Daraufhin erscholl unter den Demonstranten der Ruf, die Redaktion der Hohenzollerischen Volkszeitung zu stürmen. So stürmten ca. 15 Mann die Redaktion, während 50 weitere im Hausflur standen. Jedoch war der Redakteur der Hohenzollerischen Volkszeitung nicht bereit, den Namen des Autors des anonymen Artikels zu nennen, weshalb die Demonstranten die Redaktion verwüsteten.¹²⁵ Nachdem der Sigmaringer Bürgermeister eingegriffen hatte, fand eine Delegation zusammen, die zum Schloss ging

¹²⁰ Vgl. Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 21.11.1918, Nr. 266.

¹²¹ Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 11.12.1918, Nr. 283.

¹²² Vgl. Ehrmann, Räterepublik findet nicht statt, S. 180.

¹²³ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 02.12.1918, Nr. 283.

¹²⁴ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, Zoller, 10.11.1918, Nr. 260.

¹²⁵ Vgl. Vogt, Hechinger Wünsche, S. 112.

und von Fürst Wilhelm eine weitere Spende für Invaliden und Kriegshinterbliebene erbat, die dieser jedoch ablehnte.¹²⁶

Insgesamt waren diese Ausschreitungen im Umfeld der Demonstration ein Beispiel für die Sorge, dass Ruhe und Ordnung nicht aufrechterhalten werden konnten. Berichte von Ausschreitungen in anderen Städten vermischten sich mit den Beobachtungen von als chaotisch empfundenen Vorkommnissen bei sich vor Ort. Dazu kamen die Sorge vor einem moralischen Niedergang, der auf diese unklare Situation drohen würde, wie das Beispiel des Volksrates in Rottenburg zeigt, der gegen die am Bahnhof herumlungernenden Jugendlichen vorgehen wollte.¹²⁷ Durchgesetzt wurde das Gewaltmonopol des Staates auch in Württemberg und Hohenzollern im öffentlichen Raum erst nach einigen Monaten, wie es Sebastian Elsbach für das Reich festhält.¹²⁸ Höchstwahrscheinlich verstärkten die Ereignisse woanders schon vorhandene Sorgen, verstärkten bei beobachteten Ereignissen diese Sorge und triggernten so einen Anti-Chaos-Reflex, der sich auch auf alltäglich harmlose Situationen wie am Bahnhof herumlungernende Jugendliche erstreckte. Verglichen mit den Geschehnissen an anderen Orten, war so manche Aufregung wie die über die Ereignisse in Rottenburg in Nachhinein doch übertrieben.¹²⁹ Aber insbesondere das Verbot des Handgranatenwerfens durch den Reutlinger Soldatenrat verdeutlicht die Explosivität und Gereiztheit der damaligen Zeit sehr.

3. Theoretischer Teil

3.1 Definition des Begriffes „Rat“

Im allgemeinen Sprachgebrauch sind Räte Organe, die sowohl durch eine Wahl als auch per Ernennung eingesetzt werden können. Beispiele hierfür sind Gemeinderäte oder Aufsichtsräte.¹³⁰ Bezogen auf die Rätebewegung bedeutet der Begriff jedoch etwas anderes. Zunächst richten sich Räte immer gegen etwas, womit eine bestimmte politische oder wirtschaftliche Ordnung gemeint ist.¹³¹ Dabei sind drei Grundelemente entscheidend: Erstens wird davon ausgegangen, dass die sozialen Schichten, die die Räte bilden, sozial, wirtschaftlich oder politisch unterdrückt, entrechtet oder zumindest abhängig gegenüber bestimmten herrschenden Schichten sind.¹³²

¹²⁶ Vgl. ebd., S. 113.

¹²⁷ Vgl. Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 11.12.1918, Nr. 283.

¹²⁸ Vgl. Elsbach, der „deutsche Bürgerkrieg“, S. 22.

¹²⁹ Vgl. Ehrmann, Räterepublik findet nicht statt, S. 184.

¹³⁰ Vgl. Peter von Oertzen: *Betriebsräte in der Novemberrevolution*, Berlin/Bonn 1976². S. 7-8.

¹³¹ Vgl. ebd., S. 9.

¹³² Vgl. ebd., S. 9.

Zweitens richtet sich die Rätebewegung gegen die politischen, sozialen und rechtlichen Organisationformen der Institutionen, durch die die herrschenden Schichten ihre Macht ausüben. Die Räte stehen für eine radikale Form direkter Demokratie.¹³³ Ausgeübt wird die direkte Demokratie in diesem Fall durch folgende Prinzipien: a.) Die Besetzung der leitenden Positionen durch Wahl, b.) die Urwähler als geschlossene Wahlkörper, die den politischen Willen in den Versammlungen dieser abbilden, c.) eine hohe Anzahl an Entscheidungen wird durch die Urwähler getroffen, d.) die Bindung der gewählten Vertreter an das Mandat ihrer Wähler, e.) die dauerhafte Kontrolle der Räte durch die Urwähler, f.) die ehrenamtliche Tätigkeit der gewählten Vertreter und g.) die Tatsache, dass die gewählten Vertreter möglichst derselben sozialen Schicht wie die Wähler angehören sollen.¹³⁴

Als drittes Grundelement entstehen die Räte in der Regel aus revolutionären Situationen und sind in ihrer Entwicklung durch das spontane Handeln von Massen geprägt, weshalb ihnen weitgehend der Charakter von Revolutionsorganen anhaftete.¹³⁵

Peter von Oertzen grenzt drei verschiedene Ausprägungen der Räte voneinander ab. Zuerst zu nennen sei einmal die Existenz eines Rates als Kampforgan, welches mangels anderer geeigneter Organisationsformen von den revoltierenden Schichten bzw. Klassen geschaffen wird, um meistens begrenzte Aktionen gegen die bestehende Ordnung durchzuführen.¹³⁶ Als Beispiele werden hier das Streikkomitee oder das Zentralkomitee der Pariser Nationalgarde 1871 genannt.¹³⁷ Als zweiten Typ nennt von Oertzen den Typus der Räte als Interessensvertretungen unterprivilegierter Schichten oder Klassen, gegenüber den herrschenden Gruppen, aber gelegentlich auch gegenüber anderen Schichten bzw. Klassen. Als Beispiele werden hierbei Arbeiter- neben Bauernräten, Angestellten- und Beamtenräten genannt.¹³⁸

Der dritte Typ stellt Räte als Staatsorgane des sich unmittelbar demokratisch selbst regierenden Volkes dar. Beispiele für diesen Typus sind die Pariser Kommune oder die in der jugoslawischen Verfassung verankerten Produzentenräte.¹³⁹ Historisch entstand der spezifische Begriff der Räte nach der Revolution im Zarenreich im Jahre 1905.¹⁴⁰

¹³³ Vgl. ebd., S. 9.

¹³⁴ Vgl. ebd., S. 10.

¹³⁵ Vgl. ebd., S. 10.

¹³⁶ Vgl. ebd., S. 11.

¹³⁷ Vgl. ebd., S. 11.

¹³⁸ Vgl. ebd., S. 11.

¹³⁹ Vgl. ebd., S. 11.

¹⁴⁰ Vgl. ebd., S. 8.

Diese begriffliche Voreingenommenheit merkt man Peter von Oertzens Ausführungen an, die sich stark auf die Arbeiterräte und die industrialisierte Arbeiterschaft beziehen. Angesichts der Vielfalt der Räte in der Novemberrevolution ist dies nur teilweise zutreffend. Tatsächlich verfügten auch noch andere Klassen und Schichten über Räte in der Novemberrevolution. So gründeten die Vertreter des Bürgertums eigene Räte. Diese waren häufig mit bürgerlichen Parteien verbunden und kopierten die Aktionsformen der Arbeiterbewegung.¹⁴¹ So gründeten sich häufiger aus Kreisen des Bürgertums Räte, um sich vor der Revolution zu schützen, als aus echter Sympathie mit der Revolution.¹⁴² Die Wirkungsgeschichte der Bürgergerräte lag vor allem in der Gründung von bürgerlichen Wahlverbindungen zu den Kommunalwahlen sowie in der Fortsetzung kollektiver politischer Aktionen des Bürgertums.¹⁴³ Daher stellten die Bürgergerräte nach Jens Hacke den Beweis dar, dass die Novemberrevolution auch eine bürgerliche Revolution war.¹⁴⁴

Als weitere Form der Räte sind zudem noch die Bauernräte zu nennen: Die Idee zu den Bauernräten entstand bereits während des Ersten Weltkrieges. In einer Denkschrift des Bundes der Landwirte kam der Vorschlag zur Bildung von Ausschüssen auf, die die Ablieferung und sachgemäße Handhabung der zwangsweise erfassten Lebensmittel gewährleisten sollten.¹⁴⁵ Am 12. November rief der Rat der Volksbeauftragten sodann auch zur Bildung von Bauernräten auf. Diskutiert wurde in bäuerlichen Kreisen auch über die Hinzunahme der Landarbeiter in die Bauernräte.¹⁴⁶ Ein zweiter Aufruf im Reichsanzeiger vom 22. November deklarierte daher die Gründung von Bauern- und Landarbeiterräten, von deren Existenz im Sinne der Bekanntmachung bei Bauernrätegründungen ab dem 25. November auszugehen ist.¹⁴⁷ Insgesamt entwickelte sich über die Bauernräte laut Heinrich Muth ein landwirtschaftliches Organisationswesen, das „im Wesentlichen konservativ, antirepublikanisch und antiparlamentarisch war.“¹⁴⁸ Die Bauernräte unterschieden sich von den Arbeiterräten, da sie im Gegensatz zu diesen in Württemberg nur auf wirtschaftlichen Gebiet tätig werden

¹⁴¹ Vgl. Gohlke, Die Räte in der Revolution von 1918/1919 in Magdeburg, Universität Oldenburg: Dissertation, S. 6.

¹⁴² Vgl. ebd., S. 6.

¹⁴³ Vgl. ebd., S. 7.

¹⁴⁴ Vgl. Der Liberalismus zwischen Erneuerung und Existenzkrise, in: Andreas Braune/Michael Dreyer (Hgg.): *Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch? Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort*, Stuttgart 2019 (= Weimarer Schriften zur Republik, 6), S. 75.

¹⁴⁵ Vgl. Muth, Bauern- und Landarbeiterräte 1918, S. 7.

¹⁴⁶ Vgl. ebd., S. 26.

¹⁴⁷ Vgl. ebd., S. 19.

¹⁴⁸ Ebd., S. 4.

sollten.¹⁴⁹ Die Bauernräte waren zum Teil eigenständig, zum Teil in den Räten als Arbeiter- und Bauernrat inbegriffen. Im Frühjahr 1919 erklärte eine Deputation aus Vertretern der württembergischen Bauernschaft, dass sich die Bauernschaft in den Arbeiter- und Bauernräten nicht vertreten fühle.¹⁵⁰ Daher konstituierte sich bis zum 30. April ein württembergischer Landesbauernrat mit eigener Geschäftsstelle im Neuen Schloss.¹⁵¹

3.2 Die Methode des Vergleiches

Nach der Erörterung des Untersuchungsobjektes, eines revolutionären Rates, folgt nun die Darlegung der Methoden, mit der das Wirken der Räte analysiert werden soll: Die Methoden des historischen Vergleiches und der Transfergeschichte. Hauptsächlich Verwendung findet in dieser Arbeit der historische Vergleich und in einem geringeren Ausmaß der Ansatz der Transfergeschichte.

Dieses theoretische Unterkapitel setzt sich mit dieser Methode, ihren Stärken und Schwächen, ihrer Abgrenzung gegenüber der Transfergeschichte und der Anwendung der gewonnenen Erkenntnisse auf die Untersuchung im folgenden Hauptteil der Masterarbeit auseinander.

Hartmut Kaelble definiert den historischen Vergleich als „die systematische Gegenüberstellung von zwei oder mehreren historischen Einheiten (von Orten, Regionen, Nationen oder Zivilisationen, auch historische Persönlichkeiten), um Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Annäherungen und Auseinanderentwicklungen zu erforschen.“¹⁵²

Dabei sind zwei Formen des Vergleiches möglich: Einerseits der synchrone Vergleich. Dieser analysiert zwei Untersuchungseinheiten zu einem gleichen Zeitpunkt oder in einer gleichen Zeitspanne. Andererseits ist es auch möglich, zwei Untersuchungseinheiten diachron, also zu zwei unterschiedlichen Zeitpunkten, miteinander zu vergleichen.¹⁵³ Zumeist beschränkt sich der historische Vergleich auf den Vergleich zweier Länder miteinander. Jedoch ist er auch problemlos auf andere Entitäten oder auf mehr als zwei Entitäten anwendbar.

Ebenfalls von Bedeutung ist die genaue Definition des Vergleiches nach Epple/Erhart: „A comparison might be described as a logical operation that puts into perspective two entities, the two *comparata*, [*Hervorhebung der Autoren*] in respect to a *tertium comparationis*

¹⁴⁹ Vgl. Klaus Lang: *Die württembergische Landwirtschaftsverwaltung im 19. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, Stuttgart 1971 (= Hohenheimer Arbeiten, Schriftenreihe der Universität Hohenheim (LH), Agrarökonomie, 56), S. 126.

¹⁵⁰ Vgl. ebd., S. 130.

¹⁵¹ Vgl. ebd., S. 130.

¹⁵² Hartmut Kaelble (22.04.2024): Historischer Vergleich.

¹⁵³ Vgl. ebd.

[Hervorhebung der Quellenautoren]”.¹⁵⁴ Das tertium comparationis ist bei einem Vergleich das Gemeinsame mehrerer Objekte, die im Vergleich einander gegenübergestellt werden.¹⁵⁵

Der historische Vergleich selbst weist vier unterschiedliche Formen auf, die sich nach der Intention des Vergleiches unterscheiden: Zuerst ist da der analytische Vergleich, der Erklärungen für ein historisches Phänomen durch die vergleichende Analyse unterschiedlicher Fälle entwickelt.¹⁵⁶ Eine zweite Form des Vergleiches ist der kontrastiv-aufklärende Vergleich, der positive und negative Entwicklungen einander gegenüberstellen und Fehlentwicklungen in einzelnen Gesellschaften besser analysieren soll.¹⁵⁷ Der verstehende Vergleich wiederum hilft beim besseren Verständnis anderer Gesellschaften durch den Vergleich mit der eigenen Gesellschaft.¹⁵⁸ Als einen vierten Typ des Vergleiches nennt Kaelble schließlich noch den Identitätsvergleich. Dieser soll vergleichend mit anderen Ländern Mythen über das eigene Land testen, kritisieren und ändern.¹⁵⁹

Die Stärken des Vergleiches liegen nach Kaelble in seiner thematischen Flexibilität. Anwendbar ist er auf dem Gebiet von Verfassungen und Institutionen gleichsam wie bei der Geschichte von Mentalitäten, Normen und Werten.¹⁶⁰ Auch ermöglicht der Vergleich eine bessere Analyse der eigenen Untersuchungseinheit durch den Vergleich mit einer anderen Untersuchungseinheit. Bewusstmachen sollte man sich jedoch, dass die Vergleichsobjekte durch die Bestimmung ihrer Rahmenbedingungen nie neutral sind, sondern immer bestimmten Vorgaben folgen.¹⁶¹ So gehen internationale Vergleiche häufig unbewusst vom Begriff der Nation aus, „der selbst wiederum historisch in der europäischen Geschichte verankert ist.“¹⁶² Eine weitere Schwäche liegt darin, dass der Vergleich den Prozesscharakter seiner Kategorien häufig nicht genügend berücksichtigt.¹⁶³ Das bedeutet, dass bestimmte Merkmale oder Institutionen sich im Laufe der Zeit auch wandeln und eventuell schlechter miteinander vergleichbar oder nur für einen bestimmten Zeitraum miteinander vergleichbar sind.

¹⁵⁴ Angelika Epple/ Walter Erhart: Practices of Comparing. A New Research Agenda Between Typological and Historical Approaches, in: Angelika Epple/Walter Erhart (Hg.): *Practices of Comparing. Towards a New Understanding of a Fundamental Human Practice*, Bielefeld 2020, S. 15.

¹⁵⁵ Definition tertium comparationis. URL: <https://wortwuchs.net/tertium-comparationis/>, zuletzt geprüft am 25.06.2025.

¹⁵⁶ Vgl. Kaelble, Historischer Vergleich.

¹⁵⁷ Vgl. ebd.

¹⁵⁸ Vgl. ebd.

¹⁵⁹ Vgl. Kaelble, Vergleich, historischer, in: Stefan Jordan (Hgg.): *Grundbegriffe der Geschichtswissenschaft*, Ditzingen 2019², S. 304.

¹⁶⁰ Vgl. ebd., S. 304.

¹⁶¹ Vgl. Werner/Zimmermann, *histoire croisée*, S. 610.

¹⁶² Ebd., S. 610.

¹⁶³ Vgl. ebd., S. 615.

Abzugrenzen ist der historische Vergleich hingegen vom Ansatz der Transfergeschichte. Diese nimmt sich im Gegensatz zum historischen Vergleich die Prozesse zwischen zwei Vergleichsobjekten zum Gegenstand. Werner/Zimmermann schreiben, dass die Transfergeschichte „Veränderungen, Vorgänge von Akkulturation, Sozialisation [und] Aneignung“¹⁶⁴ zum Ziel hat. Die daraus vielfach entstandenen Kontakte, Transfers oder Beziehungen führten nicht nur zu Verbindungen oder Gemeinsamkeiten zwischen zwei Untersuchungsobjekten, sondern bewirkten auch eine Form der Vernetzung, welche die fraglichen Ensembles selbst umformen.¹⁶⁵ Wenn man beispielsweise das Revolutionsgeschehen 1918/19 in Baden und Württemberg miteinander vergleichen würde, kann man davon ausgehen, dass nicht nur Ähnlichkeiten und Unterschiede betrachtet werden dürfen, sondern auch, sondern auch gefragt werden muss, welche Auswirkungen die Ereignisse in Baden auf das revolutionäre Geschehen in Württemberg haben und umgekehrt und wie die Ereignisse in Württemberg in Baden jeweils rezipiert wurden.

Diese Dimension der Veränderung zwischen zwei Vergleichsobjekten deckt der historische Vergleich hingegen nur ungenügend ab. Kritik erfährt die Transfergeschichte laut Werner/Zimmermann insofern, als sie zwar ihre Analysekategorien historisch zu verorten versuche, zugleich aber die nationalen Fixierungen für die Beschreibung ihrer Prozesse nicht aufgeben könne.¹⁶⁶

Was bedeuten diese theoretischen Begriffe für diese Masterarbeit und den Vergleich des lokalen Rätewesens in verschiedenen Orten von November 1918 bis Sommer 1919? Die comparata sind in dieser Masterarbeit Dörfer und Kleinstädte im neu entstehenden Volksstaat Württemberg und die Stadt Hechingen in den Hohenzollerischen Landen.

Diese Feststellung führt zu drei Ausschlüssen: Erstens kommen Orte in anderen Ländern des Deutschen Reiches wie zum Beispiel ein badisches Dorf oder eine bayerische Kleinstadt als comparata nicht in Frage. Zweitens sind Großstädte wie Stuttgart oder größere Städte wie Esslingen, Heilbronn, Ludwigsburg oder Ulm aufgrund ihrer Größe nicht Teil der vergleichenden Analyse dieser Masterarbeit. Die Grenze von 20.000 Einwohnern für die Einheit einer Kleinstadt und von 5.000 Einwohnern für ein Dorf sind die Größenordnungen bei meiner Analyse des Rätewesens.¹⁶⁷ Drittes können nur Orte, in denen sich ab November 1918 Räte konstituierten, Teil der Untersuchung sein. Als *tertium comparationis* dienen

¹⁶⁴ Ebd., S. 613.

¹⁶⁵ Vgl. ebd., S. 614.

¹⁶⁶ Vgl. ebd., S. 616.

¹⁶⁷ Heinrich-Böll-Stiftung: *Stadttypen*, URL: <https://kommunalwiki.boell.de/index.php/Stadttypen>, zuletzt geprüft am 18.06.2025.

hierbei Orte, die als Eigenschaft die Existenz eines Rates einer der oben geschilderten Formen, sei es als Arbeiterrat, Bauernrat, Soldatenrat, Bürgerrat oder als räte-ähnliche städtische Ausschüsse aufwiesen.

Ein weiterer wichtiger Grund für die Auswahl der jeweiligen Untersuchungsobjekte, ist die räumliche Nähe der jeweiligen ausgesuchten Orte. Den südlichsten Vergleichspunkt stellt Hechingen dar, während sich die nördliche Grenze des Vergleichsgebietes auf der Höhe von Metzingen und Bad Urach ziehen lässt. Alle Untersuchungsorte liegen in der heutigen Region Neckar-Alb. Hierbei gehe ich von Toblers „First Law of Geography“ aus, welches Folgendes besagt: „Everything is related to everything else. But near things are more related than distant things.“¹⁶⁸ Das heißt, dass die räumliche Nähe eher Transferwirkungen von einem Untersuchungsort auf andere Untersuchungsorte zulassen sollte. Es ist also davon auszugehen, dass revolutionäre Ereignisse in Bad Urach in Metzingen eher reflektiert werden als revolutionäre Ereignisse in Ravensburg oder Biberach.

Inhaltlich gesehen wird diese Masterarbeit hauptsächlich mit dem historischen Vergleich operieren, um bestimmte historische Ereignisse und Prozesse analysieren und interpretieren zu können. Auf den Ansatz der Transfergeschichte wird dennoch zurückgegriffen, um die Ereignisse vor Ort besser erläutern zu können, da doch in manchen Orten die Ereignisse in anderen Untersuchungsorten zu einem kleinen Teil rezipiert wurden. Dies geschah jedoch nur in einem geringen Umfang. Transferprozesse fanden eher im Austausch mit Bezirksräten oder mit dem Landesarbeiterrat in Stuttgart statt.

Der Vergleich selbst folgt als Intention dem analytischen Vergleich, da er die Besonderheit des Rätewesens im regionalen Kontext in Kleinstädten und Dörfern erklären möchte. Durch den hierbei gewählten regionalgeschichtlichen Ansatz ist es zudem möglich, reichsweite Entwicklungen und föderale Entwicklungen besser nachvollziehen zu können.

3.3 Aufbau dieser Untersuchung

Die Untersuchung dieser Masterarbeit basiert auf dem Rätewesen in Gemeinden und Kleinstädten rund um Tübingen. Dies wären: Rottenburg und Mössingen als Teil des Oberamtes Rottenburg; Bad Urach und Metzingen gehörten zum Oberamt Urach. Dußlingen, Kusterdingen, Dettenhausen und Lustnau waren dem Oberamt Tübingen untergeordnet. Alle vier Oberämter waren wiederum dem Schwarzwaldkreis des Königreiches bzw. dann dem

¹⁶⁸ GIS Geography: What is Tobler’s First Law of Geography?, URL: <https://gisgeography.com/tobler-first-law-of-geography/>, zuletzt geprüft am 22.08.2025

Volksstaat Württemberg zugeordnet.¹⁶⁹ Hechingen war Teil des gleichnamigen Oberamtes Hechingen im zu Preußen gehörenden Regierungsbezirk Sigmaringen.

Zu bedenken ist hierbei nun, dass die aufgeführten Kleinstädte und Dörfer sich heutzutage neben der Zugehörigkeit zu anderen Verwaltungseinheiten (Landkreise statt Oberämter) doch in einigen Punkten gegenüber den Jahren 1918 und 1919 unterscheiden. Als erstes verfügen alle diese Gemeinden heute über mehr Einwohner als 1918/1919, was auch dadurch bedingt ist, dass die Bevölkerungszahl im Jahr 2025 in Westdeutschland deutlich höher als vor 100 Jahren liegt.¹⁷⁰ So gehörten zum Stichtag des 8. Oktobers 1919 sowohl Pfullingen (7.936 Einwohner), als auch Rottenburg (7.517 Einwohner), Metzingen (6.365 Einwohner) und Urach (5.047) zu den 52 Gemeinden Württembergs mit 5000 und mehr Einwohnern, womit sie wesentlich weniger an Einwohnern aufwiesen als heute.¹⁷¹

Als zweites ist der räumliche Zuschnitt der jeweiligen Gemeinden und Kleinstädte durch die Kreisreform der 1970er-Jahre bedingt ein anderer als 1918/19. Lustnau und Unterjesingen waren am Ende des Ersten Weltkrieges eigenständige dörfliche Gemeinden. Heute sind sie Stadtteile Tübingens und würden in ihrer gegenwärtigen Form so nicht mehr in dieser Masterarbeit berücksichtigt werden. Hechingen wiederum gehörte als Teil der hohenzollerischen Lande zu Preußen und nicht zu Württemberg. Weiterhin gilt es zu bedenken, dass die Gemeinden in ihrer heutigen Form durch die Kommunalreform von 1975 entstanden sind.¹⁷² Daher beschränkt sich die Beschreibung des Rätewesens in diesen Fällen auch aus Kapazitätsgründen auf das Geschehen in den heutigen Kernstädten dieser Gemeinden.

Ein dritter Unterschied besteht in der damaligen Sozialstruktur der Untersuchungsobjekte, die sich von der heutigen doch erheblich unterscheidet. So war der Anteil der Beschäftigten im landwirtschaftlichen Primärsektor im frühen 20. Jahrhundert wesentlich höher und der Anteil derjenigen, die im als Tertiärsektor bezeichneten Dienstleistungssektor tätig

¹⁶⁹ Vgl. Württembergisches Statistisches Landesamt (Hg.): Staatshandbuch für Württemberg 1928, Stuttgart 1922, S. 384.

¹⁷⁰ Baden-Württemberg.de (Datum unbekannt): Baden-Württemberg in Zahlen. Bevölkerung, <<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/unser-land/land-und-leute/bevoelkerung>>, zuletzt geprüft am 27.06.2025. So leben heute in Baden-Württemberg ca. 11,28 Millionen Menschen, während es im Jahre 1900 nur 4,1 Millionen Menschen waren.

¹⁷¹ Vgl. Württembergisches Statistisches Landesamt (Hg.): Staatshandbuch für Württemberg 1922, Stuttgart 1922, S. 386.

¹⁷² Vgl. Werner Brachat-Schwarz: 50 Jahre Gemeindereform in Baden-Württemberg. Wie wurde die Reform in den einzelnen Landesteilen umgesetzt und wie haben sich die »neuen« Kommunen seither entwickelt?, in: *Statistisches Monatsheft*, Jg. 77/ 6+7 (2024), S. 16. Diese verringerte die Anzahl der Gemeinden um zwei Drittel. Rottenburg und Metzingen sind heute Mittelstädte mit mehr als 20.000 Einwohnern, während Pfullingen und Bad Urach große Kleinstädte sind. Im Jahre 1922 zählten alle vier hier aufgeführten Gemeinden zu den Gemeinden 1. Klasse mit einer Einwohnerzahl zwischen 5.000-10.000 Einwohnern.

waren, deutlich niedriger als im Jahre 2025. So betrug 1914 der Anteil der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft 28 %, der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk 34% und der im Tertiärsektor-Tätigen 28% der Erwerbsbevölkerung.¹⁷³ Heutzutage sind im Primärsektor 1,2%, im Industriesektor (Sekundärsektor) 23,2% und im Dienstleistungssektor 75,2% der Erwerbstätigen beschäftigt.¹⁷⁴

Drei verschiedene Faktoren sind wichtig, um die untersuchten Kleinstädte und Gemeinden besser einsortieren zu können: Die Faktoren Konfession, berufliche Sozialstruktur sowie die Zugehörigkeit zu Württemberg oder Preußen. Insbesondere der Faktor Konfession ist von großer Bedeutung, da sich die untersuchten Orte in evangelische und katholische Orte einteilen lassen:¹⁷⁵ Protestantisch geprägt waren Lustnau (94,2% Protestanten),¹⁷⁶ Dußlingen (95,75% Protestanten)¹⁷⁷, Bad Urach (87,8% Protestanten)¹⁷⁸, Metzingen (92,7 % Protestanten)¹⁷⁹ und Pfullingen (92,0% Protestanten).¹⁸⁰ Streng katholisch waren hingegen Rottenburg (85,9 % Katholiken)¹⁸¹ und die Hohenzollerischen Lande (94% Katholiken).¹⁸²

Dadurch ist die folgende Kategorisierung entstanden, die im Fazit wieder aufgegriffen wird: Die erste Kategorie umfasst protestantische Dörfer wie Dettenhausen, Ammerbuch, Unterjesingen oder Kusterdingen. Hier liegen oft keine Informationen zu gebildeten Räten oder lediglich Zeitungsartikel über die Gründung von Räten vor.

Als zweite Kategorie sind die ländlich-protestantischen Kleinstadt zu nennen, wie beispielsweise Bad Urach, welches als Sitz des Oberamtes Urach zentral für die nähere Umgebung war. Zugleich war Bad Urach eine Hochburg des schwäbischen Pietismus, was den Fokus auf den Faktor Religion hier unterstreicht.

¹⁷³ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (08.08.2012): *Anteil der Erwerbstätigen nach Wirtschaftssektoren im Deutschen Reich in den Jahren 1880 bis 1914*, in: Statista, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1048246/umfrage/anteil-der-erwerbstaetigen-nach-wirtschaftssektoren-im-deutschen-reich/22>, zuletzt geprüft am 24.07.2025.

¹⁷⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (23.05.2025): *Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftssektoren*, URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Arbeitsmarkt/lrerw13a.html>>, zuletzt geprüft am 04.08.2025.

¹⁷⁵ Die folgenden Daten sind zwar von 1928. Angesichts der Tatsache, dass sich die Konfessionsverhältnisse in Deutschland erst mit den Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg wandelten, dürften die Zahlen 1919 nur geringfügig anders ausgesehen haben.

¹⁷⁶ Vgl. Württembergisches Statistisches Landesamt (Hg.): *Staatshandbuch für Württemberg 1928*, Zweiter Teil, Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1928, S. 268. In absoluten Zahlen waren 2504 der 2668 Einwohner evangelisch.

¹⁷⁷ Vgl. ebd., S. 267. In absoluten Zahlen waren 2185 der 2282 Einwohner Dußlingens evangelisch.

¹⁷⁸ Vgl. ebd., S. 276. In absoluten Zahlen waren 4.638 der 5.295 Einwohner Bad Urachs evangelisch.

¹⁷⁹ Vgl. ebd., S. 277. In absoluten Zahlen waren 6107 der 6587 Einwohner Bad Urachs evangelisch.

¹⁸⁰ Vgl. ebd., S. 225. In absoluten Zahlen waren 7267 der 7898 Einwohner Pfullingens evangelisch.

¹⁸¹ Vgl. ebd., S. 230/231. In absoluten Zahlen waren 6572 der 7.652 Einwohner Rottenburgs katholisch.

¹⁸² Vgl. Gönner, Hohenzollern in Weimar und NS, S.327.

In die dritte Kategorie fallen die industrialisierten protestantischen Kleinstädte oder Dörfer, in denen die SPD schon vor dem Kriege überdurchschnittlich stark war. Dazu gehören Metzingen, das schon seit dem 18. Jahrhundert eine Textil- und Gewerbeindustrie aufwies,¹⁸³ und das neben Reutlingen gelegene Pfullingen. Insbesondere Pfullingen war mit einem Reichstagswahlergebnis von 44,9 % bei den letzten Reichstagswahlen 1912 sehr stark sozialdemokratisch geprägt.¹⁸⁴ Auch bei den Wahlen auf Reichsebene und auf Landesebene schnitt die SPD in Pfullingen im Januar 1919 überdurchschnittlich stark ab.¹⁸⁵ Dußlingen, Mössingen oder Lustnau sind weitere Beispiele für Orte, für die diese Kategorie passt. Im Falle von Dußlingen zeigte sich eine plötzlich auftretende starke Tätigkeit der Sozialdemokratie zu Beginn der Jahrhundertwende.¹⁸⁶ Diese war bedingt durch eine hohe Anzahl an Menschen, die ein Handwerk neben ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit ausübten.¹⁸⁷ Das in einem mehrheitlich katholischen Oberamt gelegene Mössingen hingegen wählte schon im Kaiserreich überwiegend linksliberal¹⁸⁸ und es gelang der SPD dort schon im Kaiserreich, Wahlergebnisse von über 40 % bei den Reichstagswahlen zu erzielen.¹⁸⁹

In die vierte Kategorie fällt die Kategorie der in Württemberg gelegenen katholischen Bischofsstadt. Dazu zählt die Stadt Rottenburg am Neckar als Sitz der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

In die fünfte Kategorie fällt Hechingen als katholische, hohenzollerisch-preußische Kleinstadt. Die unterschiedliche Kategorisierung Hechingens und Rottenburgs führt zu der legitimen Frage, weshalb in der Kategorienbildung zwischen Hechingen und Rottenburg unterschieden wird, da beide Städte katholisch geprägt waren. Der Grund für die Unterscheidung liegt darin, dass Rottenburg als Bischofsstadt in ganz besonderer Weise vom Katholizismus geprägt war und der Bischof auch in der Stadtbevölkerung eine wichtige Rolle durch seine unmittelbare räumliche Nähe spielte und spielt. Hechingen gehörte dagegen wie ganz Hohenzollern aus Gründen hohenzollerischen Regionalbewusstseins der Erzdiözese

¹⁸³ Vgl. Rolf Bidlingmaier: Industrialisierung in Metzingen. Von der Trendfabrik zum Trendsetter Hugo Boss, in: Rolf Bidlingmaier (Hg.). *Metzingen. Vom Marktflecken zur Outletstadt*, Petersberg 2013, S. 279.

¹⁸⁴ Vgl. Taigel, Pfullingen in der Weimarer Republik, S. 7.

¹⁸⁵ Vgl. ebd., S. 28. Die SPD kam auf annähernd 51,2 % (2000 von 3899 Stimmen) bei der Wahl zur Landesversammlung und errang 53,9 % der Stimmen bei den Wahlen zur Nationalversammlung (2114 von 3923 Stimmen). Im Reich kam sie auf 37,9% und im Landesschnitt auf 35,4 % der Stimmen am 19. Januar 1919.

¹⁸⁶ Vgl. Gemeinde Dußlingen, Dusslingen 888-1988, S. 164.

¹⁸⁷ Vgl. ebd., S. 164.

¹⁸⁸ Vgl. Franziska Blum/ Hermann Berner/David Bauer: Mössingen 1800-1918, in: Stadt Mössingen (Hg.): *Mössingen. Stadtgeschichte – mit Öschingen und Talheim*, S. 212.

¹⁸⁹ Vgl. ebd., S. 212.

Freiburg und nicht dem Bistum Rottenburg an.¹⁹⁰ Das heißt, dass der eigene Erzbischof räumlich weiter entfernt von Hechingen war, als dies in Rottenburg der Fall war. Zudem war der preußische Einfluss relativ dominant in Hechingen, wodurch sich Hechingen zentral vom württembergischen Rottenburg unterschied.¹⁹¹ Deutlich wird dies bei der Frage nach der Zukunft Hohenzollerns, bei der mit dem Verbleib bei Preußen, der Gründung einer Republik Hohenzollern oder dem Aufgehen im Volksstaat Württemberg drei Optionen zur Auswahl standen. Auch bei der Frage nach der Trennung von Staat und Kirche orientierten sich die Hechinger an den Geschehnissen in Preußen. Aufgrund dieser Überlegungen werden beide Städte in unterschiedliche Kategorien gefasst.

Genutzt werden sollen diese Kategorien schließlich im Fazit bei der Frage, welche Unterschiede die örtlichen Räte in Württemberg und Hohenzollern 1918/1919 aufwiesen.

4. Empirische Untersuchung

4.1 Konstituierung der Räte und Zukunftsvorstellungen

Am Anfang dieser empirischen Untersuchung sollen die Gründungsakte der jeweiligen Räte stehen.

Der Gründung der verschiedenen Räte gingen öffentliche Gründungssitzungen voraus. Auf diesen wurden die Mitglieder der jeweiligen Räte gewählt, aber auch ein Rückblick auf den zu Ende gegangenen Krieg sowie auf praktische Sorgen der Teilnehmenden dieser Versammlungen gegeben. Diese Versammlungen sind für diese Masterarbeit von Bedeutung, weil bei diesen Sitzungen sowohl die personelle Zusammensetzung des Rates als auch dessen Gründungsabsicht deutlich wird.

4.1.1 Die Gründungsversammlung des Arbeiterrates in Bad Urach

Am Dienstag, dem 12. November 1918, fand eine Veranstaltung des Arbeiter- und Soldatenrates Urach im Schwanensaal statt. Dieser hatte sich am Sonntagnachmittag, dem 10. November 1918 gebildet. Zwei Tage später fand eine Informationsveranstaltung statt. Als erster Redner sprach Hauptlehrer Karl Rapp sehr euphorisch über die politische Lage. Auch

¹⁹⁰ Vgl. Reinhold Weber/ Hans-Georg Wehling: *Geschichte Baden-Württembergs*, München 2012² (= Beck-sche Reihe, 2601), S. 63.

¹⁹¹ Vgl. Eberhard Gönner: Hechingen in preußischer Zeit, in: Stadt Hechingen (Hrsg.): *1200 Jahre Hechingen. Beiträge zur Geschichte, Kunst und Kultur der Stadt Hechingen*, Hechingen 1987, S. 113. Eine Sache muss bezüglich der konfessionellen Verteilung im katholischen Hohenzollern noch erwähnt werden: Hechingen war als im Norden gelegener Ort der Hohenzollerischen Lande am vielfältigsten mit zugezogenen preußischen Protestanten und einigen dort lebenden Juden. Auch war die Stadt durch Gewerbetreibende, Arbeiter und Fabrikanten wirtschaftlich vielseitiger als der Rest Hohenzollerns aufgestellt.

betonte er, sei er glücklich, dass die Revolution bis jetzt ohne großes Blutvergießen verlaufen sei.¹⁹² Der Rede von Karl Rapp schloss sich die Rede von Gemeinderat Hipp an.¹⁹³

Stadtpfarrer Leube ergriff in dieser Sitzung ebenfalls das Wort. Er gedachte des Kriegsendes nach 50 Monaten.¹⁹⁴ Auch rief er die Versammelten dazu auf, den neuen Männern an der Macht zu vertrauen. Sie würden das schwere Werk mit Einsicht und Tatkraft leisten. Das Gleiche habe auch für die früheren Leiter des Vaterlandes gegolten.¹⁹⁵ Wichtig ist hierbei die generelle Bereitschaft der evangelischen Kirche in Bad Urach, sich erst einmal den neuen Verhältnissen anzupassen und zu einem alltagpragmatischem Handeln fähig zu sein.¹⁹⁶

Pfarrer Leube sprach in seiner Rede aber auch die Uracher Arbeiterschaft direkt an. Die Zusammenarbeit mit der städtischen Verwaltung habe sich vielfach schon als ersprießlich erwiesen, insbesondere in den Fragen der öffentlichen Wohlfahrtspflege.¹⁹⁷

Nach dem Pfarrer sprach Stadtschultheiß Eberle zu den Versammelten. Er mahnte in seiner Rede eine gute Zusammenarbeit zwischen den Behörden und den Arbeitervertretern bei Themen wie dem Übergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft und insbesondere bei der Beschäftigung der heimkehrenden Soldaten an.¹⁹⁸ Nach Eberle redeten noch ein Vertreter des Soldatenrates, der Bezirksschulinspektor und ein Schreiner über gegenwärtige Herausforderungen, bevor Gemeinderat Johannes Hipp die Sitzung schloss. Der *Ermstalbote* beschrieb den Verlauf der Sitzung als geordnet und in guter, vaterländischer Stimmung.¹⁹⁹

Der Charakter dieser Sitzung hat eher den einer Aneinanderreihung von Grußworten von lokalen Honoratioren. Bemerkenswert ist insbesondere der lange Redebeitrag von Stadtpfarrer Leube.²⁰⁰ Es überrascht ein wenig, dass ein evangelischer Pfarrer überhaupt auf einer Versammlung eines Arbeiter- und Soldatenrates sprach, der sich auf Initiative des örtlichen sozialdemokratischen Vereines gebildet hatte. Einen Auftritt eines evangelischen Pfarrers bei einer sozialdemokratisch geprägten Veranstaltung hätte es im pietistischen Ermstal vor dem Krieg so wohl nicht gegeben.

¹⁹² Vgl. Stadtarchiv Bad Urach, *Ermstalbote*, 16.11.1918, Nr. 269. Dieser landwirtschaftliche Vergleich dürfte heute bei politischen Veranstaltungen seltener fallen als heute, was ein Beispiel für die größere Rolle der Landwirtschaft im Jahre 1918 als im Jahr 2025 darstellt.

¹⁹³ Vgl. ebd.

¹⁹⁴ Vgl. ebd.

¹⁹⁵ Vgl. ebd.

¹⁹⁶ Vgl. Jonathan Mall: Das Unglück vor der Tür und die Taube auf dem Dach, in: *Reutlinger Geschichtsblätter N.F.*, Jg. 57 (2018), S. 202.

¹⁹⁷ Vgl. Stadtarchiv Bad Urach, *Ermstalbote*, 16.11.1918, Nr. 269.

¹⁹⁸ Vgl. ebd.

¹⁹⁹ Vgl. ebd.

²⁰⁰ Vgl. ebd. Auch sprach er mit der Mitarbeit der Uracher Arbeiterschaft in der städtischen Verwaltung in Fragen der öffentlichen Wohlfahrtspflege ein Thema an, was nur bedingt im Aufgabenbereich eines Pfarrers lag und liegt.

Insgesamt sticht hervor, dass zwar davon gesprochen wird, dass man nicht rückwärts schauen dürfe und stattdessen vorwärts schauen müsse.²⁰¹ Dennoch bleibt die Frage offen, was außer der Rückkehr der heimkehrenden Soldaten an ihre Arbeitsstellen überhaupt konkret für die Zukunft anstehen sollte. Dies mag aber auch der Tatsache geschuldet gewesen sein, dass die Nachrichtenlage bezüglich der unmittelbaren Zukunft am 12. November noch unklar war und die Geschehnisse im gesamten Reich wie auch in Württemberg erst einmal lokal einsortiert werden mussten. Vielleicht erschien es den Teilnehmenden auch angebracht, zuerst Einigkeit und friedliche Kooperation zwischen den gesellschaftlichen Milieus zu etablieren, bevor es um die Klärung inhaltlicher Fragen ging.

4.1.2 Die Gründungsversammlungen des Volksrates in Rottenburg

In Rottenburg wurde die Diskussion über die lokalen Auswirkungen des Umbruchs ab dem 18. November intensiver geführt. Oberamtsmann Scholl lud als Bezirksvorstand Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Stände in den Steinschen Saal ein. Der Begrüßung folgte ein Referat des Reichs- und Landtagsabgeordneten Eugen Bolz (Zentrum). Als Gründe für die Schaffung eines Rates galten Alltagssorgen, wie die Durchführung der Ernährungsfrage oder die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bei den Truppenrückmärschen.²⁰²

Interessant war ein Detail, welches in einem Satz Erwähnung fand: „Auch die Frauenwelt soll im Bürgerrat vertreten sein“.²⁰³ Dieser Satz ist bemerkenswert, weil er für den nicht-großstädtischen süddeutschen Kontext eine Seltenheit markiert: Die unmittelbare Teilhabe von Frauen am revolutionären Wandel. In bürgerlichen Kreisen galt ab dem ersten Halbjahr 1918 die Maßgabe, dass Frauen stärker auf der kommunalpolitischen Ebene beteiligt werden sollten.²⁰⁴ Leitend war die Vorstellung, dass Frauen „in ihrem Nahraum eine so verstandene rationale, männliche Welt positiv ergänzen könnten. Einzubringen hätten sie emotionale und fürsorgliche Qualitäten, die ihnen aufgrund ihrer biologischen Fähigkeit, Mutter zu werden, zu eigen seien.“²⁰⁵ Dieses Wissen erklärt, weshalb in Rottenburg bei der Rätegründung Frauen mitgedacht wurden.

²⁰¹ Vgl. ebd.

²⁰² Vgl. Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 18.11.1918, Nr. 264.

²⁰³ Ebd.

²⁰⁴ Vgl. Patzel-Mattern, Frauen in der Revolution, S. 137. Von einem Frauenwahlrecht war da noch nicht die Rede.

²⁰⁵ Ebd., S. 137.

Diese Sitzung war die erste von drei Sitzungen, die sich unmittelbar mit der Gründung eines Rates beschäftigte. Die Sitzung, bei der der Volksrat gewählt wurde, fand am Freitag, dem 22. November 1918, statt.

Die Versammlung eröffnete Oberamtsmann Scholl, der zuerst der Leistungen des deutschen Heeres gedachte. Er bezeichnete die Leistungen des Heeres als übermenschlich. Sie hätten es vermocht, den Feind vom deutschen Vaterland fernzuhalten. Im Ergebnis seien sie bei diesem Vorhaben zwar sieglos, aber nicht ruhmlos geblieben.²⁰⁶

Der Begrüßung von Oberamtsmann Scholl schloss sich ein Referat des Landtagsabgeordneten Eugen Bolz an.²⁰⁷ Dieser sprach allgemein eine Stunde lang über den großen historischen Kontext der gegenwärtigen Lage. Zu den von ihm angesprochenen Punkten gehörte das Bekenntnis zum Reichsgedanken, wenn Deutschland nicht wirtschaftlich zur Null herabsinken wolle.²⁰⁸

Auch Stadtschultheiß Winghofer bemühte in seiner Rede den historischen Kontext. So erinnerte er daran, dass König Wilhelm II. am Tag der Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajevo tröstliche Worte an die versammelte Bürgerschaft gesprochen habe.²⁰⁹ Auf die Gegenwart bezogen, wandte er sich an die Frauen und entbot zugleich den heimkehrenden und noch heimkehrenden Soldaten einen Willkommensgruß. Wichtiger war ihm, auf die Gabenspende des Roten Kreuzes hinzuweisen, welches jedem heimkehrenden Soldaten und Lazarettinsassen in Stadt und Bezirk ein Paket überreichte.²¹⁰

Interessanterweise kam es an diesem Abend lediglich zu einer Nominierung, aber zu keiner Wahl der Mitglieder des Volksrates. Dies sollte an einem gesonderten Termin geschehen. Einen weiteren Einblick in die Nominierung der Mitglieder für Industrie und Gewerbe gibt die Versammlung des Handel- und Gewerbevereines am Vortag dieser Veranstaltung. Der Vorsitzende des Vereines, Bader, eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, wie wichtig der Zusammenschluss aller bürgerlichen Kräfte sei, um auch im neuen Staatswesen zur Geltung zu kommen.²¹¹ Es sei wichtig, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen, beim Wiederaufbau des neuen Staates mitzuarbeiten und die jetzige Regierung in ihrem Bestreben, Ordnung zu halten, zu unterstützen.²¹² Bei den Wahlen zur Nationalversammlung müssten

²⁰⁶ Vgl. Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 22.11.1918, Nr. 268.

²⁰⁷ Bolz war von 1928-1933 Staatspräsident von Württemberg. Im Nationalsozialismus war er Teil des christlichen Widerstandes und wurde nach dem Scheitern des Stauffenberg-Attentats verhaftet, angeklagt, zum Tode verurteilt und im Januar 1945 sodann hingerichtet.

²⁰⁸ Vgl. Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 22.11.1918, Nr. 268.

²⁰⁹ Vgl. ebd.

²¹⁰ Vgl. ebd.

²¹¹ Vgl. Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 21.11.1918, Nr. 267.

²¹² Vgl. ebd.

die bürgerlichen Parteien zusammenfinden, um zu retten, was noch zu retten sei.²¹³ Diese Äußerungen geben einen treffenden Einblick in die Denkweise des Bürgertums wieder. Linke Kräfte trieben im Verbund mit den meuternden Soldaten die Revolution voran, während die bürgerlichen Kräfte verhalten auf die Geschehnisse reagierten. Es entsteht der Eindruck, als sei die Selbsteinschätzung des bürgerlichen Lagers zu diesem Zeitpunkt die gewesen, dass man sich selbst in einer defensiven Position befinde. Nach Hans-Joachim Bieber gründeten sich die Bürgerräte im November 1918 auch, um gerade aus dieser Defensive zu kommen und sich an die neuen Verhältnisse anzupassen.²¹⁴

Ziel des Volksrates sollte die Vertretung aller Bevölkerungskreise sein, weshalb aus jedem Stand Repräsentanten gewählt werden sollte.²¹⁵ Neben dem Verlautbaren einer defensiven Position, in der sich die Mitglieder des Handel- und Gewerbevereins wähnten, waren auch optimistischere Töne zu vernehmen. Schreinermeister Vollmer meinte, dass es keinen Zweck habe, an den Geschehnissen zu rütteln und sich über die gemachten Fehler zu streiten und aufzuregen. Stattdessen solle man sich darauf besinnen, was zu geschehen habe, um das Staatsschiff wieder in ruhigere Fahrwasser zu lenken.²¹⁶ Die Geschehnisse hätten die wohl-vorbereiteten Programme für die Übergangswirtschaft und die Rohstoffversorgung über den Haufen geworfen. Deshalb müsse alles neu organisiert werden und bei eben dieser Arbeit gebe es fast unüberwindliche Schwierigkeiten.²¹⁷ Aus dieser Aussage spricht ein bürgerliches Selbstbewusstsein, das in dem Wunsch äußert, sich aktiv bei der Neugestaltung der Geschehnisse mit einzubringen. Vielleicht beschreibt diese Kombination aus einem sich-in-der-Defensive-wähnen mit einem Bewusstsein für die eigene Bedeutung bei der Neugestaltung der Verhältnisse die Gefühlswelt des Bürgertums im November 1918 am besten.

4.1.3 Die Gründungsversammlung des Arbeiter- und Bauernrates in Mössingen

In Mössingen fand am Sonntag, den 16. November 1918 eine öffentliche Versammlung statt, in der die Mössinger Arbeiter- und Bauernrat gewählt wurden. Insgesamt waren auf dieser Veranstaltung circa 500 Personen aus Mössingen und von außerhalb zugegen.²¹⁸

²¹³ Vgl. ebd.

²¹⁴ Vgl. Hans-Joachim Bieber, *Bürgertum in der Revolution: Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920*, Hamburg/Kassel 1992 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, 28), S. 52.

²¹⁵ Vgl. Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 21.11.1918, Nr. 267.

²¹⁶ Vgl. ebd.

²¹⁷ Vgl. ebd.

²¹⁸ Vgl. Stadtarchiv Mössingen, Steinlach-Zeitung, 19.11. 1918, Nr. 272. Bei einer Einwohnerzahl von 3900 Einwohnern im Jahre 1919 dürfte die Menschenmenge ein Achtel der Einwohnerzahl Mössingens einschließlich des Teilortes Belsen betragen haben. Jedoch dürften auch einige der Anwesenden von außerhalb gekommen sein. Siehe dazu: Franziska Blum/ Hermann Berner/David Bauer: Mössingen 1800-1918, S. 220.

Die Tatsache, dass diese Personenanzahl für Mössingen außergewöhnlich war, lässt sich daran ablesen, dass die Versammlung unter freiem Himmel abgehalten werden musste. Es gab nämlich in Mössingen kein Lokal mit einer entsprechenden Räumlichkeit dieser Größenordnung für alle Versammelten.²¹⁹

Zuerst sprach Jakob Rill aus Bodelshausen. Er bewertete die hohe Teilnehmerzahl als positiv, weil sie zeige, dass niemand angesichts der aktuellen Ereignisse fernab stehen wolle. Wer jetzt hingegen grollend fernab stünde, habe nicht verstanden, dass mit dem alten abgewirtschafteten System gebrochen werden müsse.²²⁰ Alle, die sich hier versammelt hätten, auch die Frauen, würden mit allen Kräften mitarbeiten wollen, „daß bald ein neues Deutschland wie ein Phönix aus der Asche emporsteigt“.²²¹ Diese Äußerung kann durchaus als patriotisch oder nationalistisch eingestuft werden, auch wenn es sich hier um einen republikanischen und antimilitaristischen Nationalismus handelte, dem Rill das Wort führte. Sehr stark kritisierte Rill in seiner Rede den Militarismus. Dieser habe jahrelang auf der Bevölkerung gelastet und mit dazu beigetragen, dass man den Krieg verloren habe.²²² In seinem Rückblick auf den Krieg führte er aus, dass es ein Fehler gewesen sei, die Gegner Deutschlands aus Selbstdünkel unterschätzt zu haben. Spätestens mit dem Kriegseintritt Amerikas sei der Krieg nicht mehr zu gewinnen gewesen.²²³ Diese Aussage ist spannend, sprach doch Andreas Wirsching davon, dass die Deutschen lange der Propaganda eines Verteidigungskrieges glaubten.²²⁴ Neben dem Militarismus ging Rill auch hart mit der Oberschicht ins Gericht:

„Wir wollen nicht mehr dulden, daß eine Clique von Junkern und hohen Beamten und Offizieren, es wagt, dem Volke die Wahrheit jahrelang zu verheimlichen, nur dann, wenn das Elend über unser Vaterland hereingebrochen ist, wenn Millionen der besten Söhne Deutschlands ihr Herzblut für ihr Vaterland dahingegeben haben, sich zu drücken und das Volk seinem Schicksal zu überlassen.“²²⁵

Er verband diese harte Elitenkritik mit einem Aufruf an alle anwesenden an der Neugestaltung der Verhältnisse mitzuwirken: „Keiner darf zurückstehen, jeder muß sein Bestes hergeben, jeder muß denken, es geht um Deutschland, daß [sic!] wir alle lieben, aber wir

²¹⁹ Vgl. Stadtarchiv Mössingen, Steinlach-Zeitung, 19.11. 1918, Nr. 272. Immerhin schien an diesem Tag die Sonne, was für Mitte November doch eher selten gegeben ist.

²²⁰ Vgl. ebd.

²²¹ Ebd.

²²² Vgl. ebd. Mit uns meint er hier das deutsche Volk. In dem Zusammenhang spricht er auch davon, dass Der Wille des Volkes sei es aber, dass in Deutschland nun das freieste Volk der Welt wohnen soll, dass nicht mehr vom Militarismus bedrückt sei.

²²³ Vgl. ebd.

²²⁴ Vgl. Wirsching, paradoxe Revolution, S. 7. Dafür sprach auch, dass Ende Oktober noch für die Zeichnung der neunten Kriegsanleihe geworben wurde. Siehe dazu Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 30.10.1918, Nr. 249.

²²⁵ Stadtarchiv Mössingen, Steinlach-Zeitung, 19.11. 1918, Nr. 272.

wollen uns das Staatsgebäude so einrichten, daß [sic!] wir darin glücklich und zufrieden leben können.“²²⁶ Rill erhielt für seine Rede lebhaften Beifall.²²⁷

Nach kurzen Ausführungen von Oberamtsmann Scholl²²⁸ sprach im Anschluss im Gasthaus zum Schützen Schultheiß Jaggy. In seinem Beitrag dominierten zwei Themen. Einmal das Bekenntnis eines Liberalen zur demokratischen Ordnung, verbunden mit einer scharfen Kritik am alten politischen System und seinen Eliten. Dazu kam eine Skizzierung der Herausforderungen, die in den nächsten Wochen und Monaten zu bewältigen seien. Als diese nannte er die Ernährungslage, die Arbeitslosenfürsorge und die Arbeit der Werke-reien.²²⁹ Interessant ist die Tatsache, dass Jaggy explizit als Privatmann das Wort ergriff.²³⁰ Diese Aussagen wirken eher wie Koketterie als ernst gemeint. Jakob Rill vertrat eine ähnliche Position wie Jaggy, seine Elitenkritik fiel jedoch um einiges schärfer und konkreter aus, da er gezielt die Militärs kritisierte. Aus seinen Äußerungen ist auch der Appell an die Mitwirkung an der Gesellschaft aus einer dezidiert sozialdemokratischen Perspektive zu vernehmen. Interessant ist die Tatsache, dass sich ein Sozialdemokrat wie Rill und ein Liberaler wie Jaggy in ihren Beiträgen in sehr ähnelten, was ein Anzeichen für die Zusammenarbeit von bürgerlich Liberalen und Sozialdemokraten zu diesem Zeitpunkt sein könnte. Auch sind hier wieder einmal die Bemühungen der Sozialdemokratie ersichtlich, sich von der radikalen Linken politisch abzugrenzen. Von Bedeutung ist hier auch das Auftreten von Schultheiß Karl Jaggy, der als Bürgermeister in den Weimarer Jahren oft erfolgreich um Kompromisse warb, weshalb die bürgerlich-konservative Mehrheit im Mössinger Gemeinderat auch später mit den Vertretern aus KPD und SPD gut zusammenarbeitete.²³¹

4.1.4 Die Gründungsversammlungen der Räte in Pfullingen

In Pfullingen gab es gleich zwei Versammlungen, auf die Rätegründungen folgten. Zum einen eine Gründungsversammlung des dortigen Arbeiterrates am 9. Dezember und zum anderen eine Gründungsversammlung des Bauernrates am 21. November. Auch ging die Initiative zu dieser Bauernversammlung von der Bezirksbauernratsversammlung Reutlingen aus. Diese hatte die Bildung von Bauernräten in allen Gemeinden des Bezirkes beschlossen. Ein Redner nannte als Grund für die Einberufung einer Sitzung zur Wahl eines

²²⁶ Ebd.

²²⁷ Ebd.

²²⁸ Als Oberamtsmann des Oberamtes Rottenburgs war Scholl sowohl in Rottenburg als auch in Mössingen ein zentrale Figur des politischen Umbruchs.

²²⁹ Vgl. ebd.

²³⁰ Vgl. ebd.

²³¹ Franziska Blum/Hermann Berner: Mössingen, Öschingen und Talheim in der Weimarer Republik und der „Mössinger Generalstreik“, in: Stadt Mössingen (Hg.): Mössingen. Stadtgeschichte mit Öschingen und Talheim, Tübingen 2024, S. 276.

Bauernrates, dass dieses System mitsamt Militarismus „Schiffbruch“²³² erlitten habe. Daher gelte es nun, willige und schaffende Kräfte zu freier Mitarbeit heranzuziehen und dem Gemeinwohl nutzbar zu machen.²³³

Ungeachtet dieser Aufrufe zur Mitwirkung am Gemeinwesen wollten die anwesenden Bauern spezifische und konkrete lokale Themen auf dieser Versammlung besprechen. Dazu gehörte zum Beispiel der Kauf von vier Ochsen durch einen Bauern aus dem Oberamtsbezirk Tübingen in Höhe von 20 Mark pro Tier.²³⁴ Ein anderes Thema waren die Getreidepreise. Laut Gemeinderat Schmälzle betraf dies die Preise für Kleie und Getreide.²³⁵

Ausgehend vom Bauernrat bildete sich Mitte Dezember 1918 der örtliche Bauernverein Pfullingen. Der Vorsitzende des Bauernrates, Alfred Flamm, leitete die entsprechende Sitzung. Die Gründung eines Bauernvereins erfolgte, weil die Bauernschaft die landwirtschaftlichen Vereine nicht mehr als gute Repräsentanten für die Angelegenheiten der Bauern ansah. Vorbild des Typus der Ortsbauernvereine sollten in ihrer Zielstrebigkeit die gewerblichen Vereine sein.²³⁶ Die Ortsbauernvereine gründeten sich im Herbst 1918. Sie traten die Nachfolge des landwirtschaftlichen Vereins an. Dies lag daran, dass die Zentralstelle für die Landwirtschaft (Zst), im Kriege die Ablieferungspflicht durchzusetzen hatte. Dabei waren die Oberamtsmänner häufig auch Vorstände der landwirtschaftlichen Bezirksvereine, womit Interessenskonflikte zwischen bauerlichen und staatlichen Interessen auftraten.²³⁷

Ein wichtiges Thema war auf dieser Sitzung die Konsequenz, die die Gründung der Ortsbauernvereine für die landwirtschaftlichen Vereine hatte. Ausdrücklich wünschte sich Flamm, dass alle Mitglieder des landwirtschaftlichen Vereins dem Ortsbauernverein beitreten sollten.²³⁸ Die landwirtschaftlichen Vereine sollten hingegen nicht aufgelöst, sondern geschlossen in die neue Organisation geführt werden.²³⁹ Zudem sollte der neue Verband keine Vertretung der als Großbauern betitelten Agrarier, sondern des für Württemberg typischen Kleinbauernstandes, sein.²⁴⁰ Der Pfullinger Bauernrat trat danach eigentlich nicht mehr in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Aufgrund der Tatsache, dass der Bauernverein sich auf

²³² Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 21.11.1918, Nr. 274.

²³³ Vgl. ebd.

²³⁴ Vgl. ebd. Auch wird in diesem Absatz ausgeführt, dass die Landwirte aus dem jeweiligen Bezirk, dem Bezirk, der ihnen das Schlachtvieh überlässt, diesem das Vieh in der gleichen Höhe als Schlachtvieh überlassen müsse.

²³⁵ Vgl. ebd.

²³⁶ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 16.12.1918, Nr. 295.

²³⁷ Vgl. Lang, württembergische Landwirtschaftsverwaltung, S. 122.

²³⁸ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 16.12.1918, Nr. 295.

²³⁹ Vgl. ebd.

²⁴⁰ Vgl. ebd.

Initiative des Bauernrates bildete, ist es sinnvoll das Wirken des Bauernvereins bis in den Sommer 1919 zu beobachten.

Der Pfullinger Arbeiterrat konstituierte sich hingegen erst nach dem Bauernrat. Erst am 9. Dezember fand eine Wahlversammlung zur Gründung des Pfullinger Arbeiterrates statt. Former Andreas Beck eröffnete die Sitzung mit einer Auflistung an Gründen, weshalb die Bildung eines Arbeiterrates für Pfullingen notwendig sei. Diese sollten bis zur Einberufung einer konstituierenden Landesversammlung einen Teil der Regierung bilden und bei der Lösung der Probleme der Übergangswirtschaft mitwirken.²⁴¹ Ziel des Pfullinger Arbeiterrates sei es, die Vertretung der arbeitenden Bevölkerung zu werden, wie es im Falle der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung durch den Bauernrat bereits der Fall sei.²⁴² Zweierlei ist hierbei nun interessant: Einmal die Tatsache, dass der Bauernrat sich vor dem Arbeiterrat konstituierte. Nimmt man doch gemeinhin an, dass der Arbeiterbewegung auf der lokalen Ebene eine tragende Rolle bei der Neugestaltung des Gemeinwesens nach der Revolution zukam. Damit verbunden ist der Zeitpunkt der Gründung des Arbeiterrates, der mit dem 9. Dezember, einem Datum kurz vor dem reichsweiten Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte reichlich spät ist.²⁴³

Thematisch bot auch diese Versammlung den Raum für einige öffentlich vorgebrachte Klagen. Diese vier Klagen lassen sich alle dem Feld der Nahrungsmittelversorgung zuordnen. Ein Problem war die mangelhafte Milchversorgung und hierbei insbesondere die als ungleichmäßig empfundene Verteilung der Handelsmilch, die ungleichmäßige Verteilung von Graupen und Grütze, die Neuaufstellung von Fleischkundenlisten und die Abgabe von Butterkarten an Selbstversorger.²⁴⁴ Insbesondere das Thema der Milchzentrale sollte eines sein, welches in den nächsten Monaten in Pfullingen noch zu einem der beherrschenden Themen werden sollte.

4.1.5 Die Gründungsversammlung des Arbeiterrates in Metzingen

Im industriell geprägten Metzingen kam am 14. November eine Versammlung zusammen, die von den Vereinigten Gewerkschaften, der SPD und der USPD einberufen wurde. Im Gegenzug zu den anderen untersuchten Gemeinden ging hier explizit die Gründung des Arbeiterrates von den Gewerkschaften und der SPD aus. An der konstituierenden Sitzung

²⁴¹ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 09.12.1918, Nr. 289.

²⁴² Vgl. ebd.

²⁴³ Vgl. ebd.

²⁴⁴ Vgl. Michael Wettengel: Hungerunruhen und Teuerungsproteste in Württemberg 1919-1923, in: Frank Enghausen/Reinhold Weber (Hgg.): *Baden und Württemberg 1918/19. Kriegsende, Revolution, Demokratie*, Stuttgart 2018, S. 104.

nahmen circa 1000 Menschen teil.²⁴⁵ Diese Menge spricht dafür, dass die revolutionären Vorgänge auch in Metzingen ein wichtiges Thema bei einer Einwohnerzahl von über 6.000 Einwohnern darstellten.²⁴⁶ Als erster Redner sprach der Landtagsabgeordnete Reichel (SPD) aus Stuttgart. Dieser beteuerte, dass die Abdankung des Kaisers sowie alle Reformen erst durch die Not der Zeit herbeigeführt worden seien.²⁴⁷ Mit den Reformen meinte Reichel offenbar die Oktoberreformen des Jahres 1918, auch wenn er diese nicht ausdrücklich nannte. Die militärische Lage habe sich so gestaltet, dass der Krieg nicht mehr habe fortgesetzt werden können. Die bisherigen Herrscher hätten mit der Umwandlung des Verteidigungs- in einen Eroberungskrieg die Gelegenheit für einen günstigen Frieden verpasst, was weiteres Blutvergießen erspart habe.²⁴⁸ Diese Meinung ist an sich nicht verwunderlich, wenn sie von einem Sozialdemokraten wie Reichel ausgesprochen wird, der zu den Regierenden im Kaiserreich in Opposition stand. Jedoch widerspricht diese Aussage der Forschungsansicht Andreas Wirschings, der darlegt, dass die deutsche Bevölkerung den Krieg stets ausschließlich als Verteidigungskrieg angesehen habe, weshalb die Bestürzung über den verlorenen Krieg so groß gewesen sei.²⁴⁹ Vielleicht war diese Ansicht in der Bevölkerung doch nicht so weit verbreitet, wie die Beispiele von Reichel in Metzingen und von Jakob Rill in Mössingen zeigen. Andernfalls lassen sich solche Äußerungen eine Woche nach dem revolutionären Umsturz nicht erklären.

Bemerkenswert in der Rede von Reichel ist die später erhobene Forderung, dass ein Frieden unter der Kontrolle der internationalen Sozialdemokratie ausgehandelt werden solle.²⁵⁰ Diese Forderung ist bei meinen Untersuchungsfällen einzigartig und wurde sonst nirgendwo erhoben. Weitere Positionen waren etwa die Ablehnung einer Vereinzelstaatlichung des Reiches sowie Reformen bei Bildung und Militär.²⁵¹ Daneben sprach Reichel auch gezielt ein frauenpolitisches Thema an: Der Anspruch der Frauen, sich an der nationalen Arbeit zu beteiligen, war für ihn ein Grund, dafür zu plädieren, dass das Wahlrecht auf 20 Jahre für beide Geschlechter herabgesetzt werden solle.²⁵² Realität wurde diese Forderung

²⁴⁵ Vgl. Stadtarchiv Metzingen, Metzinger Anzeiger, 16.11.1918, Nr. 181.

²⁴⁶ Vgl. Württembergisches Statistisches Landesamt (Hg.): Staatshandbuch für Württemberg 1922, Stuttgart 1922, S. 386. Zum Stichtag am 1. Oktober 1919 lag die Einwohnerzahl von Metzingen bei 6.365 Einwohnern.

²⁴⁷ Vgl. Stadtarchiv Metzingen, Metzinger Anzeiger, 16.11.1918, Nr. 181.

²⁴⁸ Vgl. ebd.

²⁴⁹ Vgl. Andreas Wirsching, *die paradoxe Revolution*, S. 7.

²⁵⁰ Vgl. Stadtarchiv Metzingen, Metzinger Anzeiger, 16.11.1918, Nr. 181.

²⁵¹ Vgl. ebd.

²⁵² Vgl. ebd.

durch die Erklärung des Provisorischen Volksrates schon am 12. November Realität,²⁵³ sie schaffte es aber auch erfolgreich in die 1919 verabschiedete neue württembergische Verfassung.²⁵⁴

Stadtschultheiß Carl unterstrich in seiner Rede seine Sympathie für die neue Regierung. Sein Versprechen, die Ernährung der breiten Volksschichten zu sichern, fand lebhaften Beifall.²⁵⁵ Auch äußerte er sich zu den als besonders hart empfundenen Waffenstillstandsbedingungen. Dennoch drückte er seine Hoffnung aus, dass die Friedensverhandlungen ein günstiges Ergebnis hervorbringen würden, da sie auf den 14 von Wilson aufgestellten Punkten beruhten. Eine andere Sicht auf die Dinge hatte Fabrikant Herrmann, der diese Meinung als zu optimistisch empfand.²⁵⁶ Ohne auf die Diskussion im Detail eingehen zu wollen, ist die Tatsache, dass ein Fabrikant auf einer Arbeiterversammlung zu Wort kam, ein kurioses Detail dieser Zeit und wäre vor der Revolution so nicht zu erwarten gewesen.

Am Ende der Versammlung verabschiedeten die anwesenden Teilnehmer eine Resolution. Diese begrüßte die Wiedervereinigung der sozialdemokratischen Parteien angesichts der Revolution.²⁵⁷ Angemahnt wurde die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter, um die Arbeiterforderungen durchzusetzen.²⁵⁸ Wie auch anderswo, wurden die im Volk schlummernden Kräfte zur freudigen Mitarbeit am öffentlichen Leben aufgerufen. Ziel dieses Aufrufes sollte es sein, dass das deutsche Volk allmählich wieder besseren Verhältnissen entgegengeführt werde.²⁵⁹ Außerdem enthielt die Resolution allgemeingültige Forderungen nach der Einberufung von Nationalversammlungen für das Reich und für Württemberg bereit.²⁶⁰

Diese Forderungen waren im Einklang mit der deutschen Sozialdemokratie, die die revolutionäre Umwälzung als Auftrag verstand, möglichst schnell zu einem demokratisch legitimierten parlamentarischen Regierungssystem zu gelangen. Von einer Räteherrschaft ist hierbei nicht die Rede. Interessant ist auch die Einigkeit zwischen den sozialdemokratischen Parteien in dieser Frage, die so nicht zu vermuten war. In Württemberg spaltete sich im Landtag nämlich schon 1915 die linkssozialistische Sozialistische Vereinigung von der SPD-Fraktion ab.²⁶¹ Die Einberufung der Nationalversammlung ist eine typische SPD-Position

²⁵³ Vgl. Heinsohn, „Grundsätzlich gleichberechtigt.“ Die Weimarer Republik in frauenhistorischer Perspektive, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte: Weimarer Republik*, Nr. Jg. 66/ 18-20 (2018), S. 41.

²⁵⁴ Vgl. Verfassungsurkunde des freien Volksstaates Württemberg (20.05.1919), II. Abschnitt: Staatsgewalt, § 4, Absatz 2.

²⁵⁵ Vgl. Stadtarchiv Metzingen, Metzinger Anzeiger, 16.11.1918, Nr. 181.

²⁵⁶ Vgl. ebd.

²⁵⁷ Vgl. ebd.

²⁵⁸ Vgl. ebd.

²⁵⁹ Vgl. ebd.

²⁶⁰ Vgl. ebd.

²⁶¹ Vgl. Sylvia Neuschl: *Geschichte der USPD in Württemberg*, Esslingen 1983, S. 84.

für den November 1918, die mit der Einberufung der württembergischen Nationalversammlung und der Absteckung der Kompetenzen des Zentralstaates kombiniert wird. Der Föderalismus schien wohl auch 1918 ein interessantes Thema gewesen zu sein.

Deutlich ist der sozialdemokratische Charakter der Veranstaltung zu erkennen. Dies zeigte sich sowohl in den gemeinsamen Einladungen durch beide sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften sowie in dem allgemeinpolitischen Referat des SPD-Landtagsabgeordneten Reichel.

Konkrete lokale Forderungen erhob bei dieser Versammlung keiner der Redner. Das ist insofern überraschend, weil es ziemlich einzigartig war. Zumindest lokale arbeitspolitische Forderungen wären bei einer sozialdemokratisch initiierten Gründung eines Arbeiterrates zu erwarten gewesen. Lediglich ein Abschnitt der Resolution hatte lokale Auswirkungen: die Umwandlung des Ausschusses zur Demobilisierung in den Metzinger Arbeiterrat, der den öffentlichen Gewalten unterstützend zur Seite treten sollte.²⁶² In Metzingen wählte die Versammlung daher keinen eigenen Arbeiterrat. Stattdessen wurde ein bereits bestehendes Gremium in diesen Arbeiterrat umgewandelt. Auch wurde die Notwendigkeit von Räten überhaupt bei dieser Veranstaltung diskutiert. Es ist zu vermuten, dass man in Metzingen meinte, schnell auf Entwicklungen andernorts reagieren zu müssen, anstatt in aller Ruhe einen Arbeiterrat zu wählen.

4.1.6 Die Gründungsversammlungen der Räte in Hechingen

Im katholisch-preußisch-hohenzollerischen Hechingen kam es gleich zu mehreren Rätebildungen. Zuerst bildete sich ein Soldaten-, Bauern- und Arbeiterrat. Dieser wandte sich am 13. November 1918 per Flugblatt an die Öffentlichkeit und forderte die Freiheit der politischen Gefangenen, die vollständige Rede- und Pressefreiheit, eine würdige Behandlung der Soldaten durch ihre Vorgesetzten, die unbeschränkte Freiheit eines jeden nach Beendigung des Dienstes, die Zustimmungspflicht des Soldatenrates bei allen Maßnahmen, den Schutz des persönlichen Eigentums, die Zuständigkeit des Bauernrates in Ernährungsfragen, und die Pflicht der Beamten, weiterhin ihre Arbeit zu tun.²⁶³

Auf der Gründungssitzung des Arbeiterrates am 14. November führte Maschinensetzer Winsauer das Wort.²⁶⁴ Er bat im Namen der Arbeiterschaft die Bauernschaft, die übrigen Lebensmittel abzuliefern, damit die Arbeiter in der Fabrik sowie in der Werkstatt ihre

²⁶² Vgl. Stadtarchiv Metzingen, Metzinger Anzeiger, 16.11.1918, Nr. 181.

²⁶³ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, Zoller, 13.11.1918, Nr. 262.

²⁶⁴ Dieser Gründungssitzung wohnten auch die Mitglieder der örtlichen Soldaten- und Bauernräte bei.

tägliche Pflicht verrichten könnten.²⁶⁵ Ansonsten wurden an diesem Tag keine weiteren konkreten Forderungen erhoben.²⁶⁶

Bei der nächsten Sitzung am 18. November sollten eigentlich nur weitere Mitglieder in den Arbeiterrat gewählt werden. Anschließend folgte jedoch eine Debatte über eher generelle Themen: Diese beinhaltete die Kritik am Militarismus und die Verteidigung der roten Fahne als Symbol der Revolution durch Schneider Pfister aus Owingen. Heizer Fritz verdammt in seiner Rede die Diplomatie und forderte die Errichtung der christlichen Einheitschule. Als Begründung führte er aus, dass ohne Religion kein Staatswesen existieren könne, auch wenn die Religion auch ein großes Maß an „Pharisäertum“ enthalte.²⁶⁷ Grundlage der Religion sei jedoch die Heilige Schrift. Er nannte ganz explizit das fünfte (Tötungsverbot) und sechste Gebot (Ehegebot) und das Gebot der Feindesliebe aus der Bergpredigt als Beispiele an Geboten, die auch für den Krieg keine Ausnahme machen würden.²⁶⁸ Als übernächster Redner meldete sich erneut Pfister zu Wort. Er stimmte Fritz in seinen Ausführungen als „echter Sozialdemokrat und guter Katholik“ zu.²⁶⁹ Auch führte er aus, dass er es bedauere, dass im hohenzollerischen Kommunallandtag nicht auch der Arbeiterstand vertreten sei.²⁷⁰

Der Bauernrat gründete sich am 15. November bei einer Bauernversammlung für den Bezirk Haigerloch-Hechingen. Weinhändler Haug ergriff als erster das Wort. In seinen Ausführungen kritisierte er die preußische Politik, empfahl die Lostrennung von Preußen und den Anschluss an Württemberg.²⁷¹ Gegen die Loslösung von Preußen argumentierte der Chefredakteur der *Hohenzollerischen Blätter*, Friedrich Wallishauser. Er meinte, dass man nicht alles niederreißen solle, was man im Land aufgebaut habe, solle das Land nicht in einen Bürgerkrieg gestürzt werden.²⁷² Interessant ist der Verweis auf ein eventuelles Zusammengehen mit Württemberg, weil diese Frage tatsächlich über Monate hinweg in Hohenzollern ungeklärt blieb und erst mit dem Kommunallandtag an Gründonnerstag der Verbleib bei Preußen beschlossen wurde.²⁷³

Am 20. November erschien in den *Hohenzollerischen Blättern* ein Flugblatt mit der Darstellung dessen, was der Bauernrat bezwecken wollte. Gefordert wurden unter anderem

²⁶⁵ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, Zoller, 14.11.1918, Nr. 263.

²⁶⁶ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, Hohenzollerische Blätter, 18.11.1918, Nr. 266.

²⁶⁷ Ebd.

²⁶⁸ Vgl. ebd.

²⁶⁹ Ebd.

²⁷⁰ Vgl. ebd.

²⁷¹ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, Zoller, 15.11.1918, Nr. 264.

²⁷² Vgl. ebd.

²⁷³ Vgl. Eberhard Gönner, Hohenzollern in Weimar und NS, S. 322.

das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, der Schutz des kleinen und mittleren Bauernstandes und die baldige Aufhebung der Handelsbeschränkungen hinsichtlich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.²⁷⁴ Von der Bevölkerung verlangte der Bauernrat die strikte Befolgung seiner Anordnungen. Sein Hauptinteresse beschrieb der Bauernrat damit, dass man „auf ungestörte Ernährung der anderen Berufe“²⁷⁵ drängen müsse, um Revolten im Lande zu verhindern. Die Ablieferungspflicht könne vorläufig nicht eingeschränkt werden. Neben der Ablieferung von Lebensmitteln warnte das Flugblatt auch vor dem Schleichhandel, der in Zukunft aufs strengste bestraft werde. Abschließend appellierten der Bauernrat an die Vernunft der Bevölkerung.²⁷⁶

Es ist widersprüchlich, dass der Bauernrat die strikte Befolgung seiner Anordnungen verlangt und von strengen Strafen spricht, jedoch nicht ersichtlich wird, wie er die Ablieferungspflicht gegenüber den Bauern durchsetzen wollte, obwohl staatliche Institutionen die Ablieferungspflicht schon im Krieg nur unzufriedenstellend durchsetzen. Eher nahmen Hamsterkäufe und Schleichhandel nach dem Krieg noch weiter zu. Auch setzten die Bauern ihre Erzeugnisse lieber heimlich als frei zu den festgesetzten Höchstpreisen ab, wodurch die gewünschten Abgabemengen an landwirtschaftlichen Produkten oft nicht erreicht wurden.²⁷⁷

Neben einem Arbeiter- und einem Bauernrat bildete sich in Hechingen Mitte November auch ein Bürgerrat. Bei der Gründungsversammlung sprach Redakteur Wallishauser über das gemeinsame Vorgehen von Zentrum und Volkspartei.²⁷⁸ Er lehnte in seiner Rede die Einklassen-Herrschaft der Arbeiterklasse ab und forderte die Beteiligung des Bürgertums am neuen politischen System: „Bis jetzt gab es im Bürgertum zu viel Laue und Unpolitische. Das muss anders werden.“²⁷⁹ Zur Aufforderung des Bürgertums, sich politisch zu organisieren, verband sich auch ein Bekenntnis zur neuen politischen Ordnung.²⁸⁰ Hinsichtlich der Organisation des Bürgertums gelte: „Die Arbeiter haben ihren Arbeiterrat, die Bauern haben gestern hier ihren Bauernrat gegründet. Das Bürgertum muß sich in einem Bürgerrat vereinigen. Schließlich muß daraus eine Gesamtorganisation des deutschen Bürgertums werden.“²⁸¹ Der Hechinger Bürgerrat gründete sich somit typischerweise für einen Bürgerrat in Reaktion auf die Bildung der Arbeiter und Soldatenräte.²⁸²

²⁷⁴ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, Hohenzollerische Blätter, 20.11.1918, Nr. 268.

²⁷⁵ Ebd.

²⁷⁶ Vgl. ebd.

²⁷⁷ Vgl. Wettengel, Hungerunruhen und Teuerungsproteste, S. 105.

²⁷⁸ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, Hohenzollerische Blätter, 16.11.1918, Nr. 265.

²⁷⁹ Ebd.

²⁸⁰ Vgl. ebd.

²⁸¹ Ebd.

²⁸² Vgl. Bieber, Bürgertum in der Revolution, S. 58.

Als weiterer wichtiger Redner sprach Professor Ott. Laut ihm trauere „Germania“, während bei allen anderen Völkern Jubel und Freude herrsche.²⁸³ Als weitere Gründe der Furcht des Bürgertums nannte er die Bedrohung von Leben und Eigentum, die von der Regierung angekündigte Trennung von Staat und Kirche, die harten Waffenstillstandsbedingungen wie auch die Bestrebungen der Bolschewisten.²⁸⁴ Diese Ausführungen zeigen eine pointierte bürgerlich-konservative Position. Der Schutz von Leben und Eigentum sind urliberale Positionen, während die Furcht vor der Trennung von Staat und Kirche eine zentrumspolitische Position darstellt. Das Bemerkenswerte an dieser Versammlung ist die Verbindung von Positionen des politischen Katholizismus mit denen des politischen Liberalismus. In Mössingen sieht man hingegen politische Übereinstimmungen zwischen Sozialdemokratie und Sozialliberalen. Wie Jens Hacke konstatierte, bestand die Neuerung der Novemberrevolution für die Liberalen darin, den Liberalismus in Einklang mit der Demokratie zu denken.²⁸⁵ Diese politische Neuausrichtung des Liberalismus folgte einem Demokratisierungsdiskurs im liberalen Milieu, der durch Akteure wie Hugo Preuß, Max Weber oder Leopold von Wiese schon während des Krieges geprägt wurde.²⁸⁶ Dazu kam eine Utopie des Sozialliberalismus, die politisch auf eine Einhegung des Kapitalismus und einen aktiven Wohlfahrtsstaat abzielte.²⁸⁷ Dies erklärt die große inhaltliche Übereinstimmung zwischen Sozialdemokraten und Liberalen in dieser Frage.

4.1.7 Zusammenfassung der Erkenntnisse

Insgesamt dominierte in diesen Gründungsversammlungen im Spätherbst 1918 das Motiv von Ruhe und Ordnung. Das ist angesichts der Tatsache, dass sowohl das Kriegsende als auch die Revolution für die Zeitgenossen schnell und unerwartet geschahen, verständlich. Wichtigstes alltägliches Thema der Versammlungen war die Ernährungslage, die zu diesem Zeitpunkt angespannt war. Insbesondere die Bauernräte setzten es sich zum Ziel, die Menge an abgelieferten regulären Lebensmittel zu erhöhen und die Menge an Lebensmitteln, die in den Schwarzmarkt gingen, zu reduzieren. Dazu gehörten Diskussionen über Kleie-Preise, den Viehverkauf auf Märkten und im Bereich Energieversorgung über den Kohlemangel. Auch die Arbeitsbeschaffung und die Erwerbslosenfürsorge waren Themen, die die Menschen auf den Gründungsversammlungen der Räte ansprachen. Unterschiedlich waren auch die Gefühlslagen der Akteure, die sich zu Wort meldeten. Auf Seiten der Sozialdemokratie

²⁸³ Stadtarchiv Hechingen, Hohenzollerische Blätter, 16.11.1918, Nr. 265.

²⁸⁴ Vgl. ebd.

²⁸⁵ Vgl. Hacke, Der Liberalismus zwischen Erneuerung und Existenzkrise, S. 71.

²⁸⁶ Vgl. ebd., S. 71.

²⁸⁷ Vgl., ebd., S. 75.

herrschte wie in Mössingen eine große Euphorie hinsichtlich des Ende des Krieges und der Revolution bei gleichzeitiger Betonung von Ruhe und Ordnung. Unterstützung fand der revolutionäre Umbruch überall durch das Bürgertum, welches sich in allen Untersuchungsorten hinter die neue Regierungen auf Reichs- und Länderebene stellte. Jedoch war das Bürgertum darauf bedacht, seine gesellschaftliche Stellung in dieser Umbruchsphase zu behaupten. Dazu passt das Narrativ „zu retten, was noch zu retten sei“²⁸⁸, welches in Rottenburg geäußert wurde. Interessant ist auch der Blick zurück. Zwar wurden die Kriegstoten betrauert und wurde in Hechingen die Abdankung des Kaisers bedauert. Jedoch sind auch die Stimmen auf den Versammlungen zu finden, die ganz eindeutig den Militarismus und den zu Ende gegangenen Krieg verdammt. Vielleicht ist nach Kenntnis dieser Debatten die Aussage Wirschings zu relativieren, dass die Bevölkerung bis zum Schluss an den Sieg glaubte, da manche wie Jakob Rill im Deutschen Reich durchaus den Krieg lange schon für verloren hielten. Ein weiterer gemeinsamer Aspekt ist die Dominanz an Honoratioren wie Bürgermeistern, Pfarrern, Abgeordneten oder Lehrern auf diesen Versammlungen. Teilweise gehörten diese nicht der Schicht oder Klasse des Rates an, der hier gegründet werden sollte. Die Gründungsversammlungen sind Zeugnis eines Augenblickes der Neuorientierung und des Versuches, tagesaktuellen Probleme nach einer historischen Zäsur in den Griff zu bekommen.

4.2 Zusammensetzung und inhaltliche Arbeit der Räte

Nach den Zukunftsvisionen und der Diskussion der drängenden Themen der damaligen Zeit begann die Zeit des inhaltlichen Wirkens der Räte. In einem nächsten Schritt werden hier sowohl die genaue Zusammensetzung als auch die inhaltlichen Themen der Räte betrachtet. Hierbei werden vier verschiedene Themen angesprochen: Einmal die genaue Zusammensetzung der Räte; zum zweiten konkrete inhaltliche Themen, die die Räte ansprechen; drittens die Kooperation der Räte mit dem Arbeiterrat von Groß-Stuttgart, der in Württemberg die Stellung des Landesarbeiterrates innehatte und zuletzt die Repräsentation der Ratsmitglieder in den Gemeinderäten nach den Kommunalwahlen 1919.

4.2.1 Die personelle Zusammensetzung der Räte

Die Zusammensetzung der einzelnen Räte ist von Bedeutung, weil die jeweiligen Räte nicht nur als Kollektivorgan anzusehen sind, sondern auch als eine Ansammlung verschiedener Individuen, die den jeweiligen Räten durch ihr Geschlecht, ihren Berufsstand oder ihre

²⁸⁸ Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 21.11.1918, Nr. 267.

Parteizugehörigkeit eine gewisse Prägung gaben. In vielen, aber nicht allen Fällen, entsprach die Bezeichnung des Rates auch der Berufszugehörigkeit der einzelnen Räte.

In Metzingen bildeten der Gemeinderat am 4. November 1918 einen Ausschuss zur Arbeitsvermittlung. An anderer Stelle wurde dieser Rat auch als Rat für Demobilisierung bezeichnet, bis dieser am 14. November bei der Sitzung in der Metzinger Turnhalle per Resolution zum Metzinger Arbeiterrat bestimmt wurde.²⁸⁹ Der ursprünglich am 4. November gebildete Arbeiterausschuss für Demobilisierung wurde paritätisch besetzt. Er bestand aus je fünf Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer; beide Seiten bestimmten noch jeweils fünf stellvertretende Mitglieder. Auf Seiten der Arbeitgeber zogen fünf Fabrikanten in den Arbeiterausschuss ein. Die Arbeitnehmervertreter wurden in Absprache mit den Vereinigten Gewerkschaften nominiert und übten alle Handwerksberufe aus.²⁹⁰

Nach den Gemeinderatswahlen im Frühjahr 1919 wurde für die nächste Legislaturperiode ein neuer Arbeiterausschuss für Demobilisierung gebildet, der bis auf eine Veränderung auf Arbeitgeberseite unverändert blieb.²⁹¹

In Mössingen bestand der Arbeiter- und Bauernrat aus sechs Mitgliedern. Die Mitglieder wurden nach berufsständigen Kategorien zusammengestellt. Je zwei Mitglieder kamen dabei aus dem Arbeiterstand, dem Handwerksstand und dem Bauernstand.²⁹² Die Wahl der Mitglieder zog sich hier hin, weil zuvor fast alle angesprochenen Kandidaten erklärten, die Wahl nicht annehmen zu können. Erst die Zusage des Stadtschultheißen Jaggy, die Mitglieder des Rates zu entschädigen, führte dazu, dass die Versammlung am Ende sechs Arbeiter- und Bauernratsmitglieder wählte.²⁹³ Am Mössinger Beispiel fällt der korporatistische Ansatz auf. Diese politische Theorie verfolgt den Ansatz, bestimmte gesellschaftliche und berufsständische Gruppen an Entscheidungen zu beteiligen.²⁹⁴ Eine weitere wichtige Information ist die Tatsache, dass für den Arbeiterstand mit Georg Textor ein Schreiner gewählt wurde. Dies ist im Hinblick auf den lokalen Kontext in Mössingen nicht weiter verwunderlich, weil viele führende linke Köpfe in Mössingen als selbstständige Handwerker tätig waren.²⁹⁵

²⁸⁹ Vgl. Stadtarchiv Metzingen, Metzinger Anzeiger, 14.11.1918, Nr. 179.

²⁹⁰ Vgl. Stadtarchiv Metzingen, MB 42, Sitzung des Gemeinderates vom 14.11.1918, Gemeinderatsprotokoll vom 1. Januar 1915 bis 31. Dezember 1918, § 139.

²⁹¹ Vgl. Stadtarchiv Metzingen, MB 43, Sitzung des Gemeinderates vom 18.07.1919, Gemeinderats-Protokoll vom 1. Januar bis 31. Dezember 1919, § 172. Absatz 6. Dabei ersetzte der Fabrikant Gustav Mader auf der Seite der Arbeitgeber Gustav Bauer als festes Mitglied des Arbeiterausschusses.

²⁹² Vgl. Stadtarchiv Mössingen, Steinlach-Zeitung, 19.11.1918, Nr. 272.

²⁹³ Vgl. ebd.

²⁹⁴ Vgl. Roland Czada (08.06.2022): Korporatismus, in: Staatslexikon⁸, URL: <https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Korporatismus>, zuletzt geprüft am 15.07.2025.

²⁹⁵ Vgl. Blum/ Berner, Mössingen, Öschingen und Talheim in der Weimarer Republik, S. 272.

In Pfullingen wurden am 9. Dezember auf Zuruf elf Mitglieder in den Arbeiterrat gewählt, die alle aus Handwerksberufen stammten.²⁹⁶ Der Bauernrat konstituierte sich zwei Wochen früher. Eines seiner elf Mitglieder gehörte neben seiner Mitgliedschaft im Bauernrat auch dem Pfullinger Gemeinderat an.²⁹⁷

In Bad Urach kam es zur Konstituierung eines Arbeiter- und Soldatenrates im November 1918. Diesem gehörten vonseiten der Arbeiter fünf Personen und vonseiten der Soldaten zwei Personen an.²⁹⁸ Ursprünglich wurde der Uracher Arbeiter- und Soldatenrat vom Hauptlehrer Karl Rapp angeführt, bevor dieser seines Amtes von den anderen Mitgliedern des Uracher Arbeiterrates enthoben wurde. Die Turbulenzen um Rapp werden in der Arbeit noch in einem späteren Kapitel ausgeführt.

In Rottenburg bildete sich am 22. November 1918 ein Volksrat. Verschiedene Vereine und gesellschaftliche Gruppen entsandten ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Volksrat. Bereits Erwähnung fand, dass auch vier Frauen Teil des Volksrates waren. Ursprünglich waren nur zwei Frauen Teil des Volksrates. Jedoch wurden zwei weitere Frauen mit Vertretern aus der Beamten in den Volksrat nachgewählt.²⁹⁹ So gehörten dem Rottenburger Volksrat 23 Mitglieder, darunter vier Beamte an.³⁰⁰ Aus den Kreisen der Arbeiterschaft wurden unter anderem der Vorstand des christlichen Metallarbeiter-Verbands sowie drei weitere Arbeiter in den Volksrat bestimmt, zudem entsandte der katholische Arbeiterverein einen Vertreter. Bauernschaft und Weingärtnerstand schickten zwei Vertreter. Dem Rat gehörten außerdem zwei Handwerksmeister als Vertreter des Bürgervereins sowie ein Vertreter des Privatbeamten-Vereins an. Die Handels-, Industrie- und Gewerbebetreibenden in Rottenburg wurden vertreten durch zwei Fabrikanten, zwei Kaufleute sowie drei weitere Vertreter.³⁰¹ Zu seinem Vorsitzenden wählte der Volksrat Fabrikant Plank.³⁰² Im katholischen Rottenburg wurden korporatistische Einflüsse noch deutlicher als im protestantischen Mössingen. Kernmerkmale des Korporatismus wie Formen berufsständischer Repräsentation, die Einbindung von Interessensverbänden in die Politikgestaltung und die Übertragung öffentlicher Aufgaben an

²⁹⁶ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 09.12.1918, Nr. 289.

²⁹⁷ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 21.11.1918, Nr. 274.

²⁹⁸ Vgl. Stadtarchiv Bad Urach, Ermstalbote, 14.12.1918, Nr. 293.

²⁹⁹ Vgl. Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 26.11.1918, Nr. 271. Hinzu kamen je eine Vertreterin der Haus- bzw. Geschäftsfrauen.

³⁰⁰ Vgl. Ehrmann, Räterepublik findet nicht statt, S. 179. 3 Beamte (Rektor, Notar, Lehrer) und ein niedriger Beamter.

³⁰¹ Vgl. Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 22.11.1918, Nr. 268.

³⁰² Vgl. ebd.

private Verbandsakteure³⁰³ waren hier gegeben. Auch entsandten die jeweiligen Verbände ihre jeweiligen Vertreter per indirekter Wahl in den Volksrat.

In Hechingen bildeten sich - wie bereits ausgeführt – mehrere Räte. In den Arbeiterrat wurden zunächst fünf Arbeiter und zwei Arbeiterinnen gewählt.³⁰⁴ Am 18. November wählte eine weitere Versammlung in Hechingen drei weitere Mitglieder in den Arbeiterrat, darunter zwei Arbeiter und einen Redakteur. Zur besseren Organisation wurde ein Vollzugsausschuss mit fünf Mitgliedern gebildet.³⁰⁵

Der Hechinger Bauernrat war von Beginn an ein Bezirksbauernrat für das nördliche Hohenzollern mit den hohenzollerischen Bezirken Hechingen und Haigerloch.³⁰⁶ Zum Geschäftsführer des Bauernrates wurde Rechtsanwalt Dr. Kassemeyer bestimmt. Zur besseren Koordination bildete sich auch hier ein Vollzugsausschuss, der aus sieben Mitgliedern bestand.³⁰⁷ Die Tatsache, dass der Hechinger Bauernrat einen Vollzugsausschuss wählte und einen Geschäftsführer bestellte, deutet auf eine professionelle Organisation des Bauernrates hin. In den anderen untersuchten Orten bestand kein Bedarf, einen Geschäftsführer eines Bauernrates zu wählen. Etwas überraschend ist die Tatsache, dass die Versammlung mit Dr. Kassemeyer einen Rechtsanwalt zum Geschäftsführer des Bauernrates bestimmte. Der Anwaltsberuf wird eher selten mit der Landwirtschaft in Verbindung gebracht.

Der Bürgerausschuss, der sich später als Bürgerrat bezeichnete, hatte 27 Mitglieder. An seiner Spitze stand der Redakteur der liberalen Hohenzollerischen *Blätter*, Friedrich Walishauser.³⁰⁸

Auch in kleineren protestantischen Dörfern wie in Lustnau oder Dußlingen etablierten sich Räte. Naturgemäß waren diese etwas kleiner als in den untersuchten Kleinstädten. In Dußlingen erfolgte am 19. Dezember 1918 die Einsetzung eines Erwerbslosenfürsorgeausschusses, paritätisch besetzt mit je drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer.³⁰⁹ In Lustnau bestand der Arbeiter- und Bauernrat aus sieben Mitgliedern.³¹⁰

³⁰³ Vgl. Czada, Korporatismus.

³⁰⁴ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, Zoller, 14. 11.1918, Nr. 263.

³⁰⁵ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, Zoller, 18.11.1918, Nr. 266.

³⁰⁶ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, Zoller, 15.11.1918, Nr. 264. Per Akklamation wurden die Vertreter von 25 Gemeinden in den Bezirksbauernrat entsandt.

³⁰⁷ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, Zoller, 06.12.1918, Nr. 282. Dies waren: Eger-Weildorf als Vorsitzender, Schell-Bisingen als stellv. Vorsitzender und Ausschussmitglied, Bogenschütz-Eidingen als Schriftführer, Rausch—Wessingen, Bieger-Stetten bei Haigerloch, Sylvester Bumiller-Jungingen und Breisinger – Fischingen als engere Ausschussmitglieder.

³⁰⁸ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, Zoller, 17. 11.1918, Nr. 265.

³⁰⁹ Vgl. Gemeindecarchiv Dußlingen, 19.12.1918, Gemeinderatsprotokoll Dußlingen, § 90.

³¹⁰ Vgl. Stadtarchiv Tübingen, Gründung des Lustnauer Arbeiter- und Bauernrates am 17.11.1918, C 70/44 (F-1080).

Für das Oberamt Rottenburg, dem die Vergleichsorte Rottenburg und Mössingen angehörten, ist die Bildung eines Bezirksbauernrates überliefert. Dieser konstituierte sich am 17.3.1919. Die 26 Gemeinden des Oberamtes schickten jeweils zwei Repräsentanten in den Bezirksbauernrat.³¹¹ Alle Mitglieder in diesem Bezirksbauernrat waren, wie in fast allen anderen untersuchten Räten, Männer. Ein Blick auf den Berufsstand ergibt weitere spannende Einblicke: So waren 21 der 52 Bezirksbauernräte von Beruf Bauer. Ansonsten sind viele handwerkliche Berufe wie Schuhmacher, Gipser, Schneider, Schreiner, Schmied, Glaser oder Wagner vertreten.³¹² Vielleicht wäre die Bezeichnung dieses Rates als Bezirksbauern- und Handwerkerrat angemessener gewesen

Was folgt nun aus der obigen Auszählung? Einmal gab es keine einheitliche Größe der jeweiligen Räte oder ratsähnlichen Gremien. In Rottenburg gehörten dem Volksrat 17 Mitglieder an. Die Anzahl der Mitglieder schwankte zwischen sechs Mitgliedern in Dußlingen und Lustnau, sieben Mitgliedern in Bad Urach, über zehn ordentliche Mitglieder in Metzingen, elf Mitglieder in Pfullingen bis zum 27-köpfigen Bürgerausschuss in Hechingen.³¹³

Eine zweite Beobachtung betrifft die genaue Zusammensetzung der Räte. Es existierten verschiedene Modelle. In Metzingen und Dußlingen bildeten sich paritätisch besetzte Räte zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern. Sowohl im protestantischen Mössingen als auch im katholischen Rottenburg besetzten die Gründungsversammlungen die Räte berufsständisch: In Mössingen in der Dreifachkombination aus Handwerk, Bauernstand und Arbeiterschaft. In Rottenburg bildete sich ein Volksrat mit Vertretern aus katholischer Arbeiterschaft, Handel- und Gewerbetreibenden und Bauernvertretern. In Pfullingen und Hechingen bildeten sich klassischerweise sowohl Arbeiter- als auch Bauernräte.

Eine Besonderheit bestand sowohl für den Hechinger Arbeiterrat als auch für den Rottenburger Volksrat: In beiden Gremien waren jeweils zwei Frauen vertreten. Weibliche Mitglieder in den Räten waren eine Seltenheit. Auch die Geschichtswissenschaft nahm sich ihrer bei der Beschäftigung mit der Novemberrevolution relativ wenig an. Vor allem Nadine Rossol bemängelt daher eine auf die männliche Perspektive fokussierte Sicht auf die Novemberrevolution. Frauen kämen oft nur mit dem Verweis auf das Frauenwahlrecht vor.³¹⁴ In den Räten waren sie selten vertreten und gesehen wurden ihre unterstützenden Tätigkeiten

³¹¹ Vgl. HStA Stuttgart E 135 a Bü 76, 1 Bü, 6. Bild: Protokoll über die Wahl eines Bezirksbauernrates am 17.3.1919.

³¹² Vgl. ebd.

³¹³ Gemeint ist der dortige Bürgerrat und nicht das württembergische Kontrollgremium des Bürgerrates, dem die Kontrolle des Gemeinderates oblag.

³¹⁴ Vgl. Rossol, Historisierung oder Popularisierung, S. 361.

auch eher kaum.³¹⁵ Zudem nahmen sich kaum Autorinnen des Themas der Novemberrevolution an und in der Forschung kamen oft überholt geglaubte Kategorien zusammen, die bewirkten, dass Frauen laut Rossol über Frauen in dieser Zeit schrieben und Männer zu Politik und Gewalt publizierten.³¹⁶

4.2.2 Themen der Räte

Neben der Beschäftigung mit der Zusammensetzung und dem Namen des jeweiligen Rates ist die konkrete inhaltliche Arbeit der jeweiligen Räte von Bedeutung. Hierbei sind drei verschiedene Arten an Anträgen zu unterscheiden: Erstens Anträge bezüglich der Ernährungslage; zweitens Anträge zu Fragen der Erwerbslosenfürsorge und drittens Anträge der Räte in eigener Sache.

Viele ernährungs- und versorgungspolitische Themen beschäftigten 1918/19 die Räte wie die Frage nach dem Mostzucker, nach Schlachtungen oder dem Weizenmehlgehalt. Die Ernährungslage lässt sich zu dieser Zeit jedoch am besten am Thema Milchversorgung verdeutlichen. Diese gehörte zu den viel diskutierten Themen im Pfullingen im Jahre 1919. Der Pfullinger Arbeiterrat kam am 2. Januar 1919 zu einer Sitzung im Gasthaus zum „Schloss“ zusammen. Das meistdiskutierte Thema an diesem Tag betraf die Milchversorgung. Diese sollte nach Maßgabe der Landesversorgungsstelle nun von der Stadt Pfullingen geregelt werden. Die Stadt erhielt die Auflage, eine Milchsammelstelle zu errichten und die dazugehörigen Geräte selbst anzuschaffen. Durch diese Sammelstelle sollte eine bessere Koordination der Milchverteilung möglich sein. Die Stadt sollte dabei in vier Bezirke eingeteilt werden. Der Milchpreis selbst sollte zudem für die Abnehmer 40 Pfennig und für den Produzenten 32 Pfennig betragen.³¹⁷

Am 25. Januar diskutierte der Pfullinger Gemeinderat das Thema der Milchversorgung. In der Sitzung wurden Zuschriften des Arbeiterrates und des Bauernvereins verlesen. Der Arbeiterrat protestierte in seiner Zuschrift gegen die Milchpreiserhöhung und verlangte zwecks der Belieferung aller Versorgungsberechtigten die Errichtung einer Milchsammelstelle, wogegen der Bauernverein sich gegen die Einführung der Milchsammelstelle wendete und mit dem Verkauf der Milchkühe drohte.³¹⁸

Im Gemeinderat und im Bürgerausschuss war nach einer Aussprache eine Mehrheit nicht abgeneigt, eine Milchsammelstelle zu errichten und den von den Konsumenten zu

³¹⁵ Vgl. ebd., S. 363.

³¹⁶ Vgl. ebd., S. 368.

³¹⁷ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 02.01.1919, Nr.1.

³¹⁸ Vgl. ebd.

zahlenden Preis von 40 Pfennig pro Liter an die Kuhhalter abzuführen. Bei der Abstimmung kam es aber zur Ablehnung der Milchsammelstelle.³¹⁹

Doch das Thema ließ den lokalpolitisch Engagierten keine Ruhe. Am 26. Juni stand die Milchsammelstelle erneut auf der Tagesordnung des Gemeinderates. Die Lebensmittelkommission stellte den Antrag, eine Sammelstelle mit den entsprechenden Geräten, vier Sammlern und eines Verwalters zu finanzieren. Der Bauernverein beantragte einen Abgabepreis von 58 Pfg. und ein Erzeugerpreis von 54 Pfg, was als Antrag nicht mehrheitsfähig war, jedoch wurde über den konkreten Ort der Sammelstelle diskutiert.³²⁰

Weiterhin blieb dieses Thema in der Pfullinger Stadtgesellschaft kontrovers. Im August ordnete die Landesversorgungsstelle die Errichtung einer Sammelstelle an. Bauernrat und Bauernverein waren zu dem Zeitpunkt jedoch gegen die Errichtung einer Sammelstelle. Der Bauernverein sollte zudem ersucht werden, eine genossenschaftliche Einrichtung zur Milchaufbringung und Verteilung einzurichten. Käme er dem Ansinnen nicht nach, so sei die Sammelstelle laut der Landesversorgungsstelle unter Anwendung aller gesetzlichen Mittel einzurichten.³²¹ In der gleichen Sitzung beantragte der Arbeiterrat auch Herrn Christof Geisel die Milchkontrolle zu entziehen, da er „nicht der geeignete Mann dafür sei, und sie durch den Arbeiterrat einem Mann zu übertragen, der nicht Viehhalter ist. ... Sobald die Milchsammelstelle eingeführt ist, wird Geisel entbehrlich.“³²² Das bedeutet, dass der Arbeiterrat hier auch für eine personelle Änderung warb, die seine Stellung stärken und die des Bauernvereins schwächen sollte.

Zwei Wochen später lehnte der Bauernverein die genossenschaftliche Übernahme der Milchversorgung immer noch ab. Daher nahm sich der Gemeinderat erneut des Themas Milchsammelstelle an. Da die Errichtung der Sammelstelle nun unumgänglich erschien, berief der Gemeinderat Kaufmann Jakob Tröster auf den Posten des Milchverwalters. Zudem wurde eine Kommission einberufen, die schon in Betrieb befindliche Milchsammelstellen begutachten sollte.³²³

Weshalb ist das Pfullinger Beispiel hier so prominent? Weil es verdeutlicht, dass die Ernährungslage nicht nur im Krieg prekär war, sondern es auch nach Kriegsende noch lange blieb. Lebensmittel blieben jahrelang noch kontingentiert, Milch war Anfang 1924 das letzte

³¹⁹ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 25.01.1919, Nr. 20.

³²⁰ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 26.06.1919, Nr. 145.

³²¹ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 07.08.1919, Nr. 181.

³²² Stadtarchiv Pfullingen, StaPf B 185: Gemeinderatssitzung vom 06.08.1919, Gemeinderats-Protokoll in Verwaltungssachen, § 211. Im gleichen Antrag forderte der Arbeiterrat dem früheren Gemeinderat Beck aus der Lebensmittelkommission abzuberaufen.

³²³ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 21.08.1919, Nr. 193.

Lebensmittel, bei dem in Württemberg die Kontingentierung aufgehoben wurde.³²⁴ Daher ist die Frage nach der Milchversorgung durchaus zentral. Dies zeigt auch die Tatsache, dass es auch im eigentlich ruhigen Württemberg im Zeitraum von 1919-1923 zu Teuerungsprotesten kam.³²⁵

Die Pfullinger Milchsammelstelle ist noch aus einem weiteren Grund ein sehr anschauliches Beispiel; verdeutlicht sie doch die Uneinigkeiten zwischen dem SPD-nahen Arbeiterrat auf der einen Seite und dem aus dem Bauernrat hervorgegangen Bauernverein auf der anderen Seite. Das beginnt der Frage, ob eine Milchsammelstelle überhaupt notwendig war oder nicht. Das setzte sich fort mit der Konfliktfrage, ob die Milchsammelstelle genossenschaftlich organisiert sein sollte oder nicht. Nicht zuletzt betraf der Konflikt auch die Frage nach der Preisgestaltung. Insgesamt nahm der Bauernverein in dieser Diskussion eine defensive Rolle ein, indem er gegen Beschlüsse opponierte und diese nicht umsetzte, während der Arbeiterrat eher antreibend in dieser Frage war. Deutlich werden auch die unterschiedlichen Interessen beider Organisationen. So warb der Arbeiterrat für einen niedrigen Milchpreis, damit die Milch auch für die Arbeiterklasse bezahlbar blieb, während der Bauernverein aus eigenem Interesse für einen höheren Preis eintrat. Das Agieren beider Organisationen führte auf lokaler Ebene den Konflikt zwischen Arbeiterschaft und Bauernschaft aus dem Kriege weiter.³²⁶ Letztendlich richtete die Stadt Pfullingen trotz des Widerstandes der Bauern am 8. Dezember 1919 eine Milchsammelstelle ein.³²⁷ Der Abgabepreis für einen Liter Milch lag dabei bei 58 Pfennig, was exakt dem Vorschlag der Bauern vom 26. Juni 1919 entsprach.³²⁸ Am Ende konnten also beide Organisationen Erfolge vorweisen. Der Arbeiterrat setzte sich mit seiner Forderung durch, eine Milchsammelstelle einzurichten, und der Bauernverein konnte seinen wie gewünscht hohen Abgabepreis als Erfolg verbuchen.

Auch in anderen Gemeinden war die Ernährungslage Thema. So brachten sich die Räte in Hechingen in die Sitzung der Mehlskommission am 26. November ein. Hierbei vertraten sowohl der Arbeiterrat als auch der Bauernrat die Ansicht, dass die Brotmenge pro Person schon zum 15. Dezember erhöht werden müsse. Der Arbeiterrat begründete dies damit, dass

³²⁴ Vgl. Sauer, Württemberg in der Weimarer Republik, S. 88.

³²⁵ Vgl. Wettengel, Hungerunruhen und Teuerungsproteste, S. 129.

³²⁶ Vgl. Wehler, deutsche Gesellschaftsgeschichte IV, S. 59. Die Sozialdemokratie forderte bereits 1915 staatlich festgesetzte Höchstpreise und eine wirksame Kontrolle der landwirtschaftlichen Produzenten, während der Bund der Landwirte die entgegengesetzte Position einnahm.

³²⁷ Vgl. Taigel, Pfullingen in der Weimarer Republik, S. 284.

³²⁸ Vgl. ebd., S.284.

die bisherige Ration nicht ausreichend sei, während der Bauernrat meinte, dass Aufruhr im Volk entstände, falls die versprochene Erhöhung der Brotmenge nicht eingehalten würde.³²⁹ Eine andere Kategorie umfasste Anträge, die sich dem Themengebiet der Erwerbslosenfürsorge und der Unterstützungssätze annahmen. In Metzingen beantragte der Demobilisierungsausschuss in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bezirksrat erfolgreich eine Erhöhung der Sätze für die Ortslöhne für sämtliche Gemeinden des Bezirkes, worin im Falle Metztings der Gemeinderat einwilligte.³³⁰

Auch in Pfullingen beschäftigte sich der Arbeiterrat mit den städtischen Löhnen. Ausschlaggebend war der Antrag der städtischen Arbeiter, ihren Lohn von 55 auf 75 Pfennig pro Stunde zu erhöhen. Dieser Antrag wurde jedoch zurückgestellt. Der Arbeiterrat verurteilte dieses Vorgehen und warb mit dem Argument für einen höheren Stundenlohn, dass bei einem solchem Lohn „die Arbeiter dazu verführt werden, sich lieber erwerblos zu melden und 5.40 Mk. pro Tag zu beziehen, als bei der Stadt zu arbeiten, um 4.40 Mk. pro Tag zu erhalten.“³³¹ Die Erwerbslosensätze betrugen für männliche Arbeiter über 21 Jahre 5.40 Mk. Für weibliche Arbeiterinnen, die älter als 21 Jahre waren, lag der entsprechende Satz bei 3.50 Mark.³³² Aus dieser Nachricht lassen sich drei Schlüsse ziehen. Einmal die Tatsache, dass die aktuell geführte Diskussion über die Lohnlücke zwischen Geringverdienenden und Erwerbslosen, wie sie heute in den früheren und mittleren 2020ern beim Bürgergeld geführt werden, keine moderne Erscheinung ist und schon bei der Erwerbslosenunterstützung in Pfullingen im Januar 1919 für Kontroversen sorgte. Der zweite Schluss ergibt sich beim Blick auf die unterschiedlichen Sätze für Männer und Frauen. Dieser Bezug auf die Lohnlücke legt nahe, dass bei den städtischen Arbeitern nur wenige Wochen nach Kriegsende wieder ausschließlich von Arbeitern und nicht von Arbeiterinnen ausgegangen wurde, die zudem über 21 Jahre alt waren. Dem lag die Erwartung zugrunde, dass die aus dem Felde zurückgekehrten Soldaten nach der Rückkehr aus dem Feld wieder in ihre ursprünglichen Berufe zurückkehren würden.

Die Diskussion um die Erwerbslosenunterstützung orientierte sich am männlichen Arbeiter. Teilweise wurden Verordnungen des Frauenschutzes, die während des Krieges

³²⁹ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, Hohenzollerische Blätter, 26.11.1918, Nr. 272.

³³⁰ Vgl. Stadtarchiv Metzingen, MB 43, Gemeinderatssitzung vom 09.05.1919, Gemeinderatsprotokoll vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1919, § 101. Vorgeschlagen wurde für männliche Personen über 21 ein Lohn von 4 M 30 Pfg., für 16–21-Jährige von 3 M 50 Pfg. und für unter 16-jährige männlichen Geschlechts bei 2 M. 40 Pfg. Für weibliche Personen über 21 lagen die Sätze bei 3 M 10 Pfg, bei 16-21-jährigen bei 2 M 70 Pfg. und bei Unter-16-Jährigen bei 1 M 80 Pfg.

³³¹ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 2.1.1919, Nr. 1.

³³² Vgl. ebd. Der Satz für männliche Arbeiter unter 16 Jahren betrug 2.60 Mark, für weibliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren, 2,20 Mark.

gelockert waren, schon im November 1918 wieder eingeführt, was die Erwerbstätigkeit der Frauen erschwerte.³³³ Nach dem Krieg galt es bei der Demobilisierung als allgemeiner Konsens, dass Frauen auf ihre Arbeitsplätze zu verzichten hätten, um die Rückkehr der Soldaten ins zivile Leben zu erleichtern.³³⁴ Abgeschlossen war dieser Prozess relativ rasch in den ersten Monaten des Jahres 1919³³⁵ und stieß wohl bei den Frauen auf keinen großen Widerstand.³³⁶ Ein langfristiges Phänomen waren die Entwicklungen jedoch nicht. Durch die Inflation und die Belebung von Wirtschaftsbranchen wie der Textil- und Bekleidungsindustrie, in denen traditionell viele Frauen angestellt waren, erreichte die Zahl der weiblichen Beschäftigten von Mitte 1920 bis Mitte 1923 wieder den Stand der Frühjahr- und Sommermonate des Kriegsjahres 1918.³³⁷

Ein dritter Schluss ergibt sich, wenn man den Tageslohn durch den Stundenlohn teilt. Dabei erhält man als Ergebnis acht, was bedeutet, dass sich die Diskussion über die Lohnlücke am neu vereinbarten Achtstundentag orientierte. Dieser war am 15. November 1918 durch das Stinnes-Legien-Abkommen eingeführt worden, welches zugleich die Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner sowie den Verzicht auf eine Sozialisierung der Industrie mit sich brachte.³³⁸ Am Pfullinger Beispiel erkennt man, dass das Stinnes-Legien-Abkommen vor Ort auch umgesetzt wurde.

Eine dritte Kategorie der inhaltlichen Arbeit bildeten Anträge in eigener Sache. In Pfullingen beantragte der Arbeiterrat erfolgreich, ihm „zur Abhaltung seiner Sitzungen ein Zimmer im Rathaus für seine Sitzungen zur Verfügung zu stellen!“³³⁹ Ein Beschluss, den Mitgliedern des Rates die gleiche Entschädigung wie in Reutlingen zu zahlen, fand keine Mehrheit. Die Arbeiterräte erhielten per Beschluss zwei Mark pro Sitzung als Entschädigung; allerdings lehnte der Gemeinderat mehrheitlich den Antrag auf eine Entschädigung in Höhe von drei Mark ab.³⁴⁰

In Mössingen beantragten die Arbeiter- und Bauernräte ebenfalls eine Entschädigung aus der Gemeindekasse. Zugesagt wurden ihnen dies für Geschäfte, die ein Mitglied der Räte

³³³ Vgl. Heinsohn, „Grundsätzlich gleichberechtigt“, S. 41.

³³⁴ Vgl. Bessel, Frauenarbeit und Demobilmachung, S. 218.

³³⁵ Vgl. ebd., S. 219.

³³⁶ Vgl. ebd., S. 221.

³³⁷ Vgl. ebd., S. 226.

³³⁸ Vgl. Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 1, S. 383.

³³⁹ Stadtarchiv Pfullingen, StAPf B 185, Gemeinderatssitzung vom 20.06.1919, Gemeinderats-Protokoll in Verwaltungssachen, § 73.

³⁴⁰ Vgl. ebd., § 74.

tagsüber im Sonderauftrag des Arbeiter- und Bauernrates ausübte, jedoch nicht explizit für die Teilnahme an den Sitzungen der Räte.³⁴¹

In der Gesamtheit hatten es die Kommunalparlamente in Mössingen und Pfullingen mit Anträgen zu tun, die sich mit Erstattungen und Raumfragen beschäftigten. Die Räte wandten sich in diesen Fragen an die örtlichen Gemeinderäte. Das lag auch daran, dass der 26. Regierungserlass der provisorischen württembergischen Regierung die Frage nach den Kosten für die örtlichen Arbeiter- Bauern- und Soldatenräte den Gemeinden, in denen die jeweiligen Räte ihren Sitz hatten, aufbürdete. Lediglich für anfallende Kosten hinsichtlich der Landesversammlungen für Arbeiter- und Soldatenräte kam die Staatskasse auf.³⁴²

Verbunden mit der Antragsarbeit der Räte vor Ort ist die Frage, inwieweit diese in die Arbeit in den einzelnen Gemeinderäten miteingebunden waren. Aus Lustnau und Dußlingen, gibt es hierfür keine Anhaltspunkte. Im Falle von Metzingen ist davon auszugehen, dass die Zusammenarbeit groß war, saßen doch viele Gemeinderäte im Demobilisierungsausschuss, der wenig später als Metzinger Arbeiterrat firmierte. In Pfullingen waren der Arbeiterrat und der Bauernverein durchaus sehr engagiert, wie die Diskussion über die Milchsammelstelle zeigte. Ob Vertreter beider Institutionen dauerhaft an Sitzungen des Gemeinderates teilnahmen, ließ sich nicht ermitteln. In Hechingen wohnten Mitglieder des Arbeiterrates der Sitzung des Gemeinderates Ende November 1918 als Gäste bei.³⁴³ In Bad Urach besaßen die Mitglieder des Arbeiterrates nur ein Kontrollrecht der Behörden, wünschten sich jedoch eine beratende Stimme bei den Gemeinderatssitzungen. Das führte zu einem Konflikt mit Vertretern der DDP in Urach. Dazu später in der Arbeit mehr. Insgesamt nahmen die Vertreter der Räte ihren Einfluss eher über Anträge denn durch die stille Teilnahme an Sitzungen wahr.

4.2.3 Austausch der Räte mit dem Arbeiterrat von Groß-Stuttgart

Die Interaktion mit dem Arbeiterrat von Groß-Stuttgart ist in einem nächsten Schritt eine Betrachtung wert, um die Zusammenarbeit der Räte mit den übergeordneten Ebenen auf der Landesebene zu untersuchen. Dieser Arbeiterrat Groß-Stuttgarts übernahm die Funktion eines Landesarbeiterrates für Württemberg.³⁴⁴ In Metzingen beschränkte sich die

³⁴¹ Vgl. Stadtarchiv Mössingen, 106/34, Gemeinderatssitzung vom 10.12.1918, Niederschrift über die Beratungen mit den Gemeinderäten vom 17.IV. 1911 bis 18.III. 1919, § 2. Diese Thematik ist von Bedeutung, wenn man bedenkt, dass die Wahl der Mitglieder des Mössinger Arbeiter- Bauern-Rates nur möglich war, weil ihnen eine entsprechende Entschädigung zugesichert wurde, damit sich überhaupt sechs Kandidaten für die Wahl in den Rat bereit erklärten, siehe hierzu: Stadtarchiv Mössingen, Steinlach-Zeitung, 19.11.1918, Nr. 272.

³⁴² Vgl. Kolb/Schönhoven, regionale Räteorganisation in Württemberg, S. 448.

³⁴³ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, Zoller, 25.11.1918, Nr. 272.

³⁴⁴ Hechingen als Teil der preußischen hohenzollerischen Lande scheidet hierbei bei der Betrachtung natürlich aus.

Kooperation mit dem Landesarbeiterrat auf die Bitte um die Erstattung eines Stempelkissens mit Kissen und Farbflaschen in der Höhe von 12 Mark und 50 Pfennig.³⁴⁵ In manchen Untersuchungsorten wie Mössingen, Dußlingen, Lustnau oder Pfullingen kam es entweder zu keinem Austausch mit dem Landesarbeiterrat in Groß-Stuttgart oder es liegen keine Quellen hierzu vor, die einen Austausch belegen würden.

Der Bad Uracher Arbeiter- und Soldatenrat schickte hingegen ein Ersuchen an den Stuttgarter Arbeiterrat. In diesem hieß es, dass sich in Dettingen am 1. Juni des Jahres ein Arbeiterrat gebildet habe.³⁴⁶ Dieser bestand aus einem Vorsitzenden, einem Schriftführer und drei Beisitzern. In dem Schreiben ersuchte Johannes Hipp als Vorsitzender des Bad Uracher Bezirksarbeiterrates darum, eine Prüfung vorzunehmen, ob die Wahl ordnungsgemäß verlaufen sei und ob die Gewählten im Sinne der Satzungen ihre Tätigkeiten ausüben würden.³⁴⁷ Dieser Titel Hipps als Vorsitzender eines Bezirksarbeiterrates führt zu der Annahme, dass Hipp als früherer Vorsitzender des Uracher Arbeiterrates in der Hierarchie aufgestiegen war und nun eine Zwischenposition zwischen dem Dettinger Arbeiterrat und dem Landesausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte in Stuttgart einnahm.³⁴⁸ Als weiteres Indiz gilt ein Schreiben der Dettinger an ebendiesen Landesausschuss, der handschriftlich die Wahl der Mitglieder des Arbeiterrates mitteilte.³⁴⁹ Der Uracher Arbeiterrat diente hier eher als weiterleitende Institution.

Einen weiteren interessanten Fall stellte der Rottenburger Volksrat dar. Dieser beschäftigte sich im März des Jahres 1919 in mehreren Briefwechseln mit dem organisatorischen Charakter seines eigenen Rates. Am 9. März schrieb der Landesausschuss der Arbeiter- und Bauernräte, dass man an ihn wegen der Gründung eines Arbeiterrates herangetreten worden sei. Jedoch habe man hier noch einen Volksrat. Er fragte nach, wie viele Mitglieder, Funktionen und Rechte dieser habe.³⁵⁰ Man solle ihm „einfach, alles kurz und gut was dazu

³⁴⁵ Vgl. HStA Stuttgart, E 135 a Bü 162, 5. Bild. 3 Schriften: Finanzierung und Rechnungslegung örtlicher Arbeiter- und Bauernräte im Oberamt Urach.

³⁴⁶ Es ist wohl das Jahr 1919 anzunehmen.

³⁴⁷ Vgl. HStA Stuttgart, E 135 a Bü 87, 4. Bild: Wahl, Zusammensetzung und Auflösung der Arbeiter- und Bauernräte im Oberamt Bad Urach.

³⁴⁸ Vgl. Kolb/Schönhoven, Räteorganisation in Württemberg, S. LXVI. Entweder übernahmen die Arbeiterräte des Zentrums eines Oberamtes häufig Kraft eigener Bedeutung diese Funktion oder sie wurden ihnen übertragen. Bezirksarbeiterräte bildeten sich erst relativ spät im Frühjahr 1919.

³⁴⁹ Vgl. HStA Stuttgart, E 135 a Bü 87, 2. Bild: Wahl, Zusammensetzung und Auflösung der Arbeiter- und Bauernräte im Oberamt Bad Urach.

³⁵⁰ Vgl. HStA Stuttgart E 135 a Bü 76, 1 Bü, 10, 10. Bild: Wahl, Zusammensetzung und Auflösung der Arbeiter- und Bauernräte im Oberamt Rottenburg.

gehört“³⁵¹ was der Arbeiterrat habe, schicken. Auch bat der Landesausschuss darum, ihm schleunigst das Material zu senden, das er den Leuten vorlegen könne.³⁵²

Drei Tage später schrieb der Landesausschusses der Arbeiter- und Bauernräte erneut nach Rottenburg. In dem Schreiben tat dieser seine Verwunderung darüber kund, dass nicht ganz klar sei, wie die Verhältnisse des Volksrates gestaltet seien. Auch bat er die Mitglieder des Rottenburger Volksrates nach Stuttgart zu kommen, um durch eine persönliche Aussprache Klarheit in der Sache zu schaffen. Zudem wird dem Schreiben an den Volksrat ein Abdruck der von der Regierung festgelegten Rechte der Arbeiter- und Bauernräte beigegeben.³⁵³

Am 13. März schrieb der Vorsitzende des Arbeiterrates Tübingen an die Zentrale nach Stuttgart, dass man diesem „Vollzugsrat“ ein Ende bereiten solle. Als Grund führte dieses Schreiben an: „Ein Rat mit dem Herrn Oberamtsmann als Vorsitzenden!!!“³⁵⁴ Die erste Frage, die sich hier stellte, ist die, weshalb der Tübinger Arbeiterrat sich überhaupt, zu den Vorgängen in Rottenburg äußerte, obwohl Rottenburg nicht im Oberamt Tübingen lag. Eindeutig beantworten lässt sich diese Frage nicht, jedoch ist zu vermuten, dass der Landesausschuss die Tübinger fragte, wie sie zum Rottenburger Volksrat ständen.

Dieses Schreiben hat eine deutliche Intention. Vor allem, der letzte Satz mit den drei Ausrufezeichen ist auffallend. Offensichtlich wurde von den Tübingern ein Rat mit einer Amtsperson als Vorsitzendem nicht als Rat angesehen. Der Titel des „Vollzugsrates“ taucht zweimal auf. Entweder war dies ein unbewusster Fehler in der Bezeichnung des Rates oder der Volksrat sollte als ein Nichtarbeiterrat bewusst herabgesetzt werden, weil er vermutlich dem Tübinger Arbeiterrat als obrigkeitshörig galt.

So überrascht es nicht, dass die Tübinger am 20. März bekundeten, dass eine Anmeldung des Volksrates bei ihnen bis jetzt noch nicht erfolgt sei. Auch wird gefragt, ob dieser Volksrat eine Tätigkeit im Rahmen des Regierungsdekretes ausübte. Jedenfalls würde man dem Oberamtsmann als Vorsitzenden seine Ablehnung mitteilen.³⁵⁵ Interessant ist hierbei, dass unterschiedliche Sichten über den Vorsitzenden des Volksrates bestehen. Die Vertreter des Tübinger Arbeiterrates gingen davon aus, dass Oberamtsmann Scholl dem Volksrat

³⁵¹ Ebd.

³⁵² Vgl. ebd.

³⁵³ Vgl. HStA Stuttgart E 135 a Bü 76, 1 Bü, 10, 11. Bild: Wahl, Zusammensetzung und Auflösung der Arbeiter- und Bauernräte im Oberamt Rottenburg.

³⁵⁴ Vgl. HStA Stuttgart E 135 a Bü 76, 1 Bü, 10, 13. Bild: Wahl, Zusammensetzung und Auflösung der Arbeiter- und Bauernräte im Oberamt Rottenburg.

³⁵⁵ Vgl. HStA Stuttgart E 135 a Bü 76, 1 Bü, 10, 16. Bild: Wahl, Zusammensetzung und Auflösung der Arbeiter- und Bauernräte im Oberamt Rottenburg.

vorsitzt. Die *Rottenburger Zeitung* sprach jedoch davon, dass Fabrikant Planck die Sitzungen des Volksrates leitete.

Insgesamt prägten Missverständnisse die Kommunikation in dieser Angelegenheit. Ein „Volksrat“, der zum „Vollzugsrat“ wird, gefolgt von einem falsch angegebenen Vorsitzenden auf der Seite der Tübinger und des Landesausschusses stehen einem Rottenburger Unverständnis gegenüber, weshalb man einen Arbeiterrat überhaupt noch brauche. Man habe doch schon einen Volksrat. Es ist zu vermuten, dass der Tübinger Arbeiterrat und des Landesausschusses der Arbeiter- und Bauernräte mit dem organisatorischen Zuschnitt des Volksrates fremdelten. Auch konnte man in der katholischen Bischofsstadt Rottenburg wohl eher wenig mit der Bildung eines klassischen Arbeiterrates wie in Metzingen, Pfullingen oder Tübingen anfangen.

Insgesamt wird hier eine Hauptfunktion des Arbeiterrates Groß-Stuttgart in der Korrespondenz der örtlichen Arbeiterräte deutlich: Er fungierte als Anerkennungsinstanz für die Bildung von Arbeiterräten, was die Beispiele des Rottenburger Volksrates und des Dettinger Arbeiterrates belegten. Hierbei wirkten der Tübinger Arbeiterrat und der Bad Uracher Arbeiter- und Soldatenrat als zwischengeschaltete Instanzen, die konsultiert wurden, bevor eine Anerkennung als Arbeiterrat erfolgte oder wie im Rottenburger Fall verwehrt wurde.³⁵⁶ Jedoch verweist das Rottenburger Beispiel auch darauf, dass der Landesausschuss des Arbeiterrates weniger Macht besaß, als er sich erhofft hatte.

4.2.4 Repräsentation der Ratsmitglieder nach den Kommunalwahlen 1919

Ein weiteres Thema dieses Kapitels ist die Vertretung von Ratsmitgliedern in den neu gewählten Gemeinderäten nach den Kommunalwahlen im Frühjahr 1919. Im Mai 1919 fanden überall in Württemberg Gemeinderatswahlen statt. Nach diesen Wahlen übernahm der Gemeinderat zusätzlich die Aufgaben des nunmehr ersatzlos abgeschafften Bürgerausschusses.³⁵⁷ Die Frage nach der Repräsentation von Ratsmitgliedern nach den Kommunalwahlen 1919 ist von Bedeutung, weil durch sie ersichtlich wird, inwiefern die Mitgliedschaft in einem Rat als Sprungbrett für ein weiteres lokalpolitisches Engagement in den Gemeinderäten diente. Wählbar und wahlberechtigt waren bei diesen Kommunalwahlen zum ersten Mal auch Frauen und alle Menschen, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten.³⁵⁸ Hier hilft nun

³⁵⁶ Mit dem Unterschied, dass der Tübinger Arbeiterrat keine Befugnisse außerhalb seines Oberamtes – also in Rottenburg – ausübte.

³⁵⁷ Vgl. Sauer, Württemberg in Weimar, S. 81.

³⁵⁸ Vgl. Verfassungsurkunde des freien Volksstaates Württemberg (20.05.1919), II. Abschnitt: Staatsgewalt, § 4, Absatz 2.

ein Blick auf die Repräsentation nach den Kommunalwahlen in den neugewählten Gemeinderäten durch Vertreter der Räte.

In Rottenburg gelangten mit Parfümeur Gustav Schnell und Kaufmann Stemmler zwei Mitglieder des Volksrates in den neugewählten Gemeinderat. Beide beglückwünschte der Vorsitzende des Volksrates, Alfred Planck, schon bei der 14. und letzten Sitzung des Volksrates wenige Tage vor der Kommunalwahl zu ihrer Wahl und wünschte ihnen für ihre zukünftige Tätigkeit viel Glück und Erfolg.³⁵⁹ Grund für diese Annahme der bevorstehenden Wahl war die Tatsache, dass in Rottenburg eine Einheitsliste antrat, mit der ein Wettstreit zwischen den Parteien vermieden werden sollte.³⁶⁰ Damit war der Volksrat mit zwei Vertretern im 18-köpfigen Gemeinderat vertreten.³⁶¹ Dieses Vorgehen in Rottenburg war einzigartig. In allen anderen untersuchten Gemeinden gab es bei den Wahlen zum Gemeinderat keine Einheitsliste.

In Mössingen stand Georg Textor auf der Liste der Sozialdemokraten, er schaffte es jedoch nicht in den 16-köpfigen Gemeinderat.³⁶²

In Bad Urach kandidierten auf der Liste der vereinigten sozialdemokratischen Parteien mit Johannes Hipp als Vorsitzender des Arbeiterrates, Karl Aichholz und mit Hauptlehrer Karl Rapp als früherem Vorsitzenden des Arbeiterrates drei Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates für den Gemeinderat.³⁶³ Alle drei erhielten ein Gemeinderatsmandat. Hipp wurde gar für die Dauer von sechs Jahren in den Gemeinderat gewählt, die anderen beiden für die Dauer von drei Jahren.³⁶⁴

In Pfullingen errangen mit Andreas Beck und Ernst Schlotterbeck zwei Mitglieder des Arbeiterrates ein Mandat und waren somit Teil der fünfköpfigen SPD-Fraktion.³⁶⁵ Aus dem Bauernverein bzw. dem Bauernrat gelangten Fritz Volk und Simon Schmälzle in den Pfullinger Gemeinderat. Der Bauernverein bildete eine gemeinsame Liste und Fraktion mit der Bürgerpartei und den Eingemeindungsgegnern.³⁶⁶

³⁵⁹ Vgl. Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 15.05.1919, Nr. 111.

³⁶⁰ Vgl. Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 20.05.1919, Nr. 115. Als Begründung wird ausgeführt: „Man mag sagen, was man will: wenn ein Kampf von Mann zu Mann, von Verwandtschaft zu Verwandtschaft, von Partei zu Partei vermieden werden sollte, in den heutigen bitterharten Tagen, so blieb nur ein Abkommen zwischen den Parteien übrig.“

³⁶¹ Vgl. ebd.

³⁶² Vgl. Stadtarchiv Mössingen 106/34, Gemeinderatsprotokoll vom 13. 06.1919, Niederschrift über die Beratungen mit den Gemeinderäten vom 17.IV.1911 bis 18.III.1919, § 2.

³⁶³ Vgl. Stadtarchiv Bad Urach, Ermstalbote, 17.05.1919, Nr. 113.

³⁶⁴ Vgl. Stadtarchiv Bad Urach, Ermstalbote, 22.05.1919, Nr. 117.

³⁶⁵ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 20.05.1919, Nr. 115. Former Andreas Beck war zudem Vorsitzender des Ortsvereines.

³⁶⁶ Vgl. ebd.

In Metzingen bestand der zweite Sonderfall mit dem Demobilisierungsausschuss, der zum Arbeiterrat umgetauft wurde und auf eine Kooperation zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Metzingen hinwies. Für die SPD und die DDP traten dort jeweils zwei Räte an. August Beck schaffte hierbei als einziger der vier für die DDP den Sprung in den Gemeinderat.³⁶⁷ Ungewöhnlich ist in Metzingen vielmehr die Wahl des Fabrikanten Karl Kromer auf der Liste der SPD in den Gemeinderat, was für eine Arbeiterpartei eher ungewöhnlich war.³⁶⁸

Zu bilanzieren ist daher, dass in allen untersuchten Orten, nur wenige Mitglieder der Räte in die Kommunalparlamente einzogen. In Mössingen schaffte dies keiner, in Rottenburg wie auch in Hechingen je zwei. Auch in Pfullingen gelangten je zwei Mitglieder des Arbeitervereins und des Bauernvereins in den Gemeinderat. Unklar bleibt, ob es die Gewählten nicht ohnehin aufgrund ihrer Bekanntheit es in den Gemeinderat geschafft hätten oder ob die Mitgliedschaft in den jeweiligen Räten bei ihrer Wahl in den Gemeinderat hilfreich war. Möglich ist auch, dass bereits amtierende Gemeinderäte aufgrund ihrer Bekanntheit und der Tatsache, dass sie dem Gemeinderat bereits angehörten, in den jeweiligen Arbeiter-, Bauern-, Bürger oder Volksrat gewählt wurden. Dies könnte insbesondere in Pfullingen der Fall gewesen sein, wo eine Versammlung des SPD-Ortsvereins die Mitglieder des Arbeiterrates bestimmte. Klären lässt sich diese Frage jedoch nicht.

4.3 Konflikte und Reaktionen auf lokaler Ebene auf die Novemberrevolution

Nach dem das letzte Kapitel sich auf die Zusammensetzung und die konkrete Arbeit der Räte konzentrierte, weitet das nun folgende Kapitel den Blick auf die lokalen Reaktionen auf die Novemberrevolution. Hierbei werden vier größere Themenfelder abgedeckt: Dies sind einmal der Konflikt innerhalb der politischen Linken zwischen Vertretern der Mehrheitssozialdemokratie und denen der Unabhängigen Sozialdemokratie. Ein zweiter Blick fällt in diesem Kapitel auf die bürgerlich-liberale Reaktion auf die Geschehnisse. Zudem wird die katholische Reaktion auf die Novemberrevolution vor allem im Bereich der Trennung von Staat und Kirche beleuchtet. Schließlich ist auch die Bildung der Sicherheitswehr und deren Wirken ein Thema dieses Kapitels. Sowohl die Reaktion des katholischen Milieus als auch die Bildung von Sicherheitswehren hatten nur bedingt etwas mit dem Rätewesen zu

³⁶⁷ Vgl. Stadtarchiv Metzingen, Metzinger Anzeiger, 28.05.1919, Nr. 83. Georg Schmid (USPD), Karl Glück (SPD) und Wilhelm Binder (DDP) schafften es nicht in den neuen Gemeinderat.

³⁶⁸ Vgl. ebd.

tun. Jedoch geben sie einen Einblick in die Reaktionen des bürgerlichen bzw. katholischen Milieus auf die revolutionären Geschehnisse in diesem Zeitraum.

4.3.1 Die Spaltung der Sozialdemokratie in Bad Urach

Eines der bestimmenden Themen des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution war die Spaltung der politischen Linken. Die Spaltung der Sozialdemokratie in Bad Urach stellte ein lokales Beispiel des innerlinken Bruchs dar. Zwar bestand bei den Gemeinderatswahlen eine Liste der Vereinigten Sozialdemokratischen Parteien. Dies konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es hier zu einem schweren Zerwürfnis innerhalb der Sozialdemokratie gekommen war.

Alles begann mit mehreren Zeitungsanzeigen des Hauptlehrers Karl Rapp. In diesen ging es um eine Neuwahl des Soldatenrates, durch die Rapp, als Vorsitzender des Arbeiterates, abgelöst werden sollte. Rapp schilderte dies so:

“Die Eröffnung der übrigen 6 Mitglieder des Arbeiterrats, daß sie auf den einseitigen Bericht des Herrn Karl Trost, der ... schmachlichsten Verrat an der Sache der Sozialdemokratie übte, mich für abgesetzt erklären, und durch einen Beschluß [sic!] einen Ersatzmann für mich ausnehmen unter Uebergangung [sic!] der Zuständigkeiten der Wähler, weise ich als Anmaßung aufs Entschiedenste zurück.“³⁶⁹

Rapp war also der Ansicht, weiterhin der rechtmäßige Vorsitzende des Bad Uracher Arbeiterrates zu sein und ordnete die Neuwahl des Arbeiterrates an, bei der alle Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins das Stimmrecht besaßen.

In einer weiteren Anzeige erklärte Rapp, dass die Erfahrung der letzten Tage ihn gelehrt hätten, dass „zwischen diesen «Sozialdemokraten» und mir nie und nimmer der geringste Grad einer Ideengemeinschaft bestand.“³⁷⁰ Rapp erklärte weiter, dass, „wer mit mir für die Regierungs- und Wirtschaftsform des demokratischen Sozialismus unter Sicherung einer Regierung von fähigen, verantwortungsbewussten, ehrlichen Männern, die vom Vertrauen des ernst zu nehmenden, ehrlichen Teils des Volkes getragen sind“³⁷¹ bewerkstelligen wolle, den Beitritt zu einem neuen *Volksverein für demokratischen Sozialismus Urach* erklären und die Beitrittserklärungen zum alten *Sozialdemokratischen Verein Urach* zurücknehmen solle.³⁷² Diese Zeitungsanzeige manifestierte somit die Spaltung des sozialdemokratischen Ortsvereins Bad Urach. Karl Rapp stand hierbei idealtypisch für einen linken

³⁶⁹ Stadtarchiv Bad Urach, Ermstalbote, 19.11.1918, Nr. 271.

³⁷⁰ Ebd.

³⁷¹ Ebd.

³⁷² Vgl. ebd.

Sozialdemokraten, der aus Enttäuschung über die Politik der SPD, diese in Richtung der USPD verließ.³⁷³

Diese Anzeigen erschienen alle am Dienstag, dem 19. November 1918, im *Ermstalboten*. Ebenfalls kam an diesem Tag eine Anzeige des Arbeiterrates unter dem Vorsitz von Johannes Hipp, die eine Reaktion auf die Aussagen Rapps darstellte: Diese Annonce erklärte, dass „Herr Hauptlehrer Karl Rapp aus dem Arbeiterrat ausgeschieden ist. Wir ersuchen die Bürgerschaft, jeder weiteren Aufforderung desselben nicht Folge zu leisten, da wir keinerlei Verantwortung übernehmen.“³⁷⁴ Zudem erklärte der Arbeiterrat, im „Einvernehmen mit dem hiesigen Soldatenrat, sowie mit den Staats- und Gemeindebehörden zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“³⁷⁵ zusammenzuarbeiten.

In auswärtigen Zeitungen wurde Rapp gar als „Diktator von Bad Urach“ bezeichnet.³⁷⁶ Wenige Tage später nahm Rapp noch einmal im *Ermstalboten* Stellung. Erneut kritisierte er, dass die übrigen Mitglieder des Arbeiterrates nicht befugt seien, sein Ausscheiden aus dem Arbeiterrat zu erklären.³⁷⁷ Rapp erklärte auch, weshalb seine Anzeigen erst später erschienen seien. So habe der jetzige Vorsitzende des Arbeiterrates Hipp dem Oberamtmann mit „Krach“³⁷⁸ gedroht, sollte Rapp etwas in der Zeitung veröffentlichen.³⁷⁹ Außerdem habe Stadtschultheiß Eberle den Gemeinderat beschließen lassen, dass der Christofs-Saal keiner Versammlung zur Verfügung gestellt werden dürfe, wenn Rapp auf dieser spreche.³⁸⁰ Es ergibt Sinn, an dieser Stelle auf die Person Karl Rapp einzugehen, weil dieser als Persönlichkeit nicht nur für die lokale Revolution in Bad Urach stand, sondern auch die Spaltung der Sozialdemokratie in Württemberg und im Reich symbolisierte. Rapp wirkte ab 1914 als Hauptlehrer in Urach.³⁸¹ Nachdem er sich mit der SPD im November 1918 überworfen hatte, wählten ihn die organisierte Uracher Arbeiterschaft am 14. November ab.³⁸² Er gründete im Dezember 1918 den Ortsverein der USPD in Bad Urach³⁸³ und kandidierte für die Partei auch bei den Wahlen zur Landesversammlung auf einem hinteren Listenplatz.³⁸⁴ Trotz des

³⁷³ Vgl. Walter Zimmermann: *Karl Rapp 1886-1960. Novemberrevolutionär 1918, internationaler Anarcho-Kommunistischer Theokrat*, „Heiland“, Hemmingen 2020, S. 26.

³⁷⁴ Stadtarchiv Bad Urach, *Ermstalbote*, 19.11.1918, Nr. 271.

³⁷⁵ Ebd.

³⁷⁶ Vgl. Stadtarchiv Bad Urach, *Ermstalbote*, 20.11.1918, Nr. 272.

³⁷⁷ Vgl. Stadtarchiv Bad Urach, *Ermstalbote*, 23.11.1918, Nr. 275.

³⁷⁸ Ebd.

³⁷⁹ Vgl. ebd.

³⁸⁰ Vgl. ebd.

³⁸¹ Vgl. Walter Zimmermann: *Karl Rapp*, S. 16. Rapp wurde auch im August 1914 als Soldat eingezogen und im Oktober 1914 an Oberarm und Schulter schwer verwundet.

³⁸² Vgl. ebd., S. 26.

³⁸³ Vgl. ebd., S. 28.

³⁸⁴ Vgl. ebd., S. 28.

Zerwürfnisses mit der Uracher SPD kandidierte er im Mai 1919 erfolgreich bei den Kommunalwahlen auf der Liste der Vereinigten Sozialdemokratischen Parteien für den Uracher Gemeinderat.³⁸⁵ Allerdings verzichtete er krankheitsbedingt einen Monat nach der Konstituierung des neuen Gemeinderates auf sein Mandat.³⁸⁶ Rapp galt während seiner Jahre als ein schwieriger Zeitgenosse. So erklärte er als Hauptlehrer der Stadt im September 1918 öffentlich gegenüber dem Dekan seinen Kirchenaustritt und das im pietistisch geprägten Bad Urach.³⁸⁷ Rapp litt auch unter physischen und psychischen Problemen und ließ sich 1920 schließlich pensionieren.³⁸⁸

Diese innersozialdemokratische Diskussion in Bad Urach steht in einem größeren Kontext, der über die Person Karl Rapp hinausreichte: die Spaltung der württembergischen und deutschen Sozialdemokratie. Schon vor dem Ersten Weltkrieg bestanden innerhalb der württembergischen Sozialdemokratie starke Gegensätze, die sich an der Frage der Mitarbeit im Parlament und der Linie der württembergischen Parteizeitung, der *Schwäbischen Tagwacht* entzündeten.³⁸⁹ Diese opponierte gegen die Entscheidung der Reichstagsfraktion, am 4. August 1914 den Kriegskrediten zuzustimmen.³⁹⁰ Als Reaktion darauf setzte der Landesvorstand der württembergischen SPD bereits im November 1914 die Redaktion der *Schwäbischen Tagwacht* ab und ernannte Wilhelm Keil zum neuen Chefredakteur der Zeitung. Daraufhin verließen aus Protest gegen diese Entscheidung, die Redakteure Crispian, Hörnle und Walcher die Redaktion.³⁹¹ Infolge dieser Streitigkeiten spaltete sich die Landtagsfraktion der württembergischen SPD im Sommer 1915 auf. Es bildete sich im Landtag eine dreiköpfige Fraktion namens *Sozialistische Vereinigung*. Diese drei Abgeordneten nahmen die Ablehnung des Etats als Anlass, eine eigenständige Fraktion zu bilden.³⁹² Auf Reichsebene bildete sich die USPD erst 1917 am Osterwochenende in Gotha.³⁹³ Die USPD trat in Württemberg am 9. November in die provisorische Volksregierung Blos ein und stellte bis zu den Januarunruhen am 10. Januar 1919 in dieser zwei Minister.³⁹⁴ Bezogen auf die

³⁸⁵ Vgl. ebd., S. 28.

³⁸⁶ Vgl. ebd., S. 29.

³⁸⁷ Vgl. ebd., S. 16.

³⁸⁸ Vgl. ebd., S. 36. Die Geschichte von Rapp umfasst auch sein Wirken in einem marxistischen Kreis, eine gescheiterte Emigration in die USA, die Rückkehr nach Deutschland, das Leiden als psychisch kranker Mensch im Nationalsozialismus einschließlich Zwangssterilisation und das Scheitern seiner Bemühungen um Rehabilitation nach dem Kriege. Das Buch des 2021 verstorbenen Hemminger Hobbyhistorikers Walter Zimmermann gibt zur Lebensgeschichte Rapps weitere lesenswerte Einblicke.

³⁸⁹ Vgl. Neuschl, USPD in Württemberg, S. 43.

³⁹⁰ Vgl. ebd., S. 51.

³⁹¹ Vgl. ebd., S. 53-54.

³⁹² Vgl. ebd., S. 84.

³⁹³ Vgl. ebd., S. 129.

³⁹⁴ Vgl. Engehausen, Revolution in Baden und Württemberg, S. 56.

Mitgliederanzahl litt die SPD in Württemberg ganz erheblich unter der Parteispaltung. Insgesamt ging die Mitgliederzahl in Württemberg zwischen dem 31. März 1914 und dem 31. März 1915 um ganze 68% von 39.914 auf 12.716 Mitglieder zurück.³⁹⁵ Kolb und Schönhoven schließen daraus, dass der Mitgliederverlust der SPD durch den Ausschluss linker Gruppierungen in Württemberg früher als in anderen Teilen des Reiches eingetreten sei.³⁹⁶ Die Mitgliederanzahl der USPD ist unklar, dürfte aber 1917/1918 in Württemberg immer noch deutlich unter der SPD gelegen haben.³⁹⁷

Auf die Personalie Karl Rapp bezogen, bedeutete dies im historischen Kontext, dass interessanterweise die Spaltung des sozialdemokratischen Vereins Bad Urach erst jetzt im November 1918 erfolgte und nicht schon früher. Anscheinend führte die Uneinigkeit in der Frage der Kriegskredite und der Unterstützung des Krieges nicht zur Spaltung der örtlichen SPD. Diese trat erst jetzt auf und kristallisierte sich anscheinend an der Person Karl Rapp heraus. Wenig bis gar keine Beachtung fanden dabei in der Bad Uracher Sozialdemokratie die Januarunruhen in Stuttgart sowie der Austritt der USPD aus der Regierung Bloß am 10. Januar 1919. Vermutlich hing dies mit den bevorstehenden Wahlen auf Landes- und Reichsebene am 12. bzw. 19. Januar 1919 zusammen, dass diese überregionalen Nachrichten auf lokaler Ebene untergingen.

4.3.2 liberale Reaktionen auf die Revolution

Auch auf liberaler Seite kam es zu politischen Reaktionen auf das revolutionäre Geschehen. Zwei Beispiele sollen die zentralen liberalen Intentionen verdeutlichen.

Als erstes Beispiel dient der Versuch der Liberalen, die Stimmen von Frauen im Vorfeld der Wahlen zur Landesversammlung und zur Nationalversammlung im Januar 1919 für sich zu gewinnen. Eine Errungenschaft der Novemberrevolution war die Einführung des Frauenstimmrechts. Wie die anderen Parteien nutzte die DDP so titulierte Frauenveranstaltungen, um Frauen als neue Wählerinnengruppe zu erschließen. Die Frauenveranstaltung in Pfullingen am 22. Dezember 1918 ist diejenige, die am deutlichsten das Bemühen der Partei, um Wählerinnen zu werben, beschrieb. Die Hauptrede hielt der protestantische Stuttgarter Stadtpfarrer Lamparter. Die Motive seiner Rede: die Trauer über die Gefallenen, die Verdammung des Militarismus, das Bekenntnis zur neuen Ordnung und rasche Wahlen zur

³⁹⁵ Vgl. Kolb/Schönhoven, regionale Räteorganisation in Württemberg, S. XLIV. Die Mitgliederzahl halbierte sich von 1915 bis 1917 erneut auf ca. 6.600 Mitglieder.

Nur in den Agitationsbezirken Hessen—Kassel, Kattowitz und Posen war der Mitgliederrückgang noch höher; in Westpreußen war er ähnlich hoch.

³⁹⁶ Vgl. ebd., S. XLV.

³⁹⁷ Vgl. ebd., S. XLV.

Nationalversammlung.³⁹⁸ Für das Bürgertum gelte es in diesen Zeiten, dass es seinen Platz im Staate zurückerlangen müsse.³⁹⁹

Den Frauen komme hierbei nun eine wichtige Rolle zu. Sie seien auch durch „die Verleihung des Wahlrechts“⁴⁰⁰ dazu berufen, eine Regierung zu schaffen, zu der das Volk und das Ausland Vertrauen habe und die eine Gewähr für geordnete und gesicherte Zustände gebe.⁴⁰¹ Das Wahlrecht hätten sich zwar viele Frauen nicht gewünscht. Zudem sei es so, dass es manche Frauen Überwindung kostete, den Gang zur Wahlurne anzutreten.⁴⁰² Jedoch schließe das Wahlrecht nun auch mit ein, dass jede Frau das Ihrige dazu beitrage, dass „in dieser schweren kritischen Zeit bewährten Männern und Frauen Deutschlands äußere und innere Geschicke anvertraut werden. Pflicht der Frauen ist es aber, ein eigenes Urteil über die politischen, wirtschaftlichen und religiösen Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes zu bilden.“⁴⁰³ Lamparter verbindet diese Punkte mit einem Hinweis auf die Programmatik der DDP.

Insgesamt sticht hier der Hinweis auf die patriotischen Pflichten der Frauen hervor, die sich zur Retterin der Nation aufschwingen sollten, was für die damaligen Frauenversammlungen ein typisches Motiv war.⁴⁰⁴ Frauen galten als neues Wählerreservoir, welches gewonnen werden sollte. Ein Grund für die hohe Wichtigkeit neben der Tatsache, dass die Frauen als Wählergruppe neu waren, war die Tatsache, dass Frauen sich nach den Verlusten der männlichen Bevölkerung in der Überzahl befanden und daher logischerweise eine wichtige Wählergruppe bildeten.⁴⁰⁵

Im Vordergrund stand auf dieser Veranstaltung die allgemeinwirtschaftliche Lage mit dem Fokus auf der Trennung von Staat und Kirche. An die Frauen richtete sich der Appell zur religiösen Erziehung der Kinder.⁴⁰⁶ Das dürfte durch die Tatsache, dass neben dem Stuttgarter Pfarrer auch der Pfullinger Pfarrer sprach, bedingt gewesen sein. Interessant ist hier die Kombination aus zwei evangelischen Pfarrern, die sich im Wahlkampf für eine sozialliberale Partei wie die DDP engagierten. Dies ist insofern interessant, als mit der Revolution vierhundert Jahre landesherrschaftliche Kirchenherrschaft endeten⁴⁰⁷ und die evangelische

³⁹⁸ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 24.12.1918, Nr. 300.

³⁹⁹ Vgl. ebd.

⁴⁰⁰ Ebd.

⁴⁰¹ Vgl. ebd.

⁴⁰² Vgl. ebd.

⁴⁰³ Ebd.

⁴⁰⁴ Vgl. Andreas Bauer: Die ersten Wahlen in Reutlingen, in: Reutlinger Geschichtsblätter N.F., Jg. 57 (2018), S. 127.

⁴⁰⁵ Vgl. ebd., S. 126.

⁴⁰⁶ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 24.12.1918, Nr. 300.

⁴⁰⁷ Vgl. Mall, Unglück vor der Tür, S. 201.

Kirche zu jenen Kräften gehörte, die mit Republik und Demokratie in den 1920er-Jahren fremdelten.⁴⁰⁸ Laut einer Untersuchung Jonathan Malls über die Reaktion der evangelischen Kirche in Reutlingen sah die evangelische Kirche die Revolution in Reutlingen nicht nur als Bedrohung.⁴⁰⁹ Das überrascht, wenn man bedenkt, wie dominant neben dem Pietismus in Württemberg auch der Nationalprotestantismus war. Das Kriegsende wurde in diesem Milieu auch als „undeutscher Gedanke und ungewolltes Verhängnis beschrieben und erscheint als Verdränger eben jenes Gedankens eines protestantisch fundierten preußisch-deutschen Staates, von dem keinerlei Segen“⁴¹⁰ ausgehe.

Mit Blick auf die Strategie der DDP bei Frauen zu punkten, folgte diese Veranstaltung durchaus einem Muster. Kurz vor der Wahl versuchte die DDP mithilfe einer Anzeige, Frauen für sich zu gewinnen. Darin ging es um die Sicherheit von Haus und Hof, die Kindererziehung, den Status der Kirche, den Schutz des Handwerkes, den Frieden und die Entlohnung nach Leistung.⁴¹¹ Dieser Hinweis von Andreas Bauer zeigt deutlich auf, dass die DDP nur in Pfullingen, sondern auch in Reutlingen versuchte, allgemeinpolitische Themen so aufzubereiten, dass sie auch für Frauen interessant wurden. Es entsteht der Eindruck, dass das Ganze doch ein wenig unbeholfen aufgezogen wurde, weil sich die Wahlwerbung der DDP doch stark auf allgemeinpolitische Fragen bezog. Immerhin wurden zwei der sechs Punkte aus der Wahlwerbung Anfang Januar auf der Frauenveranstaltung am 4. Advent thematisiert, nämlich die religiösen Erziehung und der Status der Kirche im neuen Staat.

Ein zweites Beispiel liberaler Reaktionen war eine Kontroverse, die eine Einsendung des Uracher Arbeiterrates im *Ermstalbote* am 10. März 1919 auslöste. Übertitelt war die Einsendung mit den Worten: „Sind die Arbeiterräte noch in Tätigkeit?“⁴¹² Konkret sahen die Verfasser der Einsendung die Räte primär als Kontrollinstanz. Ihre Pflicht sei es, die Behörden insofern im Auge zu behalten, damit sich diese dem Zug der Zeit anpassen und nicht gegen die Räte zu arbeiten.⁴¹³ Der Rätegedanke solle zudem „noch mehr ausgebaut werden, damit der soziale Gedanke in allen Körperschaften hineingetragen“⁴¹⁴ werde. Zukünftig solle der Arbeiterrat bei allen Sitzungen auf Gemeinde- und Staatsebene mit beratender Stimme

⁴⁰⁸ Vgl. Günther Wollstein. Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Erschütterung, Besinnung, Deformation, in: Die Kirchen und die Weimarer Republik, Neunkirchen-Vluyn 1994, S. 7, Zitiert nach: Jonathan Mall: Das Unglück vor der Tür, in: Reutlinger Geschichtsblätter N.F., Jg. 57 (2018), S. 202.

⁴⁰⁹ Vgl. Mall, Unglück vor der Tür, S. 232.

⁴¹⁰ Ebd., S. 221.

⁴¹¹ Vgl. Andreas Bauer, erste Wahlen in Reutlingen, S. 128.

⁴¹² Stadtarchiv Bad Urach, *Ermstalbote*, 10.03.1919, Nr. 57.

⁴¹³ Vgl. ebd.

⁴¹⁴ Ebd.

tätig sein.⁴¹⁵ Hier wird der Anspruch des Arbeiterrates, deutlich als Korrektiv gegenüber den Kommunalparlamenten aufzutreten.

Diese Einsendung führte neun Tage später zu einer Reaktion der DDP Bad Urach. In dieser wurde die Entwicklung des Sozialismus seit der Novemberrevolution als ein trauriges Kapitel bezeichnet.⁴¹⁶ Die Revolution bekam in dieser Einsendung auch die Wertung eines Ereignisses, das „einen immerhin noch erträglichen Frieden unmöglich machte“⁴¹⁷ bzw. „ungänzlich wehrlos machte und dem grausamen Feinde auf Gnade und Ungnade auslieferte.“⁴¹⁸ Interessant ist hierbei, dass sich die Uracher DDP so indirekt der gerne in konservativen Kreisen gepflegten Dolchstoßlegende anschloss. Konkrete Kritik erfuhr das Ansinnen des Arbeiterrates, sich ein beratendes Stimmrecht zuzugestehen. Dieses sei laut der DDP nicht notwendig.⁴¹⁹ Später wird ausgeführt, dass der Erlass vom 1. März dem Arbeiterrat nur ein Kontrollrecht einräume sowie das Recht, Anregungen an Behörden und gewählte Vertreter zu geben.⁴²⁰ Ziemlich drastisch drückte dieses Einschreiben die Kritik an der Einsendung des Arbeiterrates aus, indem es auf die gesetzlich vorhandene Legitimation der gewählten Parlamente verwies: „Der Wille des Volkes hat gesprochen und die Landesversammlung gewählt, wir haben den erstrebten gesetzmäßigen Zustand und da geht der Arbeiterrat her und verlangt für sich tief einschneidende Vorrechte!!! Wie reimt sich das zusammen???“⁴²¹ Die Häufung an Ausrufe- und Fragezeichen verdeutlicht den Ärger der Uracher DDP über die Einsendung des Arbeiterrates. Diese Diskussion stützt ein wenig die frühere Forschungsmeinung, die lediglich eine Alternative zwischen der parlamentarischen Demokratie und dem Räteystem nachzeichnete.⁴²² Deutlich wird dies auch durch den zeitlichen Kontext, in den diese Diskussion eingebettet ist. So beschloss der Landtag im Juni 1919 gegen den Widerstand von SPD und USPD die Auflösung der Arbeiter- und Bauernräte, was er jedoch vier Wochen später revidierte.⁴²³ Dennoch wurde deutlich, dass die bürgerlichen Parteien und das Zentrum sich gegen die weitere Existenz der Räte aussprachen. Die Diskussion in Urach steht damit sinnbildlich für die gleichzeitige Entwicklung auf Landesebene hinsichtlich der Zukunft des Rätewesens in Württemberg im Frühjahr 1919. Insgesamt bemühte sich das

⁴¹⁵ Vgl. ebd.

⁴¹⁶ Vgl. Stadtarchiv Bad Urach, Ermstalbote, 19. 03.1919, Nr. 65.

⁴¹⁷ Ebd.

⁴¹⁸ Ebd.

⁴¹⁹ Vgl. ebd.

⁴²⁰ Vgl. ebd.

⁴²¹ Ebd.

⁴²² Vgl. Stalman, Wiederentdeckung der Revolution, S. 523. Prominent vertreten wurde diese These durch Karl Dietrich Erdmann.

⁴²³ Vgl. Sauer, Württemberg in Weimar, S. 87. Etwaige Forderungen kamen schon im Januar 1919 aus dem bürgerlichen Lager.

liberale Milieu also in den untersuchten Orten einerseits um die Mobilisierung der eigenen Wählerschaft. Andererseits war man bereit, die parlamentarische Demokratie ab dem Frühjahr 1919 gegen die Räte politisch zu verteidigen.

4.3.3 Die katholische Reaktion auf die Revolution

Das katholische Milieu beschäftigte sich im hohen Maße mit dem Thema Staat und Kirche und hierbei besonders mit der Präsenz der Kirche im Schulwesen. Dieses Thema war nur indirekt eines der Räte. Der Saulgauer Arbeiter- und Bauernrat fragte am 12. Dezember 1918 den Landesausschuss des Arbeiterrates in Stuttgart an, wie die Grundsätze in dieser Frage seien und wie man sich bei der Auseinandersetzung in dieser Frage verhalten solle.⁴²⁴ Dem entgegnete der Landesausschuss des Arbeiterrates von Groß-Stuttgart am 21. Dezember, dass er die Trennung von Kirche und Staat befürworte,⁴²⁵ jedoch der Arbeiterrat als solcher nicht Teil des Wahlkampfes sei. Daher empfehle er, sich in dieser Sache an die sozialdemokratische Partei zu wenden.⁴²⁶ Auch wenn die Räte dieses Thema nur indirekt betraf, bietet die Thematik der Trennung von Staat und Kirche Einblicke in das Agieren des katholischen Milieus. Insbesondere in katholischen Städten wie Hechingen oder Rottenburg war die Frage, wie das katholische Milieu sich gegenüber der Revolution positionierte, für die Zukunft der Revolution entscheidend.

In Hechingen kam das Thema Ende Dezember 1918/Anfang 1919 im Vorfeld der Wahlen zur Nationalversammlung auf. Beispielhaft ist hier ein Leitartikel des *Zollers* vom 2. Januar als Replik auf die liberalen *Hohenzollerischen Blätter*. Den dort aufgegriffenen Vorschlag, dass die Bevölkerung sich ihre Geistlichen selbst wählen solle, wies der Leitartikel vehement zurück. Der kirchentreue Katholik vertraue auf seinen Bischof, der viel eher wisse, welcher Priester für das Seelenheil geeignet sei.⁴²⁷

Kritik erfuhr im *Zoller* die Trennung von Staat und Kirche im schulischen Bereich. Nun drohe der Entfall von Schulgebeten, ein Ende religiöser Veranstaltungen und von Abendmahlsfeiern.⁴²⁸ In den Händen der Eltern liege es nun, gegen die Abschaffung des Religionsunterrichtes zu protestieren, indem sie nur einem Kandidaten die Stimme gäben, der sich dafür einsetze, dass die Religion in der Schule erhalten bleibe; wenig überraschend

⁴²⁴ HStA Stuttgart, E 135 a Bü 240, 1. Bild. Wahl, Zusammensetzung und Auflösung der Arbeiter- und Bauernräte im Oberamt Rottenburg.

⁴²⁵ HStA Stuttgart, E 135 a Bü 240, 3. Bild. Wahl, Zusammensetzung und Auflösung der Arbeiter- und Bauernräte im Oberamt Rottenburg.

⁴²⁶ HStA Stuttgart, E 135 a Bü 240, 5. Bild. Wahl, Zusammensetzung und Auflösung der Arbeiter- und Bauernräte im Oberamt Rottenburg.

⁴²⁷ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, Zoller, 02.01.1919, Nr. 1.

⁴²⁸ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, Zoller, 13.01.1919, Nr. 9.

empfahl der Artikel die Wahl des Zentrums kandidaten Egers.⁴²⁹ Den Liberalen warf er vor, sich in ihrem Programm um eine unzweideutige Formulierung zum Thema Kirche und Staat herumzudrücken. Ihre Idee, den Kirchen einen Ausgleich für die Ausscheidung ihres Kirchengutes zu gewähren, habe wie auch bei der Sozialdemokratie die Trennung zwischen Staat und Kirche zur Voraussetzung.⁴³⁰ Die Sozialdemokratie bezichtigte der *Zoller* am Vorabend der Wahl zur Nationalversammlung, dass sie die „christliche Ehe und Familie“⁴³¹ zerstören wolle und dass der „gekreuzigte Heiland“⁴³² aus der Schule vertrieben werden solle.

Interessant ist auch die Argumentationsweise des *Zollers*. Nach dieser würden andere und nicht sie als einer von vielen Vertretern des katholischen Milieus das „Kulturkampfroß“⁴³³ reiten. Das Volk habe ein heißes Verlangen nach „Ruhe, Friede [sic!] und Ordnung“.⁴³⁴ Stattdessen „beunruhigt und foltet die Sozialdemokratie die Gemüter mit der Entrechtung und finanzieller Beraubung der Kirche und [der] Beseitigung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan der Schule!“⁴³⁵ Weiterhin heißt es in dem Artikel, dass die Sozialdemokratie mit ihren teilweise auch umgesetzten kultur- und religionspolitischen Vorstellungen dafür gesorgt hätte, dass hier ein neuer Kulturkampf entstehe.⁴³⁶ Auf die Idee, selbstkritisch den eigenen Anteil an der Tatsache, weshalb diese Debatte so kontrovers geführt wurde, zu benennen, kam der *Zoller* als Zeitung des katholischen Milieus in Hechingen nicht. Höchstwahrscheinlich galt das auch für andere Zeitungen des katholischen Milieus.

Diese Reaktionen des katholischen Milieus basierten sehr stark auf der Sorge, erneut in einen Kulturkampf hineingezogen zu werden und dabei auch an Privilegien zu verlieren. Dazu gehörte vor allem die Ausübung des Religionsunterrichtes durch Priester in den Schulen. Seinen Ausgangspunkt hatte diese Furcht im katholischen Milieu bereits durch zwei Verordnungen des preußischen Kultusministeriums vom 27. und 29. November 1919 genommen. Diese sahen vor, dass die Reste der geistlichen Aufsicht in den Volksschulen entfallen sollten.⁴³⁷ Verbunden waren diese Erlässe mit dem neuen Kultusminister Adolf Hoffmann von der USPD, der dieses Ministerium zusammen mit dem Mehrheitssozialdemokraten Konrad Haenisch führte.⁴³⁸ Daraufhin erwuchs im katholischen Milieu ein starker

⁴²⁹ Vgl. ebd.

⁴³⁰ Vgl. Stadtarchiv Hechingen, *Zoller*, 16.01.1919, Nr. 12.

⁴³¹ Stadtarchiv Hechingen, *Zoller*, 18.01.1919, Nr. 14.

⁴³² Ebd.

⁴³³ Stadtarchiv Hechingen, *Zoller*, 15.01.1919, Nr. 11.

⁴³⁴ Ebd.

⁴³⁵ Ebd.

⁴³⁶ Vgl. ebd.

⁴³⁷ Vgl. Rudolf Morsey: *Die deutsche Zentrumspartei 1917-1923*, Bonn 1966 (= Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 32), S. 111.

⁴³⁸ Vgl. ebd., S. 111.

Widerstand gegen diese Pläne.⁴³⁹ Die Proteste zeigten insofern Wirkung, als Haenisch Hoffmann ausbremste und dessen Erlässe schließlich zurücknahm oder für ungültig erklärte.⁴⁴⁰ Hoffmann trat zudem um die Jahreswende 1918/1919 von seinem Posten zurück.

Dennoch bestand dieser Konflikt laut Rudolf Morsey weiter. Erst die Einberufung der beiden Verfassungsgebenden Versammlungen in Preußen und zur Nationalversammlung habe dazu geführt, dass sich dieser Konflikt in die Parlamente verlagerte.⁴⁴¹ Jedoch habe der Eindruck fortbestanden, dass Haenisch die Politik, die Hoffmann betrieben hatte, nun in Alleinverantwortung ab Januar 1919 mit etwas mehr „Pffiffigkeit“⁴⁴² weiterbetrieben habe.

In Hechingen war das Verhältnis von Staat und Kirche im katholischen Milieu jedenfalls von großer Bedeutung. Eine weitere Erkenntnis verdeutlicht die Polemik des *Zollers*: SPD und Zentrum brachten in Hohenzollern nicht gerade viel Verständnis füreinander auf. Stattdessen blieben die weltanschaulichen und kulturpolitischen Gegensätze groß und wurden stark betont.⁴⁴³ Generell stimmt die Beobachtung Ewald Fries, dass auf der lokalen Ebene nicht unbedingt von einer Weimarer Koalition die Rede sein konnte, weil das Zentrum einerseits die anderen Parteien in katholischen Gegenden majorisierte und andererseits in evangelischen Gegenden kaum Stimmen gewinnen konnte.⁴⁴⁴ Deutlich wird das an diesem Beispiel in Bezug auf die Geschehnisse in Hechingen. Aber auch im Oberamt Rottenburg war es so, dass die Zentrumspartei in Rottenburg bei den Wahlen zur württembergischen Landesversammlung 70% der Stimmen erhielt, im protestantischen Mössingen jedoch weniger als 1% der Stimmen.⁴⁴⁵

Insgesamt lässt sich bilanzieren, dass aufgrund der Erfahrungen des Kulturkampfes im katholischen Milieu die Sorge bestand, an Privilegien und Einfluss in der Republik zu verlieren. Nach den Wahlen in Preußen und im Reich verlagerte sich der Konflikt in die verfassungsgebenden Versammlungen. Das Agitieren des *Zollers* ist nicht gänzlich von der Wahl zur Nationalversammlung zu trennen. Wenn mit dem 30. Dezember beginnend bis zum 18. Januar der *Zoller* das Ende der christlichen Schule regelmäßig auf seiner ersten Seite behandelte, ist es offensichtlich, dass dieses Thema in Hohenzollern Stimmen für die

⁴³⁹ Vgl. ebd., S. 113. Beispiele dieses Widerstandes sind Proteste gegen diese Neuregelung, aber auch zwei Schreiben der preußischen Bischöfe an die Regierung.

⁴⁴⁰ Vgl. ebd., S. 116.

⁴⁴¹ Vgl. ebd., S. 116.

⁴⁴² Ebd., S. 116.

⁴⁴³ Vgl. Kallenberg, Die Sonderentwicklung Hohenzollerns, S. 200.

⁴⁴⁴ Vgl. Frie, Institution, Arena, Verdichtungsraum, Baustelle, S. 18.

⁴⁴⁵ Vgl. Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 13.01.1919, Nr. 9. Die absoluten Stimmen des Zentrums in Rottenburg: 2727 von 3898 Stimmen; in Mössingen 6 von 1437 Stimmen und im Mössinger Teilort Belsen 1 von 523 Stimmen.

Zentrumspartei mobilisieren sollte. Reichsweit war das Zentrum mit dieser Strategie erfolgreich und steigerte sein Wahlergebnis um 3,3 Prozentpunkte auf 19,7% der Wählerstimmen.⁴⁴⁶ In Hohenzollern kam das Zentrum bei der Wahl zur Nationalversammlung auf 68,8 % der Stimmen, während die SPD und DDP nur 17,1 % bzw. 12,0% der Stimmen erhielten.⁴⁴⁷ In der Stadt Hechingen selbst, das für Hohenzollern vergleichsweise industrialisiert war, kam das Zentrum lediglich auf 47,3% der Stimmen.⁴⁴⁸ Zu begründen ist dies mit der fortgeschrittenen Industrialisierung, die sich auf ein starkes jüdisches Bürgertum und ein Wirtschaftsbürgertum stützte.⁴⁴⁹ Unklar bleibt, inwiefern das Agieren des *Zollers* das Wahlergebnis des Zentrums positiv oder negativ beeinflusste.

Eines wird vor allem bei einem chronologischen Blick deutlich: Die Kampagne gegen die Sozialdemokraten und die Liberalen erfolgte nach dem Rücktritt Hoffmanns als Kultminister und der Rücknahme seiner Dekrete vom 27. und 29. November. Man kann beim Agieren des *Zollers* also von zwei Motiven ausgehen: Einerseits bestand die Sorge, Privilegien zu verlieren. Diese Furcht kam andererseits zusammen mit dem Versuch, dieses Thema für die Wählermobilisierung bei den Wahlen zur Nationalversammlung auszunutzen. Selbstverständlich kombiniert mit einer Betriebsblindheit, selbst auch für den Kulturkampf verantwortlich zu sein, dessen Wiederaufleben der *Zoller* Sozialdemokraten und Liberalen in die Schuhe schob.

Ein rein preußisches Thema war die Trennung von Schule und Kirche jedoch nicht. Auch in Württemberg war es das Ziel von Kultminister Heymann, den Religionsunterricht in der Schule abzuschaffen.⁴⁵⁰ Die Diskussion wurde jedoch dort etwas dezenter geführt. Diese Kontroverse war ein Beispiel, wie ungewiss manches in dieser Übergangsphase zwischen Monarchie und Republik blieb und wie diese Ungewissheit auch alte Ängste aus den 1870er Jahren wieder befeuerte.

4.3.4 Sicherheitswehren

Die Revolution von 1918/1919 führte nicht überall zu Begeisterung und Zustimmung. Vor allem unter Konservativen, Liberalen und im katholischen Milieu waren die Sorgen vor

⁴⁴⁶ Vgl. Winkler, *der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 393.

⁴⁴⁷ Vgl. Michael Walther: Politische Milieus und Wahlergebnisse in der Weimarer Republik, in: *Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte*, Jg. 47/48 (2012/2013), S. 187.

⁴⁴⁸ Vgl. Ebd., S. 192. Bei einem Vergleich mit den Wahlergebnissen im gesamten Oberamt Hechingen war das Zentrum doch mit 55,1% deutlich stärker im gesamten Oberamt, während die DDP mit 13,2% der Stimmen im Oberamt bei den Reichstagswahlen schwächer abschnitt als in der Stadt Hechingen mit 20,6 %.

⁴⁴⁹ Vgl. ebd., S. 161.

⁴⁵⁰ Vgl. August Hagen: *Geschichte der Diözese Rottenburg*, Bd. 3, Stuttgart 1960, S. 260.

Chaos und bürgerkriegsähnlichen Zuständen groß. Daher sorgten die Ereignisse der Novemberrevolution auch für Reaktionen in diesen politischen Milieus.

Ein wichtiges Beispiel der Reaktion der nichtsozialistischen Milieus auf die Revolution war die Bildung von Sicherheits- oder Einwohnerwehren. Ziel dieser Einwohnerwehren war es, die Polizei bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu unterstützen. Leitend für die Bemühungen der Sicherheitswehr war der Glaube, dass die Versorgung und Sicherheit der Bewohner in der Stadt und auf dem Land nicht gewährleistet zu sein schienen.⁴⁵¹ Ursprünglich bildeten sich die ersten dieser Bürgerwehren bereits während des Ersten Weltkrieges. Diese bestanden aus Untauglichen oder nicht Militärdienstpflichtigen und sollten sowohl das Militär personell entlasten als auch lokal für Ruhe und Ordnung sorgen.⁴⁵² Die Sicherheitswehren sind deshalb hier von Bedeutung, weil sie eine potenziell gewalttätige Reaktion des nichtsozialistischen Teils der Bevölkerung darstellten und von den die Revolution tragenden Akteuren als Bedrohung gesehen wurden.

Bei der Volksversammlung im November 1918, die in Rottenburg den Volksrat bestimmte, gab Oberamtsmann Scholl noch bekannt, dass für Bürgerwehren keine Waffen mehr ausgegeben werden würden. Die Einquartierung der nächsten Wochen biete laut einer Mitteilung aus Stuttgart Schutz genug.⁴⁵³

Die Rottenburger Einwohnerwehr formierte sich sodann im Frühjahr 1919. Ein Artikel in der *Rottenburger Zeitung* begrüßte deren Bildung und begründete diese mit den Geschehnissen in Russland, auf deren „abschüssige russische Bahn“⁴⁵⁴ man nicht geraten wolle. Ziel sei es zudem, zu erhalten, was jeder „durch seiner Hände Fleiß“⁴⁵⁵ erspare. Leitend seien dabei „Recht, Gesetz und Ordnung und nicht das wilde Regiment grausamer Gewalthaber mit ihren unerhörten Eingriffen in alles Privatleben.“⁴⁵⁶

Einen Tag später hieß es in der Rottenburger Zeitung gar, dass die Sicherheitswehren auch gegen „lichtscheue Elemente“⁴⁵⁷ agieren dürften. Als Begründung für ein solches quasi-behördliches Verhalten diene der Hinweis, dass das Heer inzwischen aufgelöst und die Polizei noch zu schwach sei. Insbesondere die Situation in den hansischen Städten wäre

⁴⁵¹ Vgl. Hans-Jörg Zimmermann: Die Einwohnerwehren. Selbstschutzorganisationen oder konterrevolutionären Kampforgane?, in: *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte*, Bd. 128 (2003), S. 190.

⁴⁵² Vgl. Elias Angele: „Schützt die Revolution!“. *Die Stadtwehr Bremen 1919-1921: Geschichte und Quellen*, Stuttgart 2021 (= Weimarer Schriften zur Republik, 14), S. 29-30.

⁴⁵³ Vgl. Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 22.11.1918, Nr. 268.

⁴⁵⁴ Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 24.04.1919, Nr. 94.

⁴⁵⁵ Ebd.

⁴⁵⁶ Ebd.

⁴⁵⁷ Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 25.04.1919, Nr. 95.

anders verlaufen, wenn dort Sicherheitswehren bestanden hätten.⁴⁵⁸ Wenige Tage später gründete sich im benachbarten Ergenzingen eine Einwohnerwehr. Dieser gehörten circa 100 Personen an.⁴⁵⁹ Richtig aktiv war die Rottenburger Wehr aber nicht. So gab diese ihre Waffen Anfang Mai wieder im Rathaus ab.⁴⁶⁰ Die Sicherheitswehren waren von der Idee getrieben, gegen Linke und Spartakisten vorzugehen,⁴⁶¹ was mit Sicherheit als Reaktion auf die zweite Phase der Revolution zu werten ist, die deutlich gewalttätiger als die erste war.⁴⁶² Vermutlich stellte sich die spartakistische Gefahr im Mai 1919 jedoch als zu vernachlässigend heraus.

In Pfullingen findet sich ein erster Hinweis auf eine Sicherheitswehr am 8. Mai 1919. Die gewünschte Größe der Wehr orientierte sich an den Zahlen in Reutlingen. Dort hatten sich 1000 Menschen bei der Einwohnerwehr gemeldet, weshalb man sich im kleineren Pfullingen eine Einwohnerwehr in der Größenordnung von 300 Personen wünschte.⁴⁶³ Die Ereignisse um die kurzlebige und von Reichswehr und Freikorps niedergeschlagene Münchner Räterepublik dienten dabei als Hauptbeweggrund für die Gründung der Pfullinger Sicherheitswehr.⁴⁶⁴

Gebildet werden sollten zwei Aufgebote. Das eine sollte gediente Soldaten umfassen, die im Notfall auch in anderen Städten Württembergs eingesetzt werden sollten. Das zweite Aufgebot war hingegen für Wach- und Sicherheitsdienste bestimmt.⁴⁶⁵ Beworben wurde die Wehr nicht als Gegenmittel zur Revolution. Stattdessen wünschte der Aufruf explizit auch den Beitritt möglichst vieler Anhänger der Sozialdemokratie zur Pfullinger Sicherheitswehr.⁴⁶⁶

Ein paar Tage später war die Rede von lediglich 60 Anmeldungen, die bis jetzt eingegangen seien. Daher rief ein weiterer Aufruf speziell Bauern und Arbeiter zum Beitritt in die Sicherheitswehr auf. Nahegebracht wurde den Landwirten der Beitritt mit dem Argument, dass in den meisten Kriegen raubende Rotten durch das Land gezogen seien und Bauern und Bürger sich mit der Waffe in der Hand gegen Plünderer wehren müssten.⁴⁶⁷ Den Arbeitern gegenüber stellte der Aufruf klar, dass sie auf Dauer nur in einem geordneten Verdienst und Brot fänden.⁴⁶⁸

⁴⁵⁸ Vgl. ebd.

⁴⁵⁹ Vgl. Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 30.04.1919, Nr. 99.

⁴⁶⁰ Vgl. Ehrmann, Räterepublik findet nicht statt, S. 182.

⁴⁶¹ Vgl. ebd., S. 181.

⁴⁶² Vgl. Ulrich, Revolution 1918/19, S. 10.

⁴⁶³ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote 08.05.1919, Nr. 105.

⁴⁶⁴ Vgl. ebd.

⁴⁶⁵ Vgl. ebd.

⁴⁶⁶ Vgl. ebd.

⁴⁶⁷ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 13.05.1919, Nr. 109.

⁴⁶⁸ Vgl. ebd.

Bis Mitte Juni stieg die Zahl der Gemeldeten für die Sicherheitswehr auf 130, was immer noch 100-200 Personen unter der gewollten Stärke lag.⁴⁶⁹ Weiterhin fehlte es auch am Zuzug von Mitgliedern der Wehren aus sozialdemokratischen Kreisen.⁴⁷⁰

Am 20. Juni fand in der Pfullinger Turnhalle die Gründungsveranstaltung der Pfullinger Einwohnerwehr statt, die zur Gründung von zwei Reserve-Sicherheitstruppen führte. Als gewichtiger Grund für die Bildung einer Bürgerwehr kam auch ein etwaiger Angriff der Entente-Mächte bei einer eventuellen Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages zur Sprache.⁴⁷¹ Interessant ist die Aussage des Reutlinger Bezirksunterführer, Kaufmann Krimmel, der meinte, dass besondere Übungen nicht stattfänden, jedoch Schießübungen mit dem Gewehr erwünscht seien. Vielmehr sei es so, dass je stärker die Einwohnerwehr sei, desto größer sei die Hoffnung, dass diese nicht in Tätigkeit zu treten brauche.⁴⁷² Diese Aussage lässt den Schluss zu, dass die Bürgerwehr eher zur Abschreckung und als Vorsorge für einen Notfall, denn als aktive Unterstützung der Polizei, dienen sollte.

In Metzingen kam es im Gemeinderat zu einer Diskussion über die Sicherheitswehr. Ausschlaggebend war dabei, dass zwei Tage zuvor abends nach Eintritt der Dunkelheit Gewehre und Munition ins Rathaus geschafft worden seien.⁴⁷³ Zum Politikum geriet dieser Vorgang, da der Eindruck erweckt wurde, „dass die Vorkehrungen wegen der am genannten Sonntag im Gasthof zum Hirsch von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei veranstalteten öffentlichen Versammlung getroffen worden seien.“⁴⁷⁴ Der Vorsitzende des Gemeinderates antwortete darauf, dass der Leiter der Metzinger Einwohnerwehr ihn angefragt habe, ob die Gewehre im Rathaus aufbewahrt werden könnten, bis sie an die Mitglieder verteilt würden.⁴⁷⁵ Das Zusammentreffen mit dem Erinnerungstag der Revolution und der Versammlung der USPD sei ein Zufall gewesen. Auch sei ihm nicht bekannt, ob die Einwohnerwehr für den 9. November eingeteilt worden sei.⁴⁷⁶ Diese Episode verdeutlicht, dass die Bürgerwehren sich zwar unpolitisch und neutral gaben, es aber in der Realität nicht waren.⁴⁷⁷ Ziel der Bürgerwehr war es, gegen Chaos, Gewalt und Spartakisten vorzugehen. Es ist nicht verwunderlich, wenn Vertreter der USPD, die als die „eigentliche Partei der

⁴⁶⁹ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 20.06.1919, Nr. 140.

⁴⁷⁰ Vgl. ebd.

⁴⁷¹ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 21.06.1919, Nr. 141.

⁴⁷² Vgl. ebd.

⁴⁷³ Vgl. Stadtarchiv Metzingen, MB 43, Gemeinderatssitzung vom 10.11.1919, Gemeinderats-Protokoll vom 1. Januar bis 31. Dezember 1919, § 291.

⁴⁷⁴ Ebd.

⁴⁷⁵ Vgl. ebd.

⁴⁷⁶ Vgl. ebd.

⁴⁷⁷ Vgl. Angele, Stadtwehr Bremen, S. 111.

Revolution“⁴⁷⁸ galt, sich von der Bürgerwehr nicht angesprochen fühlten und vielmehr Angst vor deren Agieren hatten. Vor allem, nachdem bekannt wurde, dass die Metzinger Bürgerwehr zu solch einem geschichtsträchtigen Datum, wie dem ersten Jahrestag der Novemberrevolution, Gewehre im Rathaus lagerte.

Die hier aufgeführten Beispiele verdeutlichen die Rolle der Sicherheitswehren im Frühjahr 1919. Aus den Beispielen lassen sich einige allgemeine Schlussfolgerungen dazu ziehen. Einerseits dominierte auch hier das Motiv auf lokaler Ebene für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Der Hinweis auf die Schwäche der Polizei in dieser politischen Umbruchssituation erschien als weitere Rechtfertigung für die Bildung der Sicherheitswehren, so wie es in Pfullingen geschah.

Andererseits wird ein weiterer Punkt bei der Mobilisierung deutlich. Diese war zu mindestens in Pfullingen nicht in dem Maße erfolgreich, wie es sich die Initiatoren zur Gründung der Sicherheitswehr erwünscht hatten. Vor allem in der Arbeiterschaft herrschte eine gewisse Skepsis gegenüber den Sicherheitswehren, der die Initiatoren auch versuchten entgegenzuwirken. Pfullingen stellte hierbei kein Einzelbeispiel dar, sondern folgte dem landes- und reichsweiten Muster, welches ebenfalls eine geringe Partizipation der Arbeiterschaft sah und eine Dominanz des Bürgertums in den Einwohnerwehren feststellte.⁴⁷⁹ Vor allem das Beispiel in Metzingen zeigt deutlich, dass auf Seiten der sozialdemokratischen Parteien ein erhebliches Misstrauen gegenüber der Sicherheitswehr bestand und eine zufällige Gleichzeitigkeit der Ereignisse wie im Rathaus gelagerte Gewehre der Sicherheitswehr und eine Veranstaltung der USPD zum Jahrestag der Revolution Sorgen bei der USPD vor konterrevolutionärer Gewalt auslöste. Ein weiterer zeitlicher Kontext ist die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles. Die Friedensverhandlungen in Versailles endeten am 7. Mai 1919.⁴⁸⁰ Die Bildung der Sicherheitswehren ist auch vor dem Hintergrund zu verstehen, dass es bei einer Ablehnung der als zu hart empfundenen Friedensbedingungen, zu einer Wiederaufnahme des Krieges gekommen wäre, da ja im November 1918 lediglich ein Waffenstillstand vereinbart worden war.

⁴⁷⁸ Andreas Braune/Mario Hesselbarth/ Stefan Müller: Die USPD. Eine Herausforderung, in: Dieselben (Hgg.): Die USPD zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus 1917-1922, Stuttgart 2018 (= Weimarer Schriften zur Republik, 3), S. XXI.

⁴⁷⁹ Vgl. Wettengel, Hungerunruhen und Teuerungsproteste, S. 103.

⁴⁸⁰ Vgl. Jörn Leonhard: *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923*, München 2018, S. 944.

5. Vergleich und Fazit

Die empirische Untersuchung legt die ganze Unterschiedlichkeit des Rätewesens auf lokaler Ebene in Württemberg und Hohenzollern dar. Die Räte in Württemberg und Hohenzollern waren auch im kleinstädtischen Bereich aktiv und gestalteten in einer Übergangsphase die Zukunft vor Ort mit.

Dies zeigte allein die Vielfalt der Akteure, die die Gründung eines Rates durch ihre Reden maßgeblich beeinflussten. In Metzingen und Pfullingen bildeten sich bedingt durch die Nähe zu Reutlingen in einer industrialisierten Gegend Arbeiterräte (Kategorie drei: industrialisierte-protestantische Kleinstadt), die eine starke Anbindung an die SPD hatten. Auch in Bad Urach (Kategorie zwei: ländliche protestantische Kleinstadt) ging die Initiative zur Gründung des Arbeiterrates vom örtlichen SPD-Ortsverein aus. Hier war die Spaltung innerhalb der Linken zwischen der SPD und der USPD besonders stark zu spüren. Diese Spaltung kristallisierte sich am Verhalten des Hauptlehrers Karl Rapp heraus. In Mössingen bestand keine gesonderte Spaltung zwischen SPD und USPD bei der Gründung des Arbeiterrates. Hier ging die Initiative zur Gründung des Arbeiter- und Bauernrates sowohl von der örtlichen SPD als auch vom liberalen Bürgermeister Jaggy aus. Dieses Beispiel zeigt exemplarisch den Konsens zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Liberalen auf der kommunalen Ebene. In der Bischofsstadt Rottenburg (Kategorie vier: katholische Bischofsstadt) dominierte die Zentrumsparterie, weshalb Zentrums Politiker wie Eugen Bolz in den Versammlungen zur politischen Lage eine beherrschende Stellung einnahmen und gemeinsam mit dem Volksrat eine milieu- und berufsständisch übergreifender Rat gegründet wurde. Im preußischen Hechingen (Kategorie fünf: katholisch-preußische Kleinstadt) dominierten auch Vertreter des Zentrums die Versammlungen. Das Zentrum ging hier jedoch mit dem liberalen Bürgertum, verkörpert durch den Verleger Friedrich Wallishauser, eine Allianz ein. Dies ist auch nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass die SPD in Hohenzollern politisch quasi nicht existent war. Auch ist diese Allianz typisch für die Beamtenstadt Hechingen, die sich durch einen höheren Industrialisierungsgrad, ein liberales und auch jüdisches Bürgertum und die höhere Anzahl an Protestanten vom Rest Hohenzollerns abhob. In kleinen ländlichen protestantischen Dörfern (Kategorie eins) wie Dettenhausen, Kusterdingen, Entringen, Pfäffingen oder kleineren sozialdemokratisch geprägten Orten wie Dußlingen oder Lustnau (Kategorie drei) bildeten sich entweder keine Räte oder die Räte traten nach ihrer Gründung nicht weiter in Erscheinung.

Die Räte unterschieden sich hinsichtlich ihrer Typisierung: Ein Bürgerrat in Hechingen, Bauernräte in Hechingen und Pfullingen, ein Arbeiter- und Bauernrat in Mössingen, sowie Arbeiterräte in Metzingen und Pfullingen zeigen die ganze Bandbreite der gebildeten Räte.

Auch die Besetzung variierte stark. Auszumachen sind vier verschiedene Typen bei der Besetzung der Räte: Erstens die Vertretung einzelner Gemeinden wie bei den Bezirksbauernräten in Hechingen-Haigerloch und Rottenburg; zweitens der korporatistische Ansatz in Rottenburg und Mössingen; drittens die sozialdemokratisch geprägten Arbeiterräte in Pfullingen und Bad Urach und viertens die paritätisch zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern besetzten Rätegremien in Metzingen und Dußlingen. Die Gründe für diese unterschiedlichen Besetzungen lagen eindeutig in den unterschiedlichen Strukturmerkmalen der einzelnen Gemeinden. In industrialisierten-protestantischen Orten mit einer fest verankerten Sozialdemokratie dominierte diese die Arbeiterräte. In katholischen Gegenden trieben hingegen Akteure des Zentrums aktiv die Rätebildung voran.

Die Räte waren unterschiedlich stark präsent. In kleineren Gemeinden wie Lustnau oder Dußlingen, traten sie nicht in Aktion. Höchstwahrscheinlich blieben hier die Gemeinderäte die ersten Ansprechpartner für die Anliegen der Bürgerschaft. Andernorts hingegen schon eher. Insbesondere in Rottenburg bestand eine rege Tätigkeit des Volksrates. Hechingen stach durch eine rege Bildung an verschiedenen Räten hervor. Dies dürfte einerseits auf das Engagement von Männern wie dem Redakteur der *Hohenzollerischen Blätter*, Friedrich Wallishauser, dem Reichstagsabgeordneten Emil Belzer sowie Rechtsanwalt Kassemeyer, in seiner Funktion als Geschäftsführer des Bauernrates zurückzuführen sein. Diese drei engagierten sich aktiv in den Räten oder waren Teil der Delegation, die vom Fürsten den Verzicht seiner Privilegien verlangte.⁴⁸¹ Dazu kam die Sonderstellung Hechingens als Industrie- und Beamtenstadt, in der verschiedene Milieus noch eher aufeinandertrafen als im Rest Hohenzollerns. Auch die Lage Hohenzollerns als preußische Exklave begünstigte sicherlich die Rätebildung und stärkte das Gefühl, dass die Zukunft einerseits offen war und andererseits gestaltet werden musste.

Die Arbeit der Räte lässt sich in zwei verschiedene Phasen einteilen. Einmal die Phase der Bildung der Räte im November und Dezember 1918. Auf diese folgte dann eine zweite Phase der inhaltlichen Arbeit der Räte bei gleichzeitig abnehmender politischer Bedeutung auf lokaler Ebene bis Mitte Juni, als sich die neuen Gemeinderäte in Württemberg konstituierten.

⁴⁸¹ Vgl. Vogt, Hechinger Wünsche, S. 98-99.

Dazu passt auch die Diskussion in Bad Urach über den Sinn und Zweck des Uracher Arbeiterrates, die genau zu dem Zeitpunkt geführt wurde, als man auf Landesebene über den Fortbestand der Räte debattierte. Der Volksrat in Rottenburg löste sich im Mai 1919 nach insgesamt 14 Sitzungen auf. In Rottenburg wie auch in Hechingen durften auch Frauen Mitglieder der Räte werden. Eine Begründung wurde dafür nicht genannt. Doch ist es nicht verwunderlich, dass in nichtsozialistischen Räten Frauen einbezogen wurden. Durch diese Maßnahme sollte ein Gegengewicht zu Frauen aus der Arbeiterklasse, die sich politisch betätigten, geschaffen werden.⁴⁸²

Die Diskussion über die Einrichtung einer Milchsammelstelle in Pfullingen zeigt den Interessenkonflikt zwischen Arbeiterschaft und Bauernstand in ernährungspolitischen Fragen. Dies stellte in den Wochen und Monaten nach Kriegsende das entscheidende Thema dar. Mit der Milchversorgung betraf diese Diskussion auch das Lebensmittel, das noch am längsten in der Weimarer Republik kontingentiert blieb, und die Unterschiede zwischen Arbeiterschaft und Bauernstand in ernährungspolitischen Fragen verdeutlichte. Die Milchsammelstelle stand hierbei für eines von vielen ernährungs- und versorgungspolitischen Themen, die die Räte beschäftigten. Die Räte nahmen hier insofern eine pragmatische Rolle ein, als sie sich vor Ort mit konkreten Problemen befassen und sich weniger mit übergeordneten Problemen beschäftigen oder mit großen revolutionären Theorien aufwarteten. Die großen Reden wurden bei der Ratsgründung geschwungen, aber verhallten angesichts der Probleme, die konkret zu lösen waren.

Die Anträge der Räte an die kommunalen Räte zwecks Sitzungsgeld oder Kostenerstattungen für Flugblätter oder die Bereitstellung von Sitzungsräumen zeigen zweierlei: Einmal begriffen die Räte sich als quasi-staatliche Organe und zum Zweiten war die Kommunikation mit den bürgerlichen Gremien – dem Gemeinderat und dem Bürgerausschuss – enger als die Kommunikation mit dem Landesarbeiterrat von Groß-Stuttgart oder anderen Landesräten. Das war auch durch die Tatsache bedingt, dass Gemeinderat und Bürgerausschuss für die Kosten der lokalen Arbeiterräte aufzukommen hatten. Jedoch könnte auch die Zusammensetzung der Räte vor Ort, die oft nicht den Vorstellungen einer idealtypischen Besetzung eines Arbeiterrates folgte⁴⁸³, dafür gesorgt haben, dass die Konzentration auf die Lösung von Problemen auf der lokalen Ebene überwog. Dazu kam, dass Räte anderen Typs wie ein Bauern- oder ein Bürgerrat sich logischerweise nicht an den Stuttgarter Arbeiterrat wandten.

⁴⁸² Vgl. Bieber, Bürgertum in der Revolution, S. 59.

⁴⁸³ Als Beispiele seien der Rottenburger Volksrat oder der Mössinger Arbeiter- und Bauernrat genannt.

Deren Zentralorgane bildeten sich erst später und waren deutlich schwächer als der Landesarbeiterrat.

Inwieweit beeinflussten die Ereignisse in einem Vergleichsort die Ereignisse in anderen Vergleichsorten? In Pfullingen bestand eine enge Verbindung zu den Ereignissen in Reutlingen. So rief der Bauernrat am 11. November zu einer Demonstration in Reutlingen auf, an der sich 6000 Menschen beteiligten. Dieses Ereignis fand einen Widerhall im Pfullinger *Echazboten*. Deutlich wird diese Orientierung nach Reutlingen aber auch bei der Gründung des Arbeiterrates, bei der ein Referent aus Reutlingen sprach, ebenso beim Vergleich der Größe der eigenen Sicherheitswehr mit derjenigen der Reutlinger Wehr⁴⁸⁴ sowie an der Forderung des Pfullinger Arbeiterrates, das gleiche Sitzungsgeld wie die Kollegen in Reutlingen zu erhalten.⁴⁸⁵

Die Vorgänge in Bad Urach um Karl Rapp fanden ihren Nachhall in Rottenburg, als in der Rottenburger Zeitung von einem „nervös überreizten Diktator“⁴⁸⁶ die Rede war. Die Kundgebungen, die dort gehaltenen Reden und die Rätebildungen in Hechingen fanden auch ihre Rezeption in Rottenburg. Jedoch dort eher in Form einer knappen Zusammenfassung dessen, was vor Ort passiert war.⁴⁸⁷ Auch in Metzingen wurde das Geschehen in Bad Urach verfolgt, wie die Gründung eines gemeinsamen Bezirksbauernrates zeigte.⁴⁸⁸

In Hechingen gab es einen starken Austausch mit den Räten in Sigmaringen und dem Rest von Hohenzollern, aber weniger stark mit den Räten anderer Vergleichsorte, die alle in Württemberg lagen. Insgesamt war der Rezeption von revolutionären Kundgebungen und Rätebildungen in anderen in anderen Städten vorhanden; er blieb jedoch in seiner Wirkung auf die Ereignisse vor Ort begrenzt und war nachrangig.

Was waren die Räte denn nun in den untersuchten Gemeinden? Ein Blick auf die Merkmale eines Rates nach von Oertzen lässt eher vermuten, dass die Charakteristika der Räte lokal nur eingeschränkt galten. Zwar wurden die leitenden Positionen per Wahl bestimmt und die Urwähler stellten einen Wahlkörper dar, der je nach zu gründenden Rat auch repräsentativ war. Jedoch trafen die Urwähler kaum inhaltliche Entscheidungen hinsichtlich der Arbeit der Räte. Die Bindung des Mandates der Räte war weniger stark an die Urwähler (Teilnehmer der Gründungsversammlungen), als vielmehr an die Erlässe der provisorischen

⁴⁸⁴ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, Echazbote, 08.05.1919, Nr. 105.

⁴⁸⁵ Vgl. Stadtarchiv Pfullingen, StAPf 185, Gemeinderatssitzung vom 20.06.1919, Gemeinderats-Protokoll in Verwaltungssachen, § 74.

⁴⁸⁶ Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 22.11.1918, Nr. 268.

⁴⁸⁷ Vgl. Stadtarchiv Rottenburg, Rottenburger Zeitung, 16.11.1918, Nr. 263.

⁴⁸⁸ Vgl. Stadtarchiv Metzingen, Metzinger Anzeiger, 29.11.1918, Nr. 188.

württembergischen Regierung gebunden. Eine dauerhafte Kontrolle der Räte fand vereinzelt statt, wenn man die Nachwahlen in den Räten in Hechingen und den Konflikt um Karl Rapp betrachtete. Auch übten die Räte ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Jedoch waren die Räte nur teilweise besetzt mit Vertretern aus der sozialen Schicht, die sie repräsentieren sollten.

Aufgrund dieser Beobachtungen kann man festhalten, dass den Räten die Artikulation der Interessen bestimmter Berufsgruppen und die Kontrolle der Arbeit der bürgerlichen Kollegien zukam. Der 9. November war ein Ereignis, welches einen epochenverändernden Charakter hatte und durchaus nach der Definition des Begriffes Zäsur als Erfahrungszäsur bezeichnet werden kann.⁴⁸⁹ Die Gründung der Räte zeigte sodann auch, dass die Bevölkerung auf der lokalen Ebene diesen Umbruch als solchen empfand. Diese Arbeit verdeutlicht, dass das Rätewesen kein allein urban-großstädtisches Phänomen war. Die Räte waren vielmehr auch in den Kleinstädten unterschiedlichen Typs tätig und wirkten in der Übergangszeit durch die Artikulation von Interessen und von alltäglichen Sorgen in der Lokalpolitik mit. Kaum bis gar nicht aktiv waren in dieser Region Räte in Dörfern, was entweder am fehlenden Quellenmaterial lag oder an der Tatsache, dass dort keine Räte tätig waren.

Eines waren die Räte in Württemberg und in Hohenzollern in den untersuchten Orten auch aufgrund der Schwäche der USPD und dem Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung nicht: Auf Dauer angelegte Institutionen, die strikt nach dem Vorbild der sowjetischen Räte handeln sollten. So schlug sich die Aktivität der Räte nur im geringen Maße in der Repräsentation im Gemeinderat nieder. In keinem der untersuchten Orte kam ein neuer Bürgermeister ins Amt, der zuvor in der Rätebewegung aktiv gewesen war. Die Kontinuität der Amtsträger auf der lokalen Ebene war nach der Novemberrevolution weiterhin vorhanden. Das lag auch daran, dass die Revolution sich auf lokaler Ebene nicht auf die Verwaltungsapparate auswirkte.⁴⁹⁰ Vielleicht kam für Württemberg noch die Tatsache hinzu, dass die Liberalen und das Zentrum auf Landesebene an der Übergangsregierung beteiligt waren, weshalb das Engagement des katholischen Milieus und des Bürgertums stärker als andernorts war und die Polarisierung zwischen den politischen Lagern hier auch geringer ausfiel als in anderen Ländern des Deutschen Reiches. Dennoch blieb diese Übergangszeit nicht frei von Konflikten. Die Diskussionen über die Zukunft des Religionsunterrichtes, die Spaltung der Sozialdemokratie, Erörterungen über den Sinn des Uracher Arbeiterrates oder den Sinn des Rottenburger

⁴⁸⁹ Vgl. Martin Sabrow (03.06.2013): Zäsuren in der Zeitgeschichte, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, URL: http://docupedia.de/zg/sabrow_zaesuren_v1_de_2013, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.246.v1>, zuletzt geprüft am 09.03.2025.

⁴⁹⁰ Vgl. Frie, Institution, Arena, Verdichtungsraum, Baustelle, S. 14.

Volksrates waren die Phänomene einer Übergangszeit zwischen Monarchie und Republik. Eine Zeit zwischen Waffenstillstand und Friedensschluss, mit einer unter Ernährungsmangel leidenden Bevölkerung, die acht Millionen Soldaten wieder in die zivile Gesellschaft integrieren musste. Die Räte waren in dieser Umbruchszeit allein schon durch ihre Existenz ein Element der Diskontinuität innerhalb einer lokalen Kontinuität. Vielleicht waren sie deshalb auch nur von temporärer Existenz in einer sich nach Ruhe und Ordnung sehnenden Gesellschaft, die dem Anti-Chaos-Reflex folgte. Die Räte waren Institutionen, die von Menschen geprägt wurden, die in ihrem unmittelbaren Lebensbereich hier und heute etwas konkret verändern wollten⁴⁹¹ in einen kurzen Zeitfenster schalteten und walteten, in dem alles möglich zu sein schien und auf der lokalen Ebene basisdemokratisches Verhalten eingeübt werden konnten.

Aus dieser vergleichenden Arbeit ergeben sich zahlreiche weitere Forschungsfragen, an die sich anknüpfen ließe. Ein Ansatz könnte beispielsweise ein Vergleich der Geschehnisse in Hohenzollern mit denen in einem anderen preußischen Gebiet sein. Auch ist es möglich, die Revolutionereignisse in Hohenzollern hinsichtlich des eigenen Daseins als Exklave in Relation zu den Rätebildungen mit den jeweiligen Nachbarstaaten in anderen Exklaven zu analysieren. Hierbei könnte man die Aktivität und Rolle der Räte in Hohenzollern mit denen anderer Exklaven der Länder des Kaiserreichs wie zum Beispiel der Pfalz als Exklave Bayerns oder den Landesteilen Birkenfeld oder Lübeck des Großherzogtums Oldenburg vergleichen.

Auf Rottenburg bezogen, wäre es von Interesse, die Reaktion kleinerer katholischer Bischofsstädte auf die revolutionären Geschehnisse von 1918/1919 zu betrachten. In Frage kämen hier Bischofssitze wie Limburg, Passau oder Speyer.

Wie für den Katholizismus, ließen sich die Geschehnisse und die Reaktion auf die Geschehnisse in den Jahren 1918-1920 auch für kleinstädtisch-protestantische Gegenden komparativ analysieren. In Württemberg bestände die Möglichkeit, die Aktivitäten der Räte in Bad Urach mit denen im Remstal, Korntal-Münchingen oder Calw zu vergleichen. Außerhalb Württembergs bietet sich ein Vergleich mit pietistischen Gegenden in Westfalen an. Auch wäre es in einem weiteren Schritt möglich, die Reaktionen des Protestantismus auf der lokalen Ebene auf das Kriegsende nachzuvollziehen, indem man auf der Basis von Totensonntags-, Weihnachts-, Karfreitags-, Oster-, und Himmelfahrtspredigten als Quelle zugrunde

⁴⁹¹ Vgl. Dieter Langewiesche: 1848 und 1918. Zwei deutsche Revolutionen, S. 20.

legt. In dieser Masterarbeit zum Rätewesen wurde das protestantische Milieu nicht behandelt, weil dieses deutlich zersplitterter als das katholische Milieu war und keine dezidiert protestantischen Persönlichkeit Mitglied eines Rates war.⁴⁹²

Ein weiteres Anliegen meiner Arbeit ist die regionale Verknüpfung der revolutionären Geschehnisse. Vor allem für den lokalen Geschichtsunterricht wäre eine weniger Stuttgart-zentrische Sicht auf die Geschehnisse von 1918/1919 von Vorteil. Interessant wäre im Hinblick auf das 110-jährige Jubiläum der Novemberrevolution im Jahre 1928 eine Tagung mit verschiedenen Archivaren und Landeskundelehrstühlen, um die Revolution vor Ort vergleichend miteinander analysieren zu können. Gerne darf aus dieser Tagung neben einem Sammelband auch neues Quellenmaterial für den Schulunterricht entstehen, um den Schülerinnen und Schüler die lokalen Vorgänge noch besser vermitteln zu können.

Die vorliegende Arbeit bietet also viele weitere Ansätze, um die lokalen Besonderheiten der Revolution von 1918/1919 zu erforschen und bekannt zu machen, sodass zukünftig auf keinen Fall mehr von einer vergessenen Revolution die Rede sein kann. Es wäre wünschenswert, auch auf der lokalen Ebene, in Kleinstädten und Dörfern fernab von Berlin und Stuttgart, die Novemberrevolution 1918/19 wiederzuentdecken.

⁴⁹² Die Pfarrer traten in Pfullingen und Bad Urach ja lediglich als Redner auf den Gründungsversammlungen der Räte auf.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis:

6.1 Quellen

6.1.1 ungedruckte Quellen:

6.1.1.a Gemeindearchive

- Stadtarchiv Pfullingen: StaPf B 185, Gemeinderats-Protokoll in Verwaltungssachen.
- Stadtarchiv Mössingen: 106/34, Niederschrift über die Beratungen mit den Gemeinderäten vom 17.IV.1911 bis 18.III.1919.
- Stadtarchiv Metzingen: MB 43, Gemeinderatsprotokoll vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1919.
- Gemeindearchiv Dußlingen, Gemeinderatsprotokolle Dußlingen:
- Stadtarchiv Tübingen: C 70/44 (F-1080).

6.1.1.b Hauptstaatsarchiv Stuttgart

- HStA Stuttgart E 135 a Bü 76, 1 Bü.
- HStA Stuttgart, E 135 a Bü 87.
- HStA Stuttgart E 135 a Bü 76, 1 Bü.
- HStA Stuttgart, E 135 a Bü 162.
- HStA Stuttgart, E 135 a Bü 240.

6.1.2 gedruckte Quellen:

6.1.2.a-Statistikquellen:

- Württembergisches Statistisches Landesamt (Hg.): Staatshandbuch für Württemberg 1922, Stuttgart 1922.
- Württembergisches Statistisches Landesamt (Hg.): Staatshandbuch für Württemberg 1928, Zweiter Teil, Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 1928.

6.1.2.b- Zeitungsquellen:

Stadtarchiv Rottenburg:

- Rottenburger Zeitung, 30.10.1918, Nr. 249.
- Rottenburger Zeitung, 11.11.1918, Nr. 258.
- Rottenburger Zeitung, 16.11.1918, Nr. 263.
- Rottenburger Zeitung, 18.11.1918, Nr. 264.
- Rottenburger Zeitung, 21.11.1918, Nr. 266.
- Rottenburger Zeitung, 22.11.1918, Nr. 268.

- Rottenburger Zeitung, 26.11.1918, Nr. 271.
- Rottenburger Zeitung, 22.11.1918, Nr. 268.
- Rottenburger Zeitung, 4.12.1918, Nr. 277.
- Rottenburger Zeitung, 11.12.1918, Nr. 283.
- Rottenburger Zeitung, 13.01.1919, Nr. 9.
- Rottenburger Zeitung, 24.04.1919, Nr. 94.
- Rottenburger Zeitung, 25.04.1919, Nr. 95.
- Rottenburger Zeitung, 30.04.1919, Nr. 99.
- Rottenburger Zeitung, 15.05.1919, Nr. 111.
- Rottenburger Zeitung, 20.05.1919, Nr. 115.

Stadtarchiv Mössingen:

- Steinlach-Zeitung, 19.11.1918, Nr. 272.

Stadtarchiv Metzingen:

- Metzinger Anzeiger, 14.11.1918, Nr. 179.
- Metzinger Anzeiger, 16.11.1918, Nr. 181.
- Metzinger Anzeiger, 29.11.1919, Nr. 188.
- Metzinger Anzeiger, 28.05.1919, Nr. 83.

Stadtarchiv Pfullingen: Echazbote

- Echazbote, 21.11.1918, Nr. 274.
- Echazbote, 02.12.1918, Nr. 283.
- Echazbote, 16.12.1918, Nr. 295.
- Echazbote, 09.12.1918, Nr. 289.
- Echazbote, 24.12.1918, Nr. 300.
- Echazbote, 02.01.1919, Nr. 1.
- Echazbote, 25.01.1919, Nr. 20.
- Echazbote 08.05.1919, Nr. 105.
- Echazbote, 13.05.1919, Nr. 109
- Echazbote, 20.05.1919, Nr. 115.
- Echazbote, 20.06.1919, Nr. 140.
- Echazbote, 21.06.1919, Nr. 141.
- Echazbote, 26.06.1919, Nr. 145.
- Echazbote, 07.08.1919, Nr.181.

- Echazbote, 21.08.1919, Nr. 193.

Stadtarchiv Bad Urach:

- Ermstalbote, 16.11.1918, Nr. 269
- Ermstalbote, 19.11.1918, Nr. 271.
- Ermstalbote, 20.11.1918, Nr. 272.
- Ermstalbote, 23.11.1918, Nr. 275.
- Ermstalbote, 14.12.1918, Nr. 293.
- Ermstalbote, 10.03.1919, Nr. 57.
- Ermstalbote, 19. 03.1919, Nr. 65.
- Ermstalbote, 17.05.1919, Nr. 113.
- Ermstalbote, 22.05.1919, Nr. 117.

Stadtarchiv Hechingen:

- Hohenzollerische Blätter, 16.11.1918, Nr. 265.
- Hohenzollerische Blätter, 20.11.1918, Nr. 268.
- Hohenzollerische Blätter, 18.11.1918, Nr. 266.
- Hohenzollerische Blätter, 26.11.1918, Nr. 272.
- Hohenzollerische Blätter, 22.04.1919, Nr. 83.
- Zoller, 10.11.1918, Nr. 260.
- Zoller, 13.11.1918, Nr. 262.
- Zoller, 14.11.1918, Nr. 263.
- Zoller, 15.11.1918, Nr. 264.
- Zoller, 17. 11.1918, Nr. 265.
- Zoller, 18.11.1918, Nr. 266.
- Zoller, 25.11.1918, Nr. 272.
- Zoller, 02.01.1919, Nr. 1.
- Zoller, 13.01.1919, Nr. 9.
- Zoller, 15.01.1919, Nr. 11.
- Zoller, 16.01.1919, Nr. 12.
- Zoller, 18.01.1919, Nr. 14.

6.2 Sekundärliteratur

- Angele, Elias: „Schützt die Revolution!“ *Die Stadtwehr Bremen 1919-1921: Geschichte und Quellen*, Stuttgart 2021 (= Weimarer Schriften zur Republik, 14).
- Baden-Württemberg.de: Baden-Württemberg in Zahlen. Bevölkerung, <<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/unser-land/land-und-leute/bevoelkerung>>, zuletzt geprüft am 27.06.2025.
- Bessel, Richard: Eine nicht allzu große Beunruhigung des Arbeitsmarktes". Frauenarbeit und Demobilmachung in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 9/2 (1983), S. 211-229.
- Bidlingmaier, Rolf: Industrialisierung in Metzingen. Von der Trendfabrik zum Trendsetter Hugo Boss, in: Rolf Bidlingmaier (Hg.): *Metzingen. Vom Marktflecken zur Outletstadt*, Petersberg 2013, S. 276-337.
- Bieber, Hans-Joachim: *Bürgertum in der Revolution: Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920*, Hamburg/Kassel 1992 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, 28).
- Blum, Franziska/Berner, Hermann/Bauer, David: Mössingen 1800-1918, in: Stadt Mössingen (Hg.): *Mössingen. Stadtgeschichte – mit Talheim und Öschingen*, S. 188-220.
- Blum, Franziska/Berner, Hermann: Mössingen, Öschingen und Talheim in der Weimarer Republik und der „Mössinger Generalstreik“, in: Stadt Mössingen (Hg.): *Mössingen. Stadtgeschichte – mit Talheim und Öschingen*, S. 272-281.
- Brachat-Schwarz, Werner: 50 Jahre Gemeindereform in Baden-Württemberg. Wie wurde die Reform in den einzelnen Landesteilen umgesetzt und wie haben sich die »neuen« Kommunen seither entwickelt?, in: *Statistisches Monatsheft*, Jg. 77/ 6+7 (2024), S. 16-21.
- Braune, Andreas / Hesselbarth, Mario/ Müller, Stefan: Die USPD. Eine Herausforderung, in: Dieselben (Hgg.): *Die USPD zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus 1917-1922*, Stuttgart 2018 (= Weimarer Schriften zur Republik, 3), S. XIII-XXXII.
- Braune, Andreas/Dreyer, Michael: Einleitung. Die wiederentdeckte Revolution, in: Dieselben (Hgg.): *Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch?. Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort*, Stuttgart 2019 (= Weimarer Schriften zur Republik, 6), S. IX-XXV.
- Brückner, Florian (o.D.): Politisches Leben im Volksstaat Württemberg, <<https://www.leo-bw.de/themenmodul/von-der-monarchie-zur-republik/wuerttemberg/politisches-leben>>, zuletzt geprüft am 04.07.2025.

- Bundeszentrale für politische Bildung (08.08.2012): *Anteil der Erwerbstätigen nach Wirtschaftssektoren im Deutschen Reich in den Jahren 1880 bis 1914*, in: Statista, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1048246/umfrage/anteil-der-erwerbstaetigen-nach-wirtschaftssektoren-im-deutschen-reich/22>, zuletzt geprüft am 24.07.2025.
- Czada, Roland (08.06.2022): Korporatismus, in: *Staatslexikon*⁸, URL: <https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Korporatismus>, zuletzt geprüft am 15.07.2025.
- Dehlinger, Alfred: *Württembergs Staatswesen. In seiner geschichtlichen Entwicklung bis heute, Bd. I*, Stuttgart 1951.
- Dowe, Dieter: Vorbemerkung des Herausgebers, in: Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): *1848 und 1918. Zwei deutsche Revolutionen. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte am 4. November 1998*, Bonn 1998 (= Gesprächskreis Geschichte; 20), S. 3-4.
- Ehrmann, Peter: Die Räterepublik findet nicht statt. Rottenburg am Neckar 1918/19, in: *Schwäbische Heimat*, Jg. 52/2 (2001), S. 177-184.
- Elsbach, Sebastian: Der „Deutsche Bürgerkrieg“ und das Versprechen des demokratischen Gewaltmonopols, in: Andreas Braune/ Michael Dreyer/ Sebastian Elsbach (Hgg.): *Vom drohenden Bürgerkrieg zum demokratischen Gewaltmonopol (1918-1924)*, S. 1-25.
- Engehausen, Frank: Die Revolution von 1918/19 in Baden und Württemberg – ein Überblick, in: Frank Engehausen/Reinhold Weber (Hgg.): *Baden und Württemberg 1918/19. Kriegsende, Revolution, Demokratie*, Stuttgart 2018 (= Schriften zur politischen Landeskunde, 48), S. 13-60.
- Epple, Angelika/ Erhart, Walter: Practices of Comparing. A New Research Agenda Between Typological and Historical Approaches, in: Angelika Epple/Walter Erhart (Hgg.): *Practices of Comparing. Towards a New Understanding of a Fundamental Human Practice*, Bielefeld 2020, S. 11-38.
- Frie, Ewald: Institution, Arena, Verdichtungsraum, Baustelle. Zur Bedeutung der Städte in der Weimarer Republik, in: *Reutlinger Geschichtsblätter N.F.*, Jg. 57 (2018), S. 11-27.
- Gemeinde Dußlingen (Hg.): *Dusslingen 888-1988: Aus Vergangenheit und Gegenwart einer schwäbischen Gemeinde im Steinlachtal*, Tübingen 1988.
- Gohlke, Martin: *Die Räte in der Revolution von 1918/19 in Magdeburg*, Oldenburg 1999.

- Gönner, Eberhard: Hohenzollern in den Jahren der Weimarer Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Hansmartin Schwarzmaier/ Meinrad Schwab (Hgg.): *Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Bd. 4: Die Länder seit 1918*, Stuttgart 2003, S. 321-342.
- Gönner, Eberhard: Hechingen in preußischer Zeit, in: Stadt Hechingen (Hrsg.): *1200 Jahre Hechingen. Beiträge zur Geschichte, Kunst und Kultur der Stadt Hechingen*, Hechingen 1987, S. 99-116.
- Hacke, Jens: Der Liberalismus zwischen Erneuerung und Existenzkrise, in: Andreas Braune/Michael Dreyer (Hgg.): *Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch?. Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort*, Stuttgart 2019 (= Weimarer Schriften zur Republik, 6, S. 69-84.
- Hagen, August: *Geschichte der Diözese Rottenburg*, Bd. 3, Stuttgart 1960.
- Heinrich-Böll-Stiftung (29.11.2013): *Stadttypen*, URL: <https://kommunal-wiki.boell.de/index.php/Stadttypen>, zuletzt geprüft am 18.06.2025.
- Heinsohn, Kirsten: „Grundsätzlich gleichberechtigt.“ Die Weimarer Republik in frauenhistorischer Perspektive, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte: Weimarer Republik*, Jg. 66/ 18-20 (2018), S. 41.
- Kaelble, Hartmut (22.04.2024): Historischer Vergleich, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, URL: https://docupedia.de/zg/kaelble_historischer_vergleich_v2_de_2024, zuletzt geprüft am 02.08.2025.
- Kaelble, Hartmut: Vergleich, historischer, in: Stefan Jordan (Hgg.): *Grundbegriffe der Geschichtswissenschaft*, Ditzingen 2019², S. 303-306.
- Kallenberg, Fritz: Die Sonderentwicklung Hohenzollerns, in: Fritz Kallenberg (Hg.): *Hohenzollern*, Stuttgart 1996 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, 23), S. 129-282.
- Kolb, Eberhard: *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-19*, Düsseldorf 1962 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 23).
- Kolb, Eberhard/Schönhoven, Klaus (Bearb.): *Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19*, Düsseldorf 1976.
- Kuhn, Elmar: Rote Fahnen über Oberschwaben, in: *Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte*, Jg. 56 (1997), S. 241-317.

- Lang, Klaus: *Die württembergische Landwirtschaftsverwaltung im 19. Jahrhundert bis zum Ende d. 1. Weltkriegs*, Stuttgart 1971 (= Hohenheimer Arbeiten, Reihe Agrarökonomie, 56).
- Langewiesche, Dieter: 1848 und 1918 – zwei deutsche Revolutionen: Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung am 4. November 1998 Bonn 1999 (= Gesprächskreis Geschichte, 20), 1999, S. 5-25.
- Leonhard, Jörn: *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923*, München 2018.
- Leonhard, Jörn: Über Revolutionen, in: *Journal of Modern European History*, Jg. 11/2 (2013), S. 170-186.
- Löwenthal, Richard: Vom Ausbleiben der Revolution in den Industriegebieten. Vergleichende Überlegungen zu einem „deutschen Problem“, in: *Historische Zeitschrift*, Jg. 45/1 (1981), S. 1-24.
- Mall, Jonathan: Das Unglück vor der Tür und die Taube auf dem Dach, in: *Reutlinger Geschichtsblätter N.F.*, Jg. 57 (2018), S. 201-232.
- Morsey, Rudolf: *Die deutsche Zentrumspartei 1917-1923*, Bonn 1966 (= Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 32).
- Muth, Heinrich: Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiter-Räte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte, in: *Vierteljahreszeitschrift für Zeitgeschichte*, Jg. 21/1 (1973), S. 1-38.
- Mühlhausen, Walter: Zwischen Erwartungen und Zwangslagern. Sozialdemokratie und radikale Linke in der Revolution, in: Andreas Braune/Michael Dreyer (Hgg.): *Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch?. Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort*, Stuttgart 2019 (= Weimarer Schriften zur Republik, 6), S. 49-67.
- Naujoks, Eberhard: Württemberg 1864 bis 1918, in: Hansmartin Schwarzmaier (Hg.): *Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 3: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien*, Stuttgart 1992, S. 333-433.
- Neuschl, Sylvia: *Geschichte der USPD in Württemberg*, Esslingen 1983.
- Nonn, Christopher: *Das deutsche Kaiserreich*, München 2017 (= C.H. Beck Wissen, 2870).
- Oertzen, Peter von: *Betriebsräte in der Novemberrevolution*, Berlin/Bonn 1976² (= Internationale Bibliothek, 93).

- Rossol, Nadine: Historisierung oder Popularisierung? Die Revolution 1918/19 zwischen öffentlichem Jubiläum und geschichtswissenschaftlichen Impulsen, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Jg. 59 (2019), S. 347-368.
- Sabrow, Martin (03.06.2013): Zäsuren in der Zeitgeschichte, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, URL: http://docupedia.de/zg/sabrow_zaesuren_v1_de_2013, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.246.v1>, zuletzt geprüft am 09.03.2025.
- Sauer, Paul: Württemberg in der Weimarer Republik, in: Hansmartin Schwarzmaier und Meinrad Schwab (Hgg.): *Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Bd. 4: Die Länder seit 1918*, Stuttgart 2003, S. 73-151.
- Scheck, Manfred: *Zwischen Weltkrieg und Revolution. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg 1914-1920*, Köln/Wien 1981.
- Sharp, Ingrid: Frauen in der deutschen Revolution von 1918/19, in: Andreas Braune/Michael Dreyer (Hgg.): *Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch?. Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort*, Stuttgart 2019 (= Weimarer Schriften zur Republik, 6), S. 117-129.
- Stalman, Volker: Die Wiederentdeckung der Revolution von 1918/19. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 64/6 (2016), S. 521–541.
- Statistisches Bundesamt (23.05.2025): *Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftssektoren*, URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Arbeitsmarkt/lrerw13a.html>, zuletzt geprüft am 04.08.2025.
- Taigel, Hermann: *Pfullinger Geschichte 1918-1950, Teil 1: Pfullingen in der Weimarer Republik*, Pfullingen 2011 (= Beiträge zur Pfullinger Geschichte, 16).
- Ullrich, Volker: *Die Revolution von 1918/19*, München 2009 (= Becksche Reihe, C.H. Beck Wissen, 2454).
- Ulrich, Volker: *Schicksalsstunden einer Demokratie*, München 1982.
- Vogt, Rolf: Hechinger Wünsche: 5 000 Mark für jeden - Die November-Revolution, die Fürstenspende und die Demonstration der Kriegsbeschädigten am 1. Februar 1919 in Sigmaringen, in: *Zeitschrift für Hohenzollerische Landesgeschichte*, Jg. 47/48 (2011/2012), S. 97-136.
- Wahlen-in-Deutschland.de: Weimarer Republik 1918-1933, Landtagswahlen, Volksstaat Württemberg, <<https://www.wahlen-in-deutschland.de/wlWuerttemberg.htm>>, zuletzt geprüft am 04.07.2025.

- Walther, Michael: Politische Milieus und Wahlergebnisse in der Weimarer Republik, in: *Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte*, Jg. 47/48 (2011/2012), S. 137-194.
- Weber, Reinhold/ Wehling, Hans-Georg: *Geschichte Baden-Württembergs*, München 2012 (= Becksche Reihe, 2601), S. 63.
- Wehler, Hans-Ulrich: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, 4. Bd.: *Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1919*, München 2003.
- Werner, Michael/ Zimmermann, Bénédicte: Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 28/4 (2002), S. 607-636.
- Wettengel, Michel: Hungerunruhen und Teuerungsproteste in Württemberg 1919-1923, in: Frank Engehausen/Reinhold Weber (Hgg.): *Baden und Württemberg 1918/19. Kriegsende – Revolution – Demokratie*, Stuttgart 2018 (= Schriften zur politischen Landeskunde, 48), S. 101-130.
- Winkler, Heinrich-August: *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1: *Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, München 2000.
- Wirsching, Andreas: Die paradoxe Revolution 1918/1919, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 50-51(2008), S. 6-12.
- Wortwuchs.net: Definition tertium comparationis: <<https://wortwuchs.net/tertium-comparationis/>>, zuletzt geprüft am 25.06.2025.
- Wyrwa, Ulrich: Markstein der deutschen Demokratie. Neuerscheinungen zum 100. Jahrestag der Revolution, in: *Neue Politische Literatur*, Jg. 66/1 (2021), 3-35.
- Zimmermann, Hans-Jörg: Die Einwohnerwehren. Selbstschutzorganisationen oder konterrevolutionären Kampforgane?, in: *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte*, Bd. 128 (2003), S. 185-212.
- Zimmermann, Walter: Karl Rapp 1886-1960. *Novemberrevolutionär 1918, internationaler Anarcho-Kommunistischer Theokrat*, „Heiland“, Hemmingen 2020.

7. Eigenständigkeitserklärung

Ich erkläre hiermit,
dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst habe,
dass ich keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel und Quellen benutzt habe,
dass ich alle wörtlich oder sinngemäß aus anderen Werken übernommenen Aussagen als solche gekennzeichnet habe,
dass die Arbeit weder vollständig noch in wesentlichen Teilen Gegenstand eines anderen Prüfungsverfahrens gewesen ist,
dass ich die Arbeit weder vollständig noch in wesentlichen Teilen bereits veröffentlicht habe,
dass das in Dateiform eingereichte Exemplar mit dem eingereichten gebundenen Exemplar übereinstimmt.

Tübingen, den 11.09.2025

8. Danksagung

In erster Linie möchte ich meinen Eltern, meiner restlichen Familie sowie meinen Freunden für die seelische Unterstützung im Laufe dieser Arbeit danken. Besonders möchte **Elisabeth Irion, Simon Seitel, Alexander Seitz, Samuel Schöll** sowie **meiner Mutter** für die Übernahme der Korrekturen danken.

Daneben möchte ich allen Archivaren und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mir bei meinen Archivrecherchen behilflich waren, herzlichst für ihre Hilfe danken. Auch wenn ich nicht überall erfolgreich bei meinen Recherchen war, wäre diese Arbeit ohne die Hilfe von vielen Menschen nicht entstanden. Sei es durch die Bereitstellung des Materials oder durch die Lesekenntnisse in der Kurrentschrift, um mir bei der Entzifferung nicht gedruckter Quellen weiterzuhelfen. Behilflich bei der Recherche waren **Stefan Spiller** vom Stadtarchiv Pfullingen; **Thomas Braun** als Leiter des Kulturreferates der Stadt Bad Urach; **Peter Ehrmann** vom Stadtarchiv Rottenburg; **Thomas Jauch** vom Stadtarchiv Hechingen; **Rolf Vogt** von der Hohenzollerischen Heimatbücherei; **Rolf Bidlingmaier** vom Stadtarchiv Metzingen; **David dos Santos Lourenço** vom Stadtarchiv Mössingen; **Silke Hornung** von der Gemeinde Dußlingen; **Dr. Uwe Folwarczny**, Kreisarchivar des Zollernalbkreises; **Antje Zacharias** und **Tim Kiehnle** vom Stadtarchiv Tübingen; **Roland Deigendesch** und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Reutlinger Stadtarchives sowie der Reutlinger Stadtbücherei; **Simon Römmich**, Amtsleiter der Gemeinde Dettenhausen; **Heike Luley**, Bibliothekarin der Gemeinde Kusterdingen und **Joana Fleck** von der Gemeinde Ammerbuch.